DD
221.5
.H32x
1916

AUX
STOR
1

Weltkultur und
Weltpolitik

Johannes Haller:

Bismarcks Friedensschlüsse

Deutsche und Österreichische Schriftenfolge
herausgegeben von Ernst Jäckh-Berlin
und vom Institut für Kultur-
forschung in Wien

Deutsche Folge 10

F. Bruckmann A.-G. * München

Preis 2 Mark

HAROLD B. LEE LIBRARY
BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
PROVO, UTAH

Verlag von F. Bruckmann A.-G. in München

Wie England seine Kriege führt

Eine Betrachtung über Seekriegsrecht, Wirtschaftskrieg und militärische Leistung

von Vizeadmiral a. D. Freiherrn von Maltzahn

Inhalt: Die Blockade / Kreuzerkrieg / Bis zur Ausgabe des englischen Weißbuches im Januar 1916 / Das vorläufige Ergebnis des Seekrieges / See- und Landkrieg — Einst und jetzt / Ähnlichkeiten und Unterschiede / Der Abschluß.

Geheftet 60 Pfennig

Zur Zeit gibt Ernst Jäckh heraus:

Die politische Flugschriftensammlung **Der deutsche Krieg** (Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart), von der bisher 77 Hefte erschienen sind, u. a. von Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich, Friedrich Naumann, Paul Rohrbach, Graf Reventlow, Professor Dr. von Schulze-Gävernitz, Gertrud Bäumer, Rudolf Eucken, Hermann Oncken, Gottfried Traub, Hermann Muthesius.

Die **Deutsche Orient-Bücherei** (Verlag G. Kiepenheuer, Weimar), von der bisher 15 Bände erschienen sind und die das Wort des west-östlichen Diwans zum Motto nimmt: „Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen".

Die Zeitschrift **Deutsche Politik** Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik; gemeinsam herausgegeben mit Paul Rohrbach und Philipp Stein (Verlag G. Kiepenheuer in Weimar)

Ferner sind folgende Bücher von Ernst Jäckh erschienen:

Der aufsteigende Halbmond. Auf dem Weg zum deutsch-türkischen Bündnis. (Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart)

Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft. (Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart)

Deutschland im Orient. (Verlag J. Singer in Straßburg)

Im türkischen Kriegslager durch Albanien. (Verlag E. Salzer in Heilbronn)

Bismarcks Friedensschlüsse

Weltkultur und Weltpolitik

Deutsche und österreichische Schriftenfolge

Herausgegeben von

Ernst Jäckh in Berlin

und vom

Institut für Kulturforschung in Wien

— Deutsche Folge —

10.

Bismarcks Friedensschlüsse

von Friedrich Haller



F. Bruckmann A.-G. München 1916

Bismarcks Friedensschlüsse

Von

Dr. Johannes Haller

Professor an der Universität Tübingen

> Was das Genie tut, muß gerade die schönste Regel sein, und die Theorie kann nichts Besseres tun, als zu zeigen, wie und warum es so ist.
>
> Clausewitz.



F. Bruckmann A.-G. München 1916

HAROLD B. LEE LIBRARY
BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
PROVO, UTAH

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1916 by F. Bruckmann A.-G. München
(Ohne diesen Vermerk ist geistiges Eigentum in den
Vereinigten Staaten von Amerika vogelfrei)

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig

Inhalt

Diese Schrift ist schon im Herbst 1915 verfaßt und gesetzt worden. Umstände, auf die mir kein Einfluß zustand, verhinderten ihr Erscheinen bis heute. Dadurch erklärt es sich, daß auf die inzwischen — im Frühjahr 1916 — erschienenen Bücher von Erich Brandenburg („Die Reichsgründung" und „Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung") noch keine Rücksicht genommen ist, obwohl sie die gleichen Dinge behandeln und die gleichen Quellen benutzen. Daß ich mich mit dem Verfasser in den Hauptsachen im Einklang befinde, darf ich mit Freuden feststellen.

Tübingen, im August 1916.

Haller.

Frieden schließen ist schwerer als Krieg führen. Es muß wohl so sein; wie wäre sonst die Geschichte so reich an Beispielen, daß ein glücklich, ja glänzend durchgeführter Krieg durch einen verfehlten Frieden beendet wurde? Napoleon I., der größte Sieger auf dem Schlachtfeld, den die neuere Geschichte kennt, verstand nicht Frieden zu schließen. So oft er ihn auch diktieren konnte, ebenso oft wurde der Friedensschluß der Auftakt zu neuem Krieg. Das ist mit ein Grund dafür, daß alle seine kriegerischen Erfolge schließlich doch zu seinem Sturze führten. Aber auch seine Überwinder haben die Aufgabe mangelhaft gelöst. Als gelungen kann der Wiener Friede von 1815, der die Ära der napoleonischen Kriege beendet, nicht gelten. Die Ordnung, die er schuf, konnte nicht von Dauer sein, weil sie gegen die Natur der Dinge verstieß, indem sie die Nationen, die seit 1789 überall zum Selbstbewußtsein erwacht waren, ganz nach der Weise altmodischer Kabinettspolitik als nicht vorhanden betrachtete. Nicht nur Italien, dem das Wort des russischen Ministers Pozzo di Borgo galt, auch Deutschland mußte „um der Ruhe Europas willen" seine Rechte als Nation zum Opfer bringen, während in dem künstlich zusammengeklebten Königreich der Vereinigten Niederlande verschiedene Völker zu einer Nation sich vereinigen sollten, die nichts miteinander gemein hatten. Aber auch abgesehen von diesen groben Konstruktionsfehlern, die denn auch den allmählichen Einsturz des Gebäudes herbeigeführt haben, wurde der Hauptzweck, den die Sieger verfolgten, schlecht genug verwirklicht. Sie wollten vor allen Dingen sich gegen eine Wiederholung französischer Eroberungen schützen; aber es dauert keine fünfzehn Jahre, so sehen wir Europa wiederum von den alten Gefahren beunruhigt und bedroht: ganz wie unter Ludwig XIV. und während der Revolution streckt Frankreich in dem berüchtigten Polignacschen Teilungsplan die Hand nach Belgien und dem Rheinland aus. Ein Jahr später bricht das Hauptbollwerk, das man ihm entgegengestellt, auseinander, das künstliche Königreich der Vereinigten Niederlande spaltet sich in seine natürlichen Bestandteile, und die nicht weniger künstliche Schöpfung des neutralen Königreichs Belgien zeigt nur die Verlegenheit, in der man sich befand, als es galt, die Bresche irgendwie zu verschließen. Zehn Jahre darauf (1840) hallt die Welt abermals wider von französischen Rheingelüsten, und vollends seit die Revolution von 1848 wieder einem Bonaparte auf einen französischen Kaiserthron verholfen hat, vermag Frankreich sich binnen weniger Jahre zur führenden Macht auf dem europäischen Festland emporzuschwingen — gerade das, woran

die Satzungen des Wiener Friedens es hatten verhindern sollen. Sein altes Ziel, die Rheingrenze und den Besitz von Belgien, hätte es aller Wahrscheinlichkeit nach auch erreicht und die Macht Ludwigs XIV. erneuert, wäre dem kleinen Talente Napoleons III. nicht im entscheidenden Augenblick das überlegene Genie eines deutschen Staatsmannes entgegentreten, der freilich seinerseits gekommen war, das Werk des Wiener Kongresses nicht zu retten, sondern weiter zu zerstören.

Worin für den Sieger die Schwierigkeit beim Friedensschluß liegt, ist leicht zu sagen: Es kommt darauf an, im richtigen Zeitpunkt die Waffen niederzulegen und, was damit in der Regel zusammenhängt, aber nicht ohne weiteres zusammenfällt, das Maß der Forderungen richtig zu bestimmen. Nur selten ist dieses Wann und Wieviel durch die Lage der Dinge mit voller Klarheit vorgeschrieben. Friedrich der Große konnte im ersten und zweiten Schlesischen Kriege nicht im Zweifel sein, was er fordern wolle. Von Anfang an war der Besitz von Schlesien sein Kriegsziel gewesen; es war gewonnen, und mehr zu erstreben, konnte auch dem Sieger nicht beikommen. Um so schwieriger war es, den Augenblick zu erkennen, in dem der neue Erwerb für so gesichert gelten konnte, daß es Zeit war, aus dem Spiel auszutreten. Noch einfacher lagen die Dinge im Siebenjährigen Kriege. Hier galt es, in der Verteidigung Frieden zu schließen. Seit die Niederlagen von Kolin und Kunersdorf die Hoffnung auf den Gewinn von Sachsen als Siegespreis zuschanden gemacht hatten, war das höchste mögliche Ziel nur noch die unverkürzte Erhaltung des preußischen Staates. Der Friede durfte und mußte geschlossen werden, sobald die Gegner den status quo ante bellum zu bewilligen bereit waren. Dagegen ist wohl allgemein zugestanden, daß Napoleon I. im Jahre 1806 den richtigen Augenblick zum Frieden mit Preußen ebenso versäumt hat, wie er im nächsten Jahr das Maß der Friedensbedingungen verfehlte. Hätte er es über sich gewonnen, gleich nach dem Siege von Jena Frieden anzubieten und Preußen, statt es bis zur Ohnmacht herabzudrücken, vielmehr zum Bündnis gegen England mit der Aussicht auf Gewinn zu bestimmen, sein ganzes späteres Schicksal hätte eine andere Gestalt gewonnen. Indem er, der abenteuerlichen Gewaltsamkeit seiner Natur folgend, der Versuchung nicht widerstand, den Triumph des Sieges über den am meisten bewunderten Militärstaat bis zur Neige auszukosten, gab er Rußland Zeit und Anlaß, einzugreifen und sah sich infolgedessen schließlich auch nach weiteren Siegen nicht mehr in der Lage, den Frieden zu diktieren. Im Frieden von Tilsit (1807) mußte er mit Alexander I. ein Kompromiß schließen, der zum Prellstein wurde, an dem schon sechs Jahre später sein Triumphwagen zerbrechen sollte. Indem er den preußischen Staat bis in den Staub demütigte, ihn aber doch dem Zaren

zuliebe fortbestehen lassen mußte, hatte er sich auch unter den festländischen Mächten den Todfeind geschaffen, der seinen Sturz unter allen Umständen erstreben mußte und zuletzt auch das meiste dazu beigetragen hat.

In diesem Falle hat es Jahre gedauert, bis der im entscheidenden Augenblick bewiesene Mangel an Augenmaß sich rächte. In anderen Fällen sind die Folgen unmittelbar hervorgetreten. Das klassische Beispiel einer Überschätzung des eigenen Erfolges und darauf gegründeter Überforderung ist der Präliminarfriede von San Stefano zwischen Rußland und der Türkei 1878. Hätte damals Graf Ignatjew oder Fürst Gortschaków, wer immer der Schuldige war, nicht den Bogen der Zugeständnisse, die der Türkei auferlegt wurden, so überspannt, daß England und Österreich-Ungarn zum Einschreiten genötigt wurden, so wäre Rußland die Demütigung des Berliner Kongresses erspart geblieben, auf dem es wie ein Angeklagter erscheinen und sich vom europäischen Gerichtshof den Verzicht auf die Hälfte des Siegespreises diktieren lassen mußte, den es schon in Händen hielt, wie etwa ein Knabe die Äpfel wieder herausgeben muß, die er in Nachbars Garten gepflückt hat.

Der Vorgang ist um so auffälliger, weil dasselbe Rußland an derselben Stelle früher einmal ein ebenso klassisches Beispiel von Maßhalten im Erfolg gegeben hatte. Als der Feldmarschall Diebitsch nach einem beispiellos kühnen Feldzug im Sommer 1829 vor den Toren von Konstantinopel stand, beschränkte er sich im Frieden von Adrianopel auf so bescheidene Forderungen, wie sie noch nie einem Sieger nach solchen Erfolgen genügt hatten. Abtretung von ein paar asiatischen Küstenplätzen, Anerkennung der griechischen Autonomie und eine Kriegsentschädigung, die überdies nachträglich noch ermäßigt wurde — das war äußerlich in keinem Verhältnis zu den vorausgegangenen Waffentaten. Die eigentliche Errungenschaft stand freilich nicht in der Vertragsurkunde: die geschlagene Türkei, die mit der Macht zugleich die Großmut des Siegers erfahren hatte, warf sich ihm völlig in die Arme, und aus dem Frieden von Adrianopel ging vier Jahre später (1833) das Bündnis von Hunkiar Skelessi hervor, das den Zaren zum Beschützer des Sultans und diesen zum Torwächter des russischen Reiches machte. Rußland versprach der Türkei Hilfe in jeder Not und empfing dafür die Zusage, daß im Kriegsfall die Dardanellen auf seinen Wunsch geschlossen werden sollten. Ein Zustand, den bekanntlich noch Bismarck als das wahre Ziel wohlverstandener russischer Orientpolitik ansah.

Umgekehrt bieten die Wiener Friedensschlüsse von 1815 mehr als ein Beispiel unangebrachter Zurückhaltung, die sich nur zum Teil aus der damals herrschenden und nur zu begreiflichen Kriegsmüdig-

keit erklärt. Daß Alexander I. in der damaligen Lage nicht den Mut fand, um den Besitz des ganzen ehemaligen Königreichs Polen einen neuen Krieg an der Seite Preußens gegen England, Frankreich und Österreich zu wagen, das ist psychologisch zu verstehen. Aber darum bleibt es doch richtig, daß der Kaiser, indem er sich mit einem Teil des Landes, wenn auch dem größten, begnügte, vielleicht die einzige Gelegenheit unbenutzt gelassen hat, die polnische Frage wirklich zu lösen. Daß England, der eigentliche Sieger im Kampfe, auf jeden Landerwerb verzichtete, hat bekanntlich schon Napoleon getadelt, und in einem Punkte hatte er allerdings recht. Vom englischen Standpunkt aus wäre es das Richtige gewesen, Antwerpen, wenn man es gegen französische Eroberung sichern wollte, selbst in die Hand zu nehmen, anstatt es samt seinem Hinterland einem Mittelstaat zu überlassen, der es nicht behaupten konnte. War hier Mangel an Unternehmungslust die Ursache falscher Enthaltsamkeit — es ist einer der vielen Fälle, wo die echt englische Maxime zur Wirkung kommt, auch in der Politik andere für sich arbeiten zu lassen und die eigenen Kräfte zu schonen —, so führte Mangel an Einsicht dazu, daß das Elsaß bei Frankreich blieb, wodurch diese Macht, auf deren Fesselung es doch eigentlich abgesehen war, die Möglichkeit behielt, den Hauptzweck des Kongreßfriedens nach und nach zu vereiteln.

Ein Muster eines unter schwierigsten Verhältnissen mit scharfem Augenmaß zur rechten Zeit und in der richtigen Weise gefundenen Abschlusses nach langem Kriege gibt es aus älterer Zeit. Das ist die französische Hälfte des sogenannten Westfälischen Friedens, der Friede von Münster zwischen Frankreich und dem Reich (1648). Denkbar glücklich war der Augenblick gewählt: der Friedensschluß trennte Österreich von Spanien, das nun, allein gelassen, den kürzeren ziehen mußte. Gering erschien, äußerlich gemessen, der Landgewinn Frankreichs: die habsburgischen Besitzungen und Rechte im Elsaß, ein paar unzusammenhängende Fetzen. Aber dieser kleine Stützpunkt genügte, eine feste Angriffsstellung gegen Deutschland zu nehmen, sich beständig in die inneren deutschen Angelegenheiten zu mischen, mit der Zeit das ganze Elsaß zu annektieren und sich damit die strategische Beherrschung von Süddeutschland zu sichern. Die Aufnahme Schwedens unter die deutschen Reichsstände, seine Ausstattung mit deutschem Gebiet verschaffte Frankreich einen zuverlässigen Sekundanten, und die so erfolgreich gespielte Rolle des Schützers deutscher Libertät gegen kaiserlichen Absolutismus machte den französischen König zum ständigen Gegenkaiser. Auf diesen scheinbar bescheidenen, in Wirklichkeit mit höchster Klugheit gewählten Errungenschaften ruht in der folgenden Zeit die französische Hegemonie in Europa, sie bedeutet die politische Voraussetzung für das

Zeitalter Ludwigs XIV. Daß der Sonnenkönig sich mit der erworbenen Stellung nicht begnügen wollte, daß er in raschem Anlauf alles Land bis zum Rhein und die Kaiserkrone dazu gewinnen, das Reich Karls des Großen wiederherstellen wollte, war freilich nicht im Geiste Mazarins, der den Westfälischen Frieden schloß, und Richelieus, der ihn anbahnte, und hat den Glanz ihres Meisterwerkes nur zu bald getrübt. Aber das, was sie geschaffen, blieb dennoch bestehen, und mit ihm das Übergewicht Frankreichs auf dem europäischen Festland.

Aber wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen, wenn wir nach gelungenen Friedensschlüssen fragen. Die jüngste Vergangenheit hat ihrer drei aufzuweisen, entstanden unter sehr verschiedenen Umständen und in sehr verschiedener Absicht, und wenn auch nicht alle gleich vollkommen, so doch jeder in seiner Art ein so klares Beispiel hoher staatsmännischer Weisheit und Kunst, daß man sich in ihre Betrachtung wie in das Anschauen eines klassischen Kunstwerkes immer aufs neue vertiefen möchte. Sie stehen uns näher als alles Ähnliche, denn auf ihnen beruht unser eigenes nationales und staatliches Dasein, sie sind das wahre Erbe unseres Reichsgründers. Dreimal hat Bismarck nach siegreichem Kriege Frieden zu schließen gehabt. Jedesmal war die Aufgabe eine andere. Daß er sie jedesmal gelöst hat, wird durch den Erfolg dargetan und hat er selbst mit Genugtuung gefühlt. Noch in einer seiner letzten öffentlichen Äußerungen, im Jahre vor seinem Tode, hat er es ausgesprochen: von allen Erinnerungen, die ihn mit seiner Vergangenheit verknüpften, seien ihm die Friedensschlüsse die angenehmsten. Wenn also Beispiele der Vergangenheit überhaupt etwas wert sind, wenn das Wort von den Lehren der Geschichte mehr ist als eine hergebrachte Redensart, so wird man aus Bismarcks Friedensschlüssen etwas darüber hören wollen, wie ein Sieger richtig Frieden schließen soll. Man wird dies um so mehr, da wir über den Verlauf der Dinge in allen drei Fällen gut unterrichtet sind und zudem den seltenen Vorzug genießen, über die Gedanken, Erwägungen und Absichten des Meisters seine eigenen Aussprüche zu vernehmen. Bismarck hat seine Friedensschlüsse nicht nur gemacht, er hat sie auch selbst erläutert. Wir können ihm zusehen bei der Arbeit und zugleich seinen belehrenden Worten lauschen. Wir können beobachten, wie er die Bilder seines Geistes in Wirklichkeit umsetzt, wie er den gestaltlosen Stoff der Tatsachen in feste Formen zwingt, wie er ihn mit sicherer Hand meistert, ihn zu benutzen, aber auch zu schonen weiß, und wie ihm doch auch einmal der Meißel ausgleitet und ein Griff mißlingt. So gewinnen wir Einblick in das tiefe und doch so schlichte Geheimnis seiner Kunst und dürfen hoffen, den eigenen Blick und das eigene Urteil zu schärfen für Gegenwart und Zukunft.

Wien 1864

Äußerlich betrachtet läßt sich keine einfachere Lage denken als die, in der sich Preußen im Juli 1864 befand, als es in einem Kriege, der uns heute nur wie ein mehrfach unterbrochener militärischer Spaziergang erscheint, den Widerstand Dänemarks niedergeschlagen hatte. Es konnte dem Besiegten seinen Willen ohne jede Einschränkung auferlegen und hat dies auch getan. Der Vorfriede, der in Wien am 1. August unterzeichnet und am 30. Oktober zum endgültigen Frieden erhoben wurde, ist von Bismarck diktiert und von Dänemark ohne jede Widerrede angenommen worden. Er lautet denn auch in dem einzigen wesentlichen Punkte (Artikel 1) so einfach wie möglich: „Seine Majestät der König von Dänemark entsagt allen seinen Rechten auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zugunsten Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich und verpflichtet sich, die Dispositionen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten in bezug auf diese Herzogtümer treffen werden.“ Man sieht es diesem knappen, schlichten Satze nicht an, daß er den Abschluß eines der glänzendsten diplomatischen Feldzüge bildet, die je geführt wurden, daß er einen ebenso vollständigen wie mühevoll errungenen Sieg und ein Meisterstück an politischer Weitsicht und Berechnung darstellt. Bismarck selbst hat das gefühlt und öfter ausgesprochen, zuerst am 11. September 1870 im Kreise seiner Beamten: „Am stolzesten bin ich doch auf unsere Erfolge in der schleswig-holsteinischen Sache, aus der man ein diplomatisches Intrigenspiel fürs Theater machen könnte.“ Niemals hat er mit größeren Widerständen zu kämpfen gehabt, niemals so vorsichtig, auf Umwegen und Schleichwegen sich dem Ziele nähern müssen, niemals ist er weniger verstanden worden, ehe das Ziel erreicht war.

Der Gegner, den es eigentlich zu überwinden galt, war für ihn gar nicht das feindliche Dänemark; die wahren Gegner saßen teils im eigenen Lager, teils im neutralen Ausland. Bismarcks Gedanke ging von Anfang an darauf, die Herzogtümer Dänemark zu entreißen und Preußen einzuverleiben. Ein Menschenalter später hat er sich darüber zu einer Abordnung aus Schleswig-Holstein offen ausgesprochen: „Ich

habe von der ersten Eröffnung der Frage... im November 1863 gleich die Überzeugung gehabt und vertreten, amtlich vertreten: Dat möt wi hebben!" Aber da waren alle gegen ihn gewesen: der König, der Kronprinz, der ganze Hof; die Ministerkollegen, die Botschafter in Paris und London; die anderen deutschen Regierungen, auch die verbündete österreichische nicht ausgenommen; die preußische Volksvertretung, der Nationalverein und die deutsche Presse; die öffentliche Meinung der beiden Provinzen, um die der Streit ging; und vor allem die übrigen Mächte, Rußland, Schweden, Frankreich und England. Als er im preußischen Kronrat zum erstenmal seine Meinung aussprach, fürchtete man, er habe „zu stark gefrühstückt", und der Kronprinz deutete wiederholt mit dem Finger auf die Stirn. Der König hat sich noch nach beendetem Kriege, am 22. August 1864, in Schönbrunn bei der Besprechung mit Kaiser Franz Josef auf dessen Frage, ob er die Lande haben wolle, dagegen gesträubt. Der Erkorene des Hofes, der deutschen öffentlichen Meinung und des Landes selbst war ja der Erbprinz von Augustenburg. Hätte man damals eine Volksabstimmung in Deutschland vorgenommen, es wäre mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, den Chor der deutschen Mittel- und Kleinfürsten um ein weiteres schwaches Stimmlein zu verstärken, die Summe der Nullen, die die deutsche Ohnmacht darstellten, noch um eine neue Null zu vermehren. Beschloß doch am 2. Dezember 1863 das Preußische Abgeordnetenhaus mit 231 gegen 63 Stimmen: Die Ehre und das Interesse Deutschlands forderten, daß der Erbprinz Herzog von Schleswig-Holstein werde! Der Nationalverein aber erklärte in einem Manifest, durch seine Haltung in dieser Frage habe Preußen „jeden Anspruch auf die Führung Deutschlands verloren". Wie leicht haben wir es heute, die grenzenlose Torheit dieser Meinung zu durchschauen! Wir wissen, was damals in Wirklichkeit auf dem Spiel stand. Um uns daran zu erinnern, brauchen wir ja auch nur die oben erwähnte Rede Bismarcks vom 26. Mai 1895 zu lesen über das Thema: „Ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte!" und mit dem Bekenntnis: „Ich habe mir von Haus aus gesagt: ohne die Herzogtümer wird Deutschland nie eine deutsche Reichsflotte haben können... Die Herzogtümer und die Flotte sind untrennbar voneinander, sie gehören zusammen." Das ist uns heute eine Binsenwahrheit. In unserer Vorstellung sind der Reichskriegshafen in Kiel und der Kaiser-Wilhelm-Kanal feststehende Größen, die wir nicht mehr hinwegzudenken vermögen. Wir vergessen leicht, daß sie ohne die Befreiung Schleswig-Holsteins von Dänemark gar nicht und ohne ihre Einverleibung in Preußen nur bedingt möglich gewesen wären. Für uns ist es nicht schwer, zu erkennen, daß mit diesem Schritt bereits die Bahn betreten wurde,

die Deutschland einst in die Reihe der großen Seemächte führen sollte. Wir streiten darum auch gar nicht mehr darüber, daß es in jedem Sinne das beste war, wenn an dieser entscheidenden Stelle die volle Landeshoheit in die Hände des führenden deutschen Staates gelegt wurde. Damals aber war es zunächst noch eine seltene Ausnahme, wenn z. B. der kurhessische Minister Abée in der Annexion der Herzogtümer an Preußen die einzige verständige Lösung der Frage sah. Erst nach Düppel, als der militärische Erfolg angefangen hatte, seine Lehre zu üben, am 25. Mai 1864, wagte eine Anzahl preußischer Patrioten unter Führung des konservativen Grafen Arnim-Boitzenburg in einer Adresse an den König schüchtern anzudeuten: „Wir halten die Trennung des deutschen Schleswig und Holstein von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Ganzen, sei es unter einem eigenen Landesherrn und dem wirksamen Schutze eines mächtigen deutschen Staates, sei es als ein Teil dieses letzteren, für die einzige Lösung, welche die Opfer lohnt, die wir gebracht.“ Es ist auch sehr die Frage, wie viele deutsche Politiker damals ein volles Verständnis für den Satz hatten, den Bismarck ihnen am 8. Juni vorhalten ließ: „Das Interesse Deutschlands findet nicht schon darin seine Befriedigung, daß der deutsche Bund einen Zuwachs an Land erhalte und daß die Zahl der deutschen Fürsten sich noch um einen vermehre, sondern nur darin, daß das neue Fürstentum auch dazu beitrage, die Bedingungen deutscher Macht und deutschen Ansehens nach außen zu fördern... Deutschland und vor allem Preußen, welches mit Österreich sein Teuerstes, das Herzblut seiner Söhne, an die Befreiung Schleswig-Holsteins gesetzt hat, muß verlangen, daß dort an der Nordgrenze zwischen der Ost- und Nordsee nicht etwa bloß ein schwächliches Herzogtum erstehe, sondern zugleich eine wahre Nordmark zu Schutz und Trutz für Deutschland zu Lande und zur See.“

Uns ist es auch geläufig, daß die Lösung dieser Frage eine europäische, keine innerdeutsche oder deutsch-dänische Angelegenheit war, und es ist wohl auch die Kenntnis heute nicht mehr auf die engsten Kreise beschränkt, daß der eigentliche Feind, den man zu allererst besiegen mußte, nicht das kleine Dänemark, sondern das große England war. England hatte schon einmal, von 1848 bis 1850, die deutsche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage verhindert, weil es diese wichtige maritime Stellung nicht dem werdenden Deutschland überlassen wollte. England stand auch jetzt von Anfang an hinter Dänemark und ermutigte es zum Widerstand, den es sonst schwerlich gewagt hätte. Kein Geringerer als der alte Jupiter tonans von Europa, Lord Palmerston, hatte als Erster Minister im Hause der Gemeinen das verheißungsvolle Wort gesprochen, wenn Dänemark von Deutschland an-

gegriffen werde, so werde es nicht allein bleiben. Das Wort fand in England ein lautes Echo. Im Parlament und in der Presse hat man damals eine Sprache geführt, die uns heute sehr vertraut vorkommt. Palmerston gab dabei den Ton an. Er hat mit Drohungen und Grobheiten nicht gespart. Die Äußerung Bismarcks, daß Verträge zwischen zwei Staaten erlöschen, wenn die Vertragschließenden miteinander in Krieg geraten, was, juristisch betrachtet, nur ein Gemeinplatz ist, nannte er „eine höchst alberne Lehre (a most preposterous doctrine), eine Lehre, die keine Regierung im Ernst aufrecht erhalten kann, wenn sie noch etwas Selbstachtung und Rücksicht auf die Grundsätze des guten Glaubens hat. Es wäre für ein zivilisiertes Land höchst schmachvoll, auf solchem Standpunkt zu stehen". Die Überschreitung der jütischen Grenze war in seinen Augen eine unentschuldbare Vergewaltigung (outrage, violence). Selbst der milder gesinnte Lord John Russell sprach von „einem höchst ungerechtfertigten Kriege (a most unjustifiable war)". Als die preußischen Truppen im Gefecht die Stadt Sonderburg beschossen hatten, nannte Lord Shaftesbury im Oberhaus das eine der grausamsten, gewalttätigsten Handlungen, die jemals begangen worden, oder von denen die Geschichte nicht nur bei zivilisierten, sondern sogar bei unzivilisierten Völkern berichte. Er fand, die preußische Regierung und das preußische Heer könnten nicht mehr unter die zivilisierten Menschen und Nationen gezählt werden, und sprach die Hoffnung aus, die britische Flotte werde in jenen Gewässern erscheinen und die Wiederholung „dieser höchst feigen und schrecklichen Greuel (these most cowardly and frightful atrocities)" verhindern. Da war man also schon bei den unentbehrlichen „Greueln" angelangt! Lord Russell mußte erklären, man erwarte darüber Auskunft aus Berlin. Auch im Unterhaus fragte ein Redner, welche Schritte das Kabinett getan habe, um die preußische Regierung an die Notwendigkeit zu erinnern, den Krieg gemäß den Bräuchen zivilisierter Völker zu führen? Die Regierung mußte sich andauernd die schärfsten Vorwürfe gefallen lassen, weil sie sich nicht entschließen konnte, von Worten zu Taten überzugehen. Die Halbheit, Unaufrichtigkeit und Unzuverlässigkeit ihres Verhaltens erfuhr den denkbar schärfsten Tadel.

Der Vorwurf war berechtigt und ließ sich um so weniger entkräften, da die Minister die Wahrheit nicht sagen konnten: daß sie in der Hauptsache entgegengesetzter Ansicht, Russell gegen und Palmerston für kriegerische Maßregeln waren, daß die Königin, teils ihrer alten Abneigung gegen Palmerston, teils ihren starken Sympathien für Deutschland folgend, mit großer Klugheit zu bremsen verstand, und endlich — dies war die Hauptsache — daß man sich nur mit Frankreich zusammen weiter vorwagen konnte, Napoleon aber für ein ge-

meinsames Einschreiten nicht zu haben war, oder doch nur um einen Preis, den man zu hoch fand, nämlich die Erwerbung des linken Rheinufers. In der glänzenden Einsamkeit, in der England sich befand, und die Bismarcks meisterhafte Diplomatie zu erhalten und zu steigern wußte, konnte es in der Tat nichts tun, als drohen. Es erreichte damit wohl, daß die österreichische Flotte, die schon in der Nordsee erschienen war, die Fahrt in die Ostsee unterließ, die Palmerston für eine Beleidigung Englands erklärt hatte. Das Schicksal Dänemarks konnte es damit doch nicht wenden. Es hat mit seiner unverantwortlichen Hetzerei Bismarck das Spiel nur erleichtert: im Vertrauen auf englischen Beistand entwickelten die Dänen jenen starren Trotz, der die Durchführung des Krieges vor aller Welt rechtfertigte.

Aber wenn sie auch England allein ließen, so waren die beiden anderen Großmächte doch durchaus nicht gewillt, Preußen bei einer Annexion der Herzogtümer zu unterstützen. In Rußland wünschte der Reichskanzler Gortschakow, die Macht Dänemarks möglichst ungeschmälert zu erhalten, um es nach Bedarf gegen Schweden oder Preußen benutzen zu können. Und Napoleon III. bemühte sich zwar wiederholt, Preußen zur Eroberung der Herzogtümer zu treiben, aber es war kein Zweifel, daß er es damit nur in Verwicklungen zu bringen gedachte, in denen es von ihm abhängig werden und ihn zu bezahlen genötigt sein würde. Endlich Österreich! Es beteiligte sich am Kriege ja wesentlich, um zu verhindern, daß Preußen ihn allein führe und außer der Beute des Landes auch den Ruhm des nationalen Verdienstes davontrage.

Wir müssen es uns an dieser Stelle versagen, zu verfolgen, wie es Bismarck gelang, allen diesen heimlichen und offenen Widerständen zum Trotz sich seinem Ziele zu nähern, den Krieg zu führen, an dem man ihn hindern wollte, und Österreich zur Teilnahme zu bewegen; wie er es verstand, durch scheinbare Nachgiebigkeit den Gegner zum Widerstand zu ermutigen, ihm die Verantwortung für den Bruch aufzubürden und die Uneinigkeit der Neutralen so gründlich auszunutzen, daß sie schließlich alle, ganz gegen ihren Willen, ihm freie Hand zur Abrechnung mit Dänemark lassen mußten. Er hat dabei lange Zeit unter falscher Flagge segeln und wiederholt sich den Anschein geben müssen, als erstrebe er gerade das, was er nicht wollte, um dem Gegner die Ablehnung zuschieben zu können. In seinen öffentlichen Äußerungen konnte er sich zunächst nur einer sehr allgemeinen Redeweise bedienen. „Deutschland — so schrieb die „Provinzial-Korrespondenz“ am 6. Januar 1864 —, einmal im Besitz von Schleswig und Holstein, kann keine Lösung der Frage mehr zulassen, durch welche nicht allen seinen Forderungen volles und unbedingtes Genüge geschähe.“ Aber

worin bestanden „alle seine Forderungen“? Darüber war man ja keineswegs einig. Als die preußischen Truppen Schleswig eroberten und die Öffentlichkeit anfing, ungeduldig nach den Endzielen der Regierung zu fragen, lautete die Antwort (17. Februar): „Darüber kann und darf die Regierung sich mitten im Laufe des Krieges noch gar nicht unbedingt erklären. Nur das eine muß für sie feststehen, und daran hält sie ganz gewiß fest, nachdem sie einmal zum Kriege für die Herzogtümer geschritten ist, nämlich das Höchste für die Herzogtümer und für Deutschland durch diesen Krieg zu erreichen.“ Dieses Höchste sei die volle Sicherheit „gegen jede Rückkehr dänischer Gewaltherrschaft und die Vereinigung von Schleswig und Holstein für alle Zukunft“. In welcher Weise und namentlich unter welcher Herrschaft das am sichersten erreicht würde, das ließ auch diese Erklärung offen. Noch am 25. Mai betonte der König in seiner Antwort auf die Arnimsche Adresse gegenüber der Anspielung auf die Annexion: „Es ist zu beachten, daß die preußische Regierung ihrerseits nichts dazu getan hat, die Meinung hervorzurufen, daß sie selber eine solche Lösung herbeiführen wolle. Weder in den Verhandlungen mit anderen Mächten noch in irgend welchen Äußerungen, die von der Regierung herrührten oder über die Willensmeinung derselben Aufschluß geben konnten, ist auf eine Absicht hingedeutet worden, für Preußen selbst eine Machterweiterung jenseits der Elbe zu gewinnen.“ Noch vorsichtiger und versteckter war die Art, wie Bismarck sich in den diplomatischen Verhandlungen seinem Ziele zu nähern wußte. Da erklärte er sich zuerst für die Integrität der dänischen Monarchie, die er zu zerstören vorhatte, dann für die Personalunion der Herzogtümer mit der dänischen Krone, die er nicht wünschte, zuletzt für die Kandidatur des Augustenburgers, die er nur für den Notfall zuzulassen und, wenn möglich, zu Fall zu bringen entschlossen war[1]). So erreichte er, indem er das, was er wollte, vor der Welt sorgfältig versteckte, daß Europa ihm nicht in den Arm fiel und Österreich ihm half. Als Dänemark um Frieden bat, war er in der Lage, das Schicksal der eroberten Herzogtümer zu regeln.

Er hat es nicht getan. Es ist das Kennzeichen des Wiener Friedens, daß er die Frage offen läßt, um die der Krieg geführt war. Der König von Dänemark hat Schleswig und Holstein an Preußen und

[1]) Ich halte es nicht für richtig, was Sybel, Begründung des deutschen Reichs, Bd. 3, S. 301, sagt: „Noch hatte er nicht definitiv die Beseitigung des Prinzen beschlossen, aber schwere Bedingungen für seine Zulassung standen unumstößlich bei ihm fest“. Bismarcks ganzes Verhalten gegenüber dem Prinzen beweist, daß er ihn zu beseitigen suchte. Das „definitiv beschließen“ konnte er überhaupt nicht, da es nicht von ihm abhing, aber er hätte es als einen Mißerfolg oder halben Erfolg, ein pis-aller angesehen, hätte er den neuen Herzog hinnehmen müssen.

Österreich abgetreten und im voraus alles anerkannt, was die Sieger darüber verfügen werden. Aber die Sieger verfügen gar nicht, sie lassen in der Schwebe, was mit dem Lande geschehen soll.

Dem normalen politischen Ordnungssinn muß das widerstreben. Die Akten sind nicht vollständig, es fehlt der Abschluß; das Faszikel bleibt als „Rückstand“ auf dem Tische liegen. Ein wohlerzogener Staatsbeamter könnte sich dabei nicht beruhigen; er würde suchen, das Fehlende so schnell wie möglich zu ergänzen. Auch die große Masse der Nation hat so empfunden. Daß man in Wien weder den Augustenburger einsetzte noch die Einverleibung in Preußen verfügte, hat allgemein Anstoß erregt, und es hagelt in der nächsten Zeit Vorwürfe gegen den Minister, der die wichtigsten nationalen Angelegenheiten in so unverantwortlicher Weise führe. Es war noch maßvoll ausgedrückt, wenn der sonst so höfliche und korrekte liberale Politiker Bunsen sein Verfahren „leidlich inkonsequent und springend, unleidlich schroff und im Dunkeln tappend“ nannte und die Frage an ihn richtete, „ob es an der Zeit sei, die schleswig-holsteinische Frage immer noch in dem Hangen und Bangen zu belassen, worin sie nun schon so lange gewesen“; nachdem neun Zehntel aller darin liegenden Schwierigkeiten gehoben seien, wegen des letzten Zehntels den Frieden eines großen Landes und die Geschicke eines kleineren in Ungewißheit zu erhalten?

Kein Zweifel, daß diese Unvollständigkeit durchaus beabsichtigt, daß sie keineswegs ein Ergebnis der Verlegenheit war. Als Kaiser Franz Josef und König Wilhelm mit ihren Ministern Ende August in Schönbrunn berieten, hätten sie ebensogut die Einsetzung des Prätendenten wie die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen aussprechen können. Die Annexion hatte Bismarck schon im Mai in Wien vertraulich angeregt für den Fall, daß Österreich mit ihr einverstanden wäre. Jetzt war Österreich dazu bereit, wenn ihm ein entsprechender Gegendienst geleistet wurde. Da die Abtretung der Grafschaft Glatz, die der Kaiser wünschte, mit gutem Grund sofort zurückgewiesen wurde, hätte man sich auf der Grundlage verständigen können, daß Preußen dem Hause Habsburg den Besitz von Venetien, Istrien und Dalmatien verbürgte. Darüber ist verhandelt worden; Graf Rechberg, der österreichische Auslandsminister, befürwortete es lebhaft, Bismarck schien nicht abgeneigt. Woran es schließlich scheiterte, ob an der stillen, aber mächtigen Opposition der Wiener Preußenfeinde, ob an anderen Hindernissen, ist nicht recht klar und wird es schwerlich jemals sein, da die Verhandlungen mündlich geführt wurden. Man kann sich aber kaum denken, daß Bismarck damals wirklich so bereit gewesen sein sollte, die Bürgschaft für den österreichischen Besitz am Adriatischen Meere zu übernehmen, wie er selbst später wohl behauptet hat. Dieser Schritt

hätte ihm seine guten Beziehungen zu Frankreich unheilbar zerstört, da Napoleon auf nichts anderes sann, als Österreich auch aus Venetien zu vertreiben. Freiwillig hätte sich Preußen der Möglichkeit einer Anlehnung an Frankreich beraubt, deren es unter Umständen noch sehr bedürfen konnte; es hätte die beneidenswerte Stellung geräumt, in der es sich zur Zeit befand, von allen Großmächten umworben zu sein. Sollte es das tun, dann konnte nicht nur Schleswig-Holstein der Preis sein, dann mußte die gesamte deutsche Frage durch Übereinkunft mit Österreich gelöst werden. Widerstrebte dem das Mißtrauen einflußreicher Personen am Wiener Hofe, so wissen wir, daß auf der anderen Seite König Wilhelm gegen die Besitzergreifung von Schleswig-Holstein Bedenken hatte. Er habe ja, meinte er, kein Recht darauf.

Daß die Einsetzung des Augustenburgers damals nicht erfolgte, ist leicht zu verstehen. Bismarck wollte sie nicht und hatte es gegenüber dem nicht sehr geschickten und schlecht beratenen Prinzen nicht schwer, sie zu verhindern. Denn noch hatte er die Hoffnung nicht aufgegeben, die Annexion später einmal durchzusetzen. Schon aus diesem Grunde war es vorteilhaft, die Frage zunächst offen zu lassen. Das empfahl sich aber auch unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Beziehungen Preußens zu Österreich. Es wird glaubwürdig berichtet, daß der Gedanke des Grafen Rechberg, die Herzogtümer vorläufig zu teilen, so daß Preußen Schleswig, Österreich Holstein erhielte, in der Erwartung, daß bei einer bevorstehenden europäischen Krisis und eines gemeinsamen Kampfes gegen Frankreich sich die Möglichkeit eines Austausches bieten werde, — daß dieser an sich nicht üble Gedanke an dem Widerspruch des einflußreichen Wiener Hofrates v. Biegeleben gescheitert sei, der fand, man hätte dann „keine Reibungspunkte mit Preußen". Ohne daß es ausdrücklich überliefert wäre, können wir annehmen, daß derselbe Gedanke in entsprechender Umkehrung auch für Bismarck maßgebend war. Die schleswig-holsteinische Frage zu erledigen empfahl sich nur dann, wenn gleichzeitig auch das gesamte Verhältnis Preußens zu Österreich, das heißt, wenn die ganze deutsche Frage gelöst wurde. Da dies nicht geschah, weil die maßgebenden Personen im Rate des Kaisers von Österreich, Biegeleben, Belcredi, Esterhazy, es nicht wollten, so war nichts erwünschter, als einen festen Reibungspunkt zu behalten, an dem man einen Konflikt nach Bedarf jederzeit entzünden konnte. Auch im Ausland erkannte man das. Die „Times" schrieben schon damals, es werde bald ernstliche Verwicklungen setzen, wenn die Beute zwischen den beiden deutschen Adlern geteilt werden solle. So kam die gemeinsame Besetzung der eroberten Herzogtümer zustande. Schleswig und Holstein wurden gleichsam bereit gelegt wie Stahl und Feuerstein, um im gegebenen Moment den Funken zu entzünden, aus

dem sich das große Feuer entfachen ließ, dessen es bedurfte, um die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung zu schmieden.

Es gab in der Angelegenheit noch einen Punkt, der durch den Friedensschluß nicht endgültig geregelt wurde: die Nordgrenze des Landes. Die Friedensurkunde setzte sie zwar mit aller wünschenswerten Genauigkeit fest, aber es war ein öffentliches Geheimnis, daß diese Festsetzung keine abschließende sein sollte. Die Frage, die damit gestellt war, hat noch 14 Jahre auf ihre formelle Lösung geharrt, und auch als diese erfolgt war, doch nicht aufgehört zu existieren.

Die geschichtliche Grenze des Herzogtums Schleswig umfaßte im Norden einen Bezirk von vorzugsweise dänischer Bevölkerung. Es hätte nahe gelegen, ihn bei Dänemark zu lassen. Schon in den internationalen Verhandlungen, die neben dem Kriege einherliefen, war das beständig erwogen worden. Napoleon III., der Bannerträger des Nationalitätsprinzips, hatte sich für eine Teilung Schleswigs nach der Sprachgrenze bemüht und eine Volksabstimmung entscheiden lassen wollen. Bismarck hatte dem nicht widersprochen. Eine Grenze, die etwa der Linie von Flensburg nach Tondern oder wenigstens von Apenrade nach Tondern folgte, hätte diesem Gedanken genügt. Privatim hat Bismarck selbst noch kurz vor der Ratifikation des Friedens sich dahin ausgesprochen, daß man möglicherweise diesen nördlichen Grenzstrich an Dänemark zurückgeben könne. Als Österreich im Prager Frieden 1866 die Abtretung der österreichischen Rechte auf Schleswig und Holstein aussprach, da ist bekanntlich im Paragraphen 5 der Vorbehalt gemacht worden, daß in Nordschleswig künftig die Bevölkerung gehört werden solle, ob sie preußisch oder dänisch sein wolle. Erst 1878 ist das durch Verzicht Österreich-Ungarns auf diesen Paragraphen beseitigt worden. Bis dahin also war die Nordgrenze von Schleswig eine völkerrechtlich offene Frage. Was ihn zu diesem Verfahren bestimmt hat, darüber hat Bismarck sich niemals klar ausgesprochen; man muß seine Beweggründe erraten, aber man kann sie auch erraten.

Zunächst ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die Aussicht auf eine Entscheidung durch Plebiszit nichts anderes war als ein Zugeständnis an Napoleon. Sie gehört zu den kleinen Rücksichten und Verbeugungen, durch die Bismarck den Kaiser zu stimmen suchte, solange er ihn brauchte. Aber warum hat er dann nicht die Abstimmung sogleich vornehmen lassen oder, noch besser, da doch niemand im Zweifel war, wie sie ausfallen würde, auf den vorwiegend dänischen Bezirk verzichtet? Es hätte doch nahe gelegen, sich die Schwierigkeiten, die aus diesem Besitz mit der Zeit sicher erwachsen würden, von vornherein zu ersparen.

Es ist in hohem Maße lehrreich, daß Bismarck dies nicht getan hat und warum er es nicht getan hat. Zweimal hat er sich darüber aus-

gesprochen, wenn auch immer nur andeutend. Am 2. Juni 1865, als ihm im Preußischen Abgeordnetenhaus, nach dänischen Gewährsmännern, vorgehalten wurde, er halte selbst Flensburg für eine dänische Stadt, erwiderte er, das sei erlogen. „Ich halte Flensburg für eine deutsche Stadt, und selbst wenn es eine dänische Stadt wäre, so würde ich sie nicht herausgeben.“ Die Erklärung liegt darin, daß Flensburg damals noch mehr als heute der größte und wichtigste Hafen des ganzen Landes, sein Besitz also schon aus diesem Grunde unentbehrlich war. Von allgemeiner Bedeutung ist die Äußerung im Abgeordnetenhaus am 20. Dezember 1866. „Die vollständige Durchführung des Nationalitätsprinzips,“ sagt Bismarck hier, „ist bekanntlich auf der dänischen Grenze ganz unmöglich, weil die Nationalitäten so gemischt sind, daß sich nirgends eine Grenze, die sie vollständig voneinander sondert, ziehen läßt... Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Bevölkerung, die wirklich in zweifellos und dauernd manifestiertem Willen nicht preußisch oder nicht deutsch sein will, die in zweifellos manifestiertem Willen einem unmittelbar angrenzenden Nachbarstaat ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bildet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist. Man kann zwingende Gründe haben, dennoch auf ihre Wünsche nicht einzugehen, die Hindernisse können geographischer Natur sein, die es unmöglich machen, solche Wünsche zu berücksichtigen. Es fragt sich, ob und inwieweit das hier zutrifft. Die Frage ist eine offene, wir haben jederzeit bei ihrer Erörterung hinzugefügt, daß wir uns niemals dazu herbeilassen können, unsere militärische Sicherheitslinie durch irgendein Arrangement zu kompromittieren.“

Damit ist deutlich genug gesagt, daß es Gründe militärgeographischer Natur waren, die den Verzicht auf Nordschleswig widerrieten. Das Studium der Karte klärt einen darüber auf. Wenn z. B. Flensburg, wie wir sahen, aus verkehrspolitischer Notwendigkeit deutsch bleiben muß, so darf das nördlich angrenzende Land nicht dänisch sein, weil sonst die Flensburger Föhrde unter dänischen Kanonen (Düppel, Alsen) läge. Die südlichste Grenze, die zu ertragen wäre, würde also von Apenrade nach Tondern laufen. Aber auch gegen sie erheben sich starke Bedenken, diesmal an der Westküste. Hier ist die Gefahr einer feindlichen Landung um so viel größer, wie die Küstenstrecke, die nicht in deutschen Händen ist, länger wird. Volle Sicherheit würde freilich erst der Besitz des Hafens Esbjerg — der übrigens erst nach 1870 ausgebaut wurde — mit der vorgelagerten Insel Fanö gewähren. Aber wenn das der einzige Stützpunkt eines landenden Feindes ist, läßt er sich leicht unschädlich machen. Dafür sorgt denn auch das Bahnnetz von Schleswig-Holstein in nachdrücklicher Weise. Ein Feind, der dort — mit oder ohne Zustimmung Dänemarks — landen wollte, würde

gebührend empfangen werden. Einmal war es nahe daran, als die Engländer im Herbst 1911 eine Landung mit 100000 Mann „in Holstein“ planten. Statt Holstein war hier natürlich Dänemark zu lesen. Denn im Schleswiger Wattenmeer, geschweige denn gar im wirklichen Holstein, eine Armee auszuschiffen, wenn die Küste verteidigt wird, ist ein abenteuerlicher Gedanke. Schade, daß das Experiment nicht gemacht wurde! Es hätte klar bewiesen, daß wir eine feindliche Landung an unserer Küste überhaupt nicht zu fürchten haben und einer solchen auf dänischem Boden mit Erfolg begegnen können, wenn für sie nur der eine Ausschiffungspunkt Esbjerg zur Verfügung steht. Gäbe man aber die südlich angrenzende Küste bis Tondern mit den Inseln Romö und Sylt (dessen Nordhälfte dänisch ist) auf und überließe sie einem Nachbar, dessen Gesinnung und Kraft man nicht sicher ist, so hätte der Feind einen so breiten Raum, an dem seine Truppen an Land gehen könnten, und so ausgiebige Stützpunkte, daß die Abwehr schon schwierig wäre. Sollen also die Küstenstriche und Inseln Dänemark überlassen werden, so muß Deutschland zum mindesten der wohlwollenden und kraftvoll vertretenen Neutralität Dänemarks unter allen Umständen sicher sein. Nur ein endgültig versöhntes und dauernd freundnachbarliches Dänemark durfte Nordschleswig haben.

Vielleicht hat Bismarck sich für diesen Fall ehrlicher Aussöhnung die Möglichkeit der Rückgabe zunächst offen halten wollen. Aber die Aussichten darauf wurden mit den Jahren nicht besser, und als die Vermählung der Prinzessin Thyra mit dem welfischen Prätendenten von Hannover im Jahre 1878 zeigte, daß das dänische Königshaus noch immer nicht gesonnen sei, das Geschehene als endgültig anzuerkennen, da zog er den Strich unter die Rechnung, ließ sich von der gegen Österreich allein eingegangenen Verpflichtung zur Befragung der Leute von Nordschleswig entbinden und begann auch in der Verwaltung das Land als für immer preußisch zu behandeln.

Lehrreich ist dieser Fall nebenbei darum, weil er zeigt, wie wenig Bismarck sich durch das Prinzip der Nationalität gebunden fühlte, wo es sich um die Bestimmung der Staatsgrenzen handelte. Wie ihm im gesamten Staatsleben die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit höher stand als jedes Prinzip, so hat er auch in der Frage der Grenzen sich nicht nach einem Prinzip, und sei es noch so allgemein anerkannt, sondern einzig und allein nach den Gesetzen des Nützlichen und Notwendigen gerichtet, die auf diesem Gebiet von der Geographie diktiert werden.

Nikolsburg und Prag 1866

Der Friede von 1866 bietet in jeder Hinsicht ein anderes Bild als der zwei Jahre früher geschlossene. Fanden wir das Kennzeichen der Verhandlungen von 1864 darin, daß sie bis zuletzt ohne eingestandenes Ziel geführt wurden, und daß es gelang, fremde Einmischung im Voraus fernzuhalten, so trifft 1866 keines von beiden zu. Hier war im allgemeinen schon vor Beginn des Krieges ein Ziel offen aufgesteckt worden, die Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinn; doch bevor es erreicht war, griff Frankreich in die Verhandlungen ein, Bismarck war nicht mehr allein Herr des Spiels.

Am 3. Juli war die vereinigte österreichisch-sächsische Armee bei Königgrätz geschlagen worden. Zwei Tage später erhielt König Wilhelm ein Telegramm des Kaisers Napoleon: „Die so raschen und glänzenden Erfolge Eurer Majestät haben Ergebnisse gezeitigt, die mich nötigen, aus meiner Rolle vollständiger Zurückhaltung herauszutreten... Ich kenne die hochherzige Gesinnung Eurer Majestät und Ihr herzliches Vertrauen zu mir zu gut, um nicht zu glauben, daß Sie Ihrerseits ... mit Genugtuung die Anstrengungen aufnehmen werden, die ich zu machen bereit bin, um Ihren Staaten und Europa den kostbaren Vorzug des Friedens wiederzugeben."

Das war in der Form eine Vermittlung, „Mediation", in der Sache war es Intervention. Daß der Wortlaut des Telegramms noch am 5. Juli im „Moniteur" veröffentlicht wurde, schloß jeden Zweifel aus. Napoleon trat als Schiedsrichter zwischen die Kämpfenden. Frankreich stand wieder einmal an der Spitze Europas. So faßte es auch die Pariser Öffentlichkeit auf: Illumination, Straßenkundgebung, steigende Kurse.

König Wilhelm war empört. „Unglaublich!" war sein erster Ausruf. Auch Bismarck empfand den Schritt des Kaisers als eine arge Durchkreuzung seiner Pläne. Zu seinen Vertrauten, Keudell und Abeken, sagte er „in ernstem Ton": „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihm teuer zu stehen kommen." Aber wie die Dinge lagen, waren König

und Minister darin einig, daß man die französische Vermittlung grundsätzlich annehmen müsse. Damit war es von vornherein entschieden, daß das Ergebnis der Friedensverhandlungen im besten Fall ein Kompromiß sein würde. So ist es denn auch gekommen. Der Vorfriede von Nikolsburg (26. Juli), der in Prag (23. August) zum endgültigen Frieden wurde, deckt sich nicht mit dem, was Bismarck erreicht haben würde, wenn er ihn ohne französische Vermittlung hätte schließen können, er enthält weniger und enthält anderes, als ursprünglich beabsichtigt war. Daß die Abweichungen nicht unerträglich und das Ziel im wesentlichen dennoch erreicht wurde, war der unvergleichlichen Meisterschaft zu danken, mit der Bismarck die Verhandlungen unter den schwierigsten äußeren Umständen zu führen verstand.

Wer heute diese Dinge studiert, hat allen Grund, Napoleon dankbar zu sein. Der Umweg über Paris, den die Verhandlungen infolge seiner Vermittlung nehmen mußten, bewirkte, daß sie schriftlich geführt wurden, in stetem Gedankenaustausch zwischen dem Minister, seinem Botschafter und dem Kaiser der Franzosen. So sind wir in der glücklichen Lage, sie Schritt für Schritt verfolgen zu können. Daß dabei auch zwischen Bismarck und dem König eine Meinungsverschiedenheit auftrat und der Minister seinen Willen in einem Kampf nach zwei Fronten vertreten mußte, gibt der Geschichte des Friedensschlusses von 1866 einen besonderen Reiz und macht sie doppelt lehrreich. Das Richtige ist hier sozusagen in einem kontradiktorischen Verfahren gefunden worden, dem die Nachwelt zuhören darf.

Den Verlauf der Verhandlungen im einzelnen darzustellen, wäre noch immer der Mühe wert, obwohl sie im allgemeinen für bekannt gelten. Denn was man herkömmlicherweise von ihnen erzählt, ist nicht alles richtig. Die Legende hat bereits ihren Schleier um sie gewoben, eine Legende, deren Urheber allerdings niemand Geringeres ist als Bismarck selbst. Jedermann kennt das fesselnde Kapitel „Nikolsburg" in den „Gedanken und Erinnerungen". Es beherrscht heute die Vorstellungen der meisten von dem Geschehenen und bildet die Grundlage des herkömmlichen Urteils über den Charakter und die Bedeutung des Friedensschlusses. Da liest man, der unpolitische Siegesrausch der Militärs, von dem auch der König angesteckt worden sei, und die ebenso unpolitische wie kleinliche Annexionslust des Herrschers hätten den Minister, der als der einzige sich von staatsmännischen Erwägungen habe leiten lassen, zum Abschiedsgesuch genötigt und ihm für einen Augenblick sogar Selbstmordgedanken eingegeben, bis das Eingreifen des Kronprinzen den König bewogen habe, sich unter bitterem Schelten über seinen Ministerpräsidenten, der ihn „vor dem Feind im Stich lasse", über „sauren Apfel" und „schmachvollen Frieden" dem Willen

seines Beraters zu fügen[1]). Das Bild, das diese eindrucksvolle Erzählung erweckt, wird sich vielleicht nie ganz fortwischen lassen, obwohl es sich gegenüber den Akten, die Sybel in der „Begründung des Deutschen Reiches“ mitteilt, als Wahrheit und Dichtung erweist, als eine jener Umgestaltungen, die eine lebhaft fortarbeitende Phantasie im Laufe der Zeit an den eignen Erinnerungen unbewußt vorzunehmen pflegt. Richtig ist daran nur, daß zwischen König und Minister eine tiefe Meinungsverschiedenheit bestand und daß Bismarck in seiner leidenschaftlichen und reizbaren Art, überdies von schmerzhafter Krankheit geplagt, darüber für einen Augenblick in eine fast verzweifelte Stimmung geriet. In der Erinnerung hat sich ihm auch das mit der Zeit immer mehr gesteigert und vergrößert, bis er schließlich glaubte, in Nikolsburg seinen Abschied angeboten zu haben, während er in Wirklichkeit erklärt hatte, daß er „jede von Eurer Majestät befohlene Bedingung in den Verhandlungen pflichtmäßig vertreten werde“, und seinem alten Herrn einen Zorn gegen ihn andichtete, den er nie gehegt, und Äußerungen in den Mund legte, die er nie getan hat[2]). Man kann, wenn man für sein Urteil eine feste tatsächliche Unterlage gewinnen will, nichts Besseres tun, als die Erzählung der „Gedanken und Erinnerungen“ als Geschichtsquelle zunächst beiseite legen, mag sie auch ein Meisterstück der Memoirenliteratur sein[3]).

[1]) Dieselbe Erzählung in verschärfter Form soll Bismarck schon 1869 dem sächsischen Minister v. Friesen vorgetragen haben (s. dessen Erinnerungen, Bd. 3 S. 82ff.). Es fällt auf, wie außerordentlich unzuverlässig das Meiste ist, was dieser Gewährsmann von Bismarck gehört hat. Die Absicht ist meist, und so auch hier, nicht schwer zu erkennen.

[2]) Daß er in Nikolsburg seinen Abschied angeboten, hat Bismarck schon 1867 gemeint. Man vgl. Oncken, Bennigsen, Bd. 2 S. 31 und Bluntschli, Denkwürdigkeiten, Bd. 3 S. 200.

[3]) Die Fehler sind scharfsinnig aufgedeckt worden von Max Lenz, Deutsche Rundschau, Bd. 100 S. 109ff. Um die Erzählung zu retten, hat Wilhelm Busch (in der Historischen Zeitschrift, Bd. 92 S. 418ff.) die Vermutung aufgestellt, daß es im Juli 1866 zwei Konflikte statt eines gegeben habe, von deren einem, dem zweiten (23. Juli), die Akten bei Sybel reden, während bei Bismarck damit die Erinnerung an einen früheren schärferen (19. Juli), zusammenfließe. Das ist an sich schon sehr unwahrscheinlich und wird durch die Akten vollständig widerlegt, in die ich dank der Zuvorkommenheit des Herrn Unterstaatssekretärs Dr. Zimmermann Einblick erhalten habe. Was bei der ersten, sehr kurzen Meinungsverschiedenheit (übrigens um den 16. Juli) wirklich vorfiel, erzählt Keudell S. 297. — Wie unzuverlässig Bismarcks Erzählungen oft sind, zeigen in anschaulicher Weise die Zusammenstellungen bei Robert Pahncke, Bismarcks Parallelerzählungen zu den Gedanken und Erinnerungen (1914). Es ging ihm wohl, wie es allen geht, die gute Erzähler sind: die Wahrheit mußte mitunter die Kosten der Wirkung bestreiten. Man tut Unrecht, seine gelegentlichen Erzählungen als geschichtliche Dokumente zu behandeln. Es darf hier im allgemeinen daran erinnert werden, daß Bismarcks Gedanken und Erinnerungen als Geschichtsquelle schon darum nur mit größter Vorsicht zu benutzen sind, weil sie in ganz unfertigem Zustand das Licht der Welt erblickt haben. Der Fürst hat

Die Episode von Nikolsburg ist aber keineswegs der einzige und auch nicht der gefährlichste Irrtum, der die Vorstellungen von den damals geführten Verhandlungen beherrscht. Wir werden bald größere und folgenschwerere kennen lernen.

Was hatte Bismarck erstrebt, welches war das Ziel, das er sich gesteckt hatte, als er den Krieg gegen Österreich herbeiführte? Denn daß er den Krieg — um es banal auszudrücken — „gemacht" habe, weil er ihn für notwendig hielt, wird heute wohl niemand mehr bestreiten, und wer es etwa doch bezweifeln wollte, den braucht man nur an Moltkes Urteil zu erinnern: „Es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf." Das Kriegsziel wird zum erstenmal genannt im geheimen Bündnisvertrag mit Italien vom 8. April 1866. Da wird es als casus foederis bezeichnet, „daß die Unterhandlungen, welche S. M. der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten und infolgedessen S. Majestät in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen". Der Inhalt dieser Vorschläge ist dann nach und nach an die Öffentlichkeit getreten in den Anträgen, die Preußen am Bundestag stellte, zuerst am 9. April auf Berufung eines deutschen Parlaments, dann am 10. Juni auf Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde, Schaffung einer ständigen Volksvertretung beim Bundestag, Teilung der Landmacht des Bundes in eine Nordarmee unter preußischem und eine Südarmee unter bayerischem Oberbefehl, und dauernde vertragliche Regelung des Verhältnisses zu den deutschen Landesteilen Österreichs. Dies war das Kriegsziel, zu dem Preußen sich vor der Öffentlichkeit von Anfang an bekannte.

Es ist nicht erreicht worden. Was der Krieg brachte, war etwas anderes als das, weswegen er angeblich unternommen worden war. Geblieben ist nur der Ausschluß Österreichs; alles weitere ist weggefallen und durch anderes ersetzt. Statt des reformierten gesamtdeutschen Bundes ein bloß norddeutscher Bund mit einem norddeutschen Parlament

---

sich nicht mehr die Mühe genommen, das, was nach seinen zwanglosen Plaudereien stenographiert war, nach den Akten und anderem Material zu kontrollieren. Ihn interessierten die zwei ersten Teile augenscheinlich nur sehr mäßig, und was ihm die Hauptsache war, ist garnicht veröffentlicht worden. So erklären sich die handgreiflichen Abweichungen von der Wirklichkeit, deren stärkste allerdings im Kapitel „Nikolsburg" sich finden, wo auf die Darstellung Sybels in Fußnoten Bezug genommen wird, während die eigene Erzählung mit ihr garnicht zu vereinigen ist. Man vergleiche dazu M. Busch, Some secret pages, Bd. 3 S. 351 ff.

zur Seite; kein festes vertragliches Verhältnis zu Österreich; keine bayerische „Südarmee“; dafür aber die Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main in das Königreich Preußen. Der Unterschied springt in die Augen. Wenn wirklich das, was Bismarck vor dem Kriege als seine Absicht aufgestellt hatte, sein wahres und sein ganzes Kriegsziel gewesen war, so müßte man urteilen, daß er es aufgegeben und durch ein wesentlich anderes ersetzt hat, und da nicht anzunehmen ist, daß er dies aus freien Stücken und ohne dringende Nötigung getan haben würde, so bliebe der Schluß unvermeidlich, daß ein anderer ihn dazu gezwungen hat. Dieser Schluß ist gezogen worden, er beherrscht sogar die heute üblichen Darstellungen der Ereignisse und das Urteil über sie, das in klassischer Form zuerst Heinrich von Sybel geprägt hat. „Preußen,“ sagt dieser, „hatte den Krieg begonnen zum Zwecke der Bundesreform, zur Behauptung Schleswig-Holsteins, ohne einen Gedanken an weitere Annexionen. Napoleon ist es gewesen, welcher durch seinen Widerspruch gegen die deutsche Einheit Bismarck genötigt hat, für jetzt auf andere Weise, durch Verstärkung der preußischen Hausmacht, dem Könige die für Deutschlands Interessen erforderliche Machtstellung zu geben.“

Sybels Werk ist unter persönlicher Zensur Bismarcks geschrieben. Man darf also in den angeführten Sätzen eine Selbstbeurteilung des Fürsten erblicken. In der Tat hat er schon ziemlich früh angefangen, in mündlichen Äußerungen, öffentlich und privatim, die Urheberschaft an den Annexionen von 1866 von sich auf andere abzuwälzen. Nur gab er dabei gelegentlich der Sache auch eine andere Wendung als sein Historiograph: nicht Napoleon sei es gewesen, sondern der König, der ihn gezwungen habe, zu annektieren. „Ich hätte,“ sagte er wohl, „am liebsten alle Annexionen vermieden, aber mein alter Herr war so hungrig geworden[1])!“ Wieder ein andermal war die öffentliche Meinung schuld gewesen. Ein Augenzeuge erzählt mir, daß der Fürst beim Empfang einer Abordnung aus dem Nassauischen gesagt hat, er habe 1866 das Land nur darum nehmen müssen, weil die Bevölkerung ihn angefleht habe, sie vom Herzog und seinen Jägern zu erlösen.

Die Glaubwürdigkeit dieser Äußerungen wäre entschieden größer, wenn in ihnen der Sündenbock nicht so oft wechselte. Im Ernst kann doch nur die Version in Betracht kommen, die bei Sybel niedergelegt ist, und es ist nur eine seltsame Paradoxie, wenn man gelegentlich mit großer Gelehrsamkeit den Nachweis zu führen versucht hat, daß in der Tat

[1]) Die Äußerung wird von verschiedenen Seiten überliefert. Sie klingt so bismarckisch, daß man sie wohl für echt halten darf.

nur der König Bismarck genötigt habe, seine Politik idealer Selbstlosigkeit mit einer solchen selbstsüchtiger Eroberungslust zu vertauschen. So etwas richtet sich selbst und beweist nur, daß der Sinn für Menschenart bisweilen in demselben Grade abnimmt, wie die Gelehrsamkeit wächst.

Aber auch die Auffassung Sybel-Bismarcks läßt sich nicht halten. Wir brauchen uns dabei gar nicht auf psychologische und allgemeinpolitische Erwägungen einzulassen, die zwar nahe genug liegen, aber immer nur beschränkte Beweiskraft haben. Akten und andere gleichzeitige Zeugnisse lehren übereinstimmend, daß Bismarck die deutsche Gesamteinheit 1866 noch nicht gewollt, also auch keinen Ersatz für sie zu suchen nötig gehabt, daß er dagegen von Anfang an gewisse Gebietserwerbungen für Preußen ins Auge gefaßt und gerade auf sie während der Verhandlungen stets das größte Gewicht gelegt hat. Mit einem Wort: Bismarck selbst ist der Vater des Norddeutschen Bundes mit der aus ihm entstehenden vorläufigen Zweiteilung Deutschlands, und er ist ebenso auch der Vater der Annexionen. Wenn ihm Napoleon das Spiel in gewisser Hinsicht gestört hat, so nicht, indem er ihn zu annektieren nötigte, sondern — neben anderem — indem er ihn hinderte, mehr zu annektieren.

Daß diese Sätze richtig sind, kann man sogar aus Sybels eigner Darstellung erkennen, in der schon die benutzten Akten mit dem abgegebenen Urteil in Widerspruch stehen. Noch deutlicher wird das freilich, wenn man den gesamten Schriftwechsel vor Augen hat. Wir heben hier nur die wesentlichen Hauptpunkte heraus. Das erste ist eine telegraphische Anweisung an den Botschafter in Paris vom 8. Juli (von Sybel nicht erwähnt): das Friedensprogramm gehe nicht erheblich über die Bundesreformvorschläge hinaus, indessen werde einiger Unterschied in der Behandlung von Gegnern und Anhängern unvermeidlich sein; ferner würde man Kriegsentschädigung und Sicherstellung der ungarischen Verfassung fordern. Das war sehr allgemein gehalten; man kann darin die späteren Annexionen angedeutet finden, oder auch nicht. Worin diese Unbestimmtheit ihren Grund hatte, werden wir gleich sehen. Tags darauf (9. Juli) kommt in einer längeren Instruktion die Erläuterung. Voran steht hier als erster Punkt und „für alle Beteiligten zweckmäßigste Lösung, wenn sie sich ohne Abtretung andern preußischen Gebiets erreichen ließe“, die Einverleibung von Sachsen, Hannover und Hessen in Preußen. Einen neuen Krieg aber sei das doch nicht wert. „Eine hinreichend günstige Bundesreform“ würde auch genügen; das, worauf es ankomme, sei „die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands“, also ein Norddeutscher Bund, in dem die bisherigen Gegner Sachsen, Hannover und Hessen entweder ungünstigere

Bedingungen betreffs ihrer Militärhoheit auf sich nehmen, oder einen Teil ihres Gebiets, den Leipziger Kreis, Ostfriesland, dazu das Erbrecht auf Braunschweig hergeben müßten. Auch von einem Austausch von Oberhessen gegen Hanau ist die Rede. Die Annexion der Elbherzogtümer wird als selbstverständlich hingestellt. Der Botschafter solle mit dem Kaiser alle Möglichkeiten sondierend durchsprechen und zu erfahren suchen, welche außerdeutschen Kompensationen dieser haben wolle, um das Maximum der Annexionen gutheißen zu können. Tags darauf eilt eine Nachschrift nach Paris. Der Botschafter soll nicht die unbedingte Alternative, entweder volle Annexionen oder Bundesreform ohne Annexionen, stellen, sondern eine Kombination von beiden, Bundesreform mit teilweisen Annexionen, offen lassen und daran festhalten, „daß jede volle Annexion, die ohne Abtretung preußischen Gebiets erlangt werden kann, besser ist als die halbe auf dem Reformwege."

Man muß alle diese Sätze in ihr Gegenteil umdeuten, um behaupten zu können, daß hier nicht das große Annexionsprogramm — ganz Sachsen, Hannover, Hessen neben Schleswig-Holstein — als das wünschenswerteste und in erster Linie zu erstrebende Ziel hingestellt wird, auf das man nur verzichten will, wenn es ohne Krieg oder Abtretung preußischen Bodens nicht zu erreichen ist. Und wenn man nicht das Ganze haben kann, dann wenigstens einen Teil, womöglich ganze Staaten, keine bloßen Teilstücke.

Ausdrücklich bezeichnet Bismarck dies alles auch als seine persönliche Meinung. „Meinerseits — sagt er — finde ich den Unterschied zwischen einer uns hinreichend günstigen Bundesreform und dem unmittelbaren Erwerb jener Länder nicht groß genug, um deswegen das Schicksal der Monarchie aufs Spiel zu setzen." Und später: ein definitiver königlicher Entschluß sei ihm noch nicht bekannt; der König denke übrigens an Thronwechsel in Hannover, Kurhessen, Meiningen, an eine böhmische Grenzregulierung, an Ersatz der Kriegskosten, vielleicht auch an Sicherung der ungarischen Konstitution. Für jeden, der die Sprache des Hofes kennt, bedeutet dies: der König will etwas ganz anderes als ich, aber ich gedenke ihn zu meiner Ansicht zu bekehren. Nun wissen wir, warum die erste telegraphische Weisung sich so unbestimmt ausdrückte!

Es kann also gar kein Zweifel sein, daß das Programm für die Friedensbedingungen von Bismarck ganz persönlich herrührt. Er hat den Annexionsplan zuerst aufgestellt.

Hat er das getan unter dem Zwang der französischen Einmischung, als Ersatz für die deutsche Einheit? Auch dies nicht. Denn in der Instruktion vom 9./10. Juli wird ja an der Reform des Bundes als

einer zweiten Möglichkeit festgehalten, vor der aber die große Annexion an sich den Vorzug verdienen würde. Freilich soll sich diese Reform jetzt nur noch auf Norddeutschland beziehen; aber daß diese Beschränkung eine Folge des französischen Dazwischentretens sei, wird nirgends angedeutet, sogar das Gegenteil offen ausgesprochen. Man lese es bei Sybel (Bd. 5, S. 250) nach: „Er spreche, bemerkte hier Bismarck, das Wort Norddeutscher Bund ganz unbedenklich aus, weil er es, wenn die uns nötige Konsolidierung des Bundes gewonnen werden solle, zurzeit noch für unmöglich halte, auch Süddeutschland noch hineinzuziehen. Es sei also, um unserer Schöpfung diejenige Begrenzung zu geben, welche ihr eine feste Verschmelzung sichert, gerade der jetzige Augenblick günstig, wo die Unmöglichkeit vorliege, die Vertretung Süddeutschlands unsererseits zum Parlament zu berufen." Wer kann da noch im Zweifel sein? Bismarck will im Jahre 1866 die Süddeutschen noch gar nicht haben, weil der Bund erst fest zusammenwachsen soll und sie dabei stören würden. Er hat die Gesamteinheit damals noch nicht erstrebt, also auch nicht auf sie verzichten können, noch weniger einen Ersatz für sie zu suchen gebraucht.

Dafür liegen auch sonst Anzeichen genug vor. Es war gewiß tendenziöse Übertreibung dabei, wenn er vor dem Krieg den Franzosen gegenüber erklärte, die Südstaaten, das „deutsche Kalabrien", wolle er Österreich überliefern, und wenn er noch in Nikolsburg erklärte, Preußen begehre nichts weiter, als Süddeutschland seinem Schicksal zu überlassen und jede Gemeinschaft mit ihm aufzugeben. Aber daß ein Kern von Wahrheit darin steckte, ist doch nicht zu bestreiten. Bismarck scheute eine zu rasche Verbindung mit dem Süden, er zog es vor, zunächst einmal den Norden fest zusammenzufassen und an die preußische Führung zu gewöhnen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Gesprächsweise hat er selbst auf den konfessionellen Unterschied hingewiesen: dem „vorwiegend protestantischen" Norden stand in seiner Vorstellung sehr bezeichnenderweise der vorwiegend katholische Süden gegenüber. Ergänzend darf man an die Machtverteilung erinnern: nördlich des Mains ließ sich das territoriale Übergewicht Preußens leicht durch Annexionen unerschütterlich sicherstellen, im Süden hatte man es mit zwei großen Königreichen von starkem dynastischem und Stammesgefühl und ausgesprochener Feindseligkeit zu tun, die sich nicht amputieren ließen und mit denen ein enges Verhältnis unmittelbar nach dem Kriege einzugehen ein Wagnis war. So dachte auch Bismarck nicht allein. Max Duncker, unstreitig der klügste Kopf unter den preußischen Politikern, stimmte ihm durchaus zu; er warnte davor, durch Aufnahme des Südens in den Bund „das trojanische Pferd in die Mauern Ilions zu ziehen".

Daß Bismarck vor dem Kriege dennoch den gesamtdeutschen Bund als seinen Plan hinstellte, bedarf eigentlich keiner Erklärung. Etwas anderes konnte er gar nicht tun, wenn er darauf ausging, die Sympathien des Volkes zu gewinnen; und daß es ihm mit den Anträgen beim Bundestag vom 11. Mai und 10. Juni um nichts anderes zu tun war, bedarf keines Beweises. Was er am 23. April zu Duncker über den Antrag auf ein deutsches Parlament sagte — er sei dazu bestimmt, die Mittelstaaten von der Verbindung mit Österreich abzuhalten — das gilt nicht weniger von der ganzen damaligen Bundesreform. Insbesondere der Antrag auf Teilung des Oberbefehls über die Bundestruppen zwischen Preußen und Bayern kann unmöglich jemals seine wahre Meinung enthalten haben. Das hätte geheißen, die Spaltung Deutschlands verewigen, nicht seiner Einigung vorarbeiten. Alle diese Anträge wurden gestellt, um das Schußfeld gegen Österreich diplomatisch frei zu machen. Sie sollten auf das Volk wirken, auf Bayern, auch auf Napoleon, von dem Bismarck wußte, daß er ein preußisches Gesamtdeutschland nicht dulden würde und einem deutschen Volksparlament schon mit Rücksicht auf seine eigene Vergangenheit nicht widersprechen konnte. Und sie konnten ruhig gestellt werden, weil man wußte, daß sie nicht würden angenommen werden. Kam es dann zum Kriege, so war man nicht mehr an sie gebunden. In ihnen wurde also das wahre Kriegsziel mehr verhüllt als gezeigt. Dieses lag zwar in der gleichen Richtung, aber es sah anders aus.

Was der Beginn der Verhandlungen zeigt, wird durch ihren weiteren Verlauf bestätigt. Der Botschafter in Paris, Graf Robert von der Goltz, in dessen Händen vorzugsweise das Geschäft ruhte, erhielt seine Instruktionen so spät, daß er die Absichten seiner Regierung erraten und die entscheidenden Schritte ziemlich nach Augenmaß und auf eigene Verantwortung tun mußte. So ist es nicht zu verwundern, daß er, trotz seiner seltenen Fähigkeiten, gerade in einem wesentlichen Punkt es seinem Vorgesetzten nicht zu Danke gemacht hat und sich eine Rüge holte, gegen die er sich dann in einer eingehenden Darstellung seiner Tätigkeit zu verteidigen suchte[1]). Dieser Punkt aber betrifft — die Annexionen!

Im Besitz der Instruktionen vom 8. und 10. Juli hatte Goltz Unterredungen mit Napoleon gepflogen, deren Ergebnis war, daß er selbst die Friedensbedingungen formulierte, die der Kaiser dann als seinen Vermittlungsvorschlag in Wien überreichen ließ. In diesem Entwurf nun — der denn auch die Grundlage der Nikolsburger Friedens-

---

[1]) Sybel hat das lange und interessante Aktenstück, vom 23. Juli datiert, nicht verwertet.

urkunde geworden ist — nahm Goltz die Annexionen nicht ausdrücklich auf, er begnügte sich, bei seinen Abmachungen mit Napoleon in einer allgemeinen Wendung die Tür zu ihnen offen zu halten, weil ihm die erhaltenen Weisungen in dieser Hinsicht zu wenig bestimmt schienen und er fürchtete, wenn er die höchsten Ansprüche Bismarcks geltend mache, auf Ablehnung oder auf unerfüllbare Kompensationswünsche zu stoßen. Bismarck war hierüber sehr ungehalten. „Die schon früher erwähnten Annexionen," schrieb er, „sind eine Notwendigkeit geworden, wenn das preußische Volk befriedigt werden soll." Und: „Die Hauptsache für uns ist im gegenwärtigen Augenblick die Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner." Er erklärte deshalb den Entwurf als nicht genügend und bestand entschieden darauf, daß auch die Annexionen gegenüber Napoleon völlig sichergestellt würden: er sollte sie nicht nur billigen, sondern unterstützen.

Wer hiernach noch einen Zweifel hegt, daß das ursprüngliche Programm, mit dem Bismarck in den Krieg gezogen war, auf Bildung eines norddeutschen Bundes unter preußischer Militärhoheit und Einverleibung eines beträchtlichen Teiles norddeutschen Gebiets in Preußen lautete, der wird wohl durch zwei eigene Zeugnisse Bismarcks überzeugt werden. Das eine ist eine Bemerkung im preußischen Abgeordnetenhaus am 12. Dezember 1866. Der Abgeordnete Waldeck hatte bezweifelt, ob der Ministerpräsident „ein so großes Preußen, wie es jetzt ist", wirklich schon vor dem Kriege erstrebt habe. Bismarck antwortete ihm: „Was das Maß der Annexion betrifft, so hing das wesentlich von dem Maße der Siege und von der Konstellation der europäischen Mächte in dem Augenblick der Entscheidung ab, es entzog sich also der diplomatischen Berechnung. Daß es im Falle des Sieges ganz ohne Annexion abgehen würde, das habe ich allerdings nicht geglaubt." Das andere Zeugnis ist ein Gespräch, das Bismarck am 4. Juli, dem Tage nach der Schlacht bei Königgrätz, mit dem Kronprinzen führte. Der dabei anwesende General v. Stosch berichtet darüber unverkennbar auf Grund einer Tagebuchnotiz. Auf die Frage des Kronprinzen, „welche Resultate er nunmehr vom Kriege fordere", entwickelte Bismarck „wundervoll klar und anregend" die Friedensbedingungen, die er zu stellen gedachte: „Ausschluß Österreichs aus Deutschland; Einigung des wesentlich protestantischen Norddeutschlands als Etappe zur großen Einheit; außer dem König von Sachsen sollte kein Souverän gestrichen werden, Hessen und Hannover nur so weit verkleinert, wie zur geschlossenen Verbindung unserer Ost- und Westprovinzen notwendig." Ein vollgültigeres Zeugnis über das, was Bismarck wirklich im Sinne hatte, läßt sich schwer denken. Mit dem Erben der Krone, der jeden Tag zur Regierung gelangen konnte, Ver-

steck zu spielen, hatte keinen Sinn, am wenigsten im damaligen Augenblick, wo der Minister, im Besitz des ersten großen Erfolges, daran ging, mit dem Prinzen, der bisher sein Gegner gewesen war, der nicht nur seine innere Politik aufs schärfste verurteilt, sondern auch dem Kriege gegen Österreich widersprochen hatte, Frieden und Versöhnung zu schließen. Das Gespräch war eine „Aussprache" in aller Form; da konnte nur Offenheit etwas nützen. Es bedarf auch keiner Erörterung, daß das, was der Minister dem Kronprinzen vortrug, ihm nicht erst auf dem Schlachtfeld von Königgrätz eingefallen sein kann.

Wir dürfen also mit aller Bestimmtheit feststellen: Bismarcks ursprüngliches Kriegsziel im Jahre 1866 war die Gründung des Norddeutschen Bundes und die Annexion von Sachsen nebst Teilen von Hannover und Hessen (Schleswig-Holstein verstand sich von selbst). Wenn in der Instruktion für Goltz ganz Hessen und Hannover genannt waren, so war dies eben ein Maximum, auf dem man nicht unbedingt zu bestehen brauchte. Seine „Maximalforderung" nennt Bismarck selbst es in einer Depesche nach Petersburg, die wir noch kennen lernen werden. Was er dem Kronprinzen sagte, war sein Mindestprogramm.

Daß dabei die Annexion von Sachsen an erster Stelle stand, ist nur natürlich. Sie war ja ein alter Wunsch des brandenburgisch-preußischen Staates, Friedrich der Große hatte sie in einem politischen Testament seinen Nachfolgern ans Herz gelegt, auf dem Wiener Kongreß hatte man lange darum gekämpft. Die geographische Lage forderte förmlich dazu heraus, und zudem hatte das Königreich unter der Leitung Beusts, die alte Rivalität der Wettiner gegen die Hohenzollern steigernd, in besonders feindseliger und gehässiger Weise die preußische Politik bekämpft. Nichts war natürlicher, als wenn es nach der Niederlage auf dem Schlachtfeld von der Karte verschwand. Es ist umgekehrt gekommen; der Friede von Nikolsburg hat Sachsen für immer gerettet. Statt dessen mußten nun ganz Hannover, Kurhessen und Nassau daran glauben, und die freie Stadt Frankfurt teilte ihr Schicksal. Diese Abwandlung war die Folge von Napoleons Einschreiten, eine keineswegs notwendige, vielleicht nicht einmal beabsichtigte Folge, aber herbeigeführt durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände.

Napoleons Politik in den Monaten, die dem Ausbruch des deutschen Krieges vorausgingen, ist ein Muster von Unaufrichtigkeit, Begehrlichkeit und Feigheit. Man muß bis in die wüsten Zeiten der italienischen Renaissance, in die Welt der Machiavelli, Lodovico Moro und Clemens' VII. zurückgehen, um Ähnlichem in der Geschichte der Diplo-

matie zu begegnen. Die Erfahrungen des italienischen Krieges hatten den Kaiser von dem Gedanken abgeschreckt, zur Erreichung seiner Ziele noch einmal selbst zum Schwerte zu greifen. Daß die Rüstung Frankreichs für eine kriegerische Politik ungenügend und daß er selbst kein Feldherr sei, davon hatte er sich im Feldzug von 1859 überzeugt. Er wußte auch, daß die französische Gesellschaft unkriegerisch geworden war und die Erhaltung des Friedens wünschte. Wenn er trotzdem nicht darauf verzichten mochte, seinen Lieblingsgedanken, Italien frei bis zur Adria, verwirklicht zu sehen, und wenn er nicht darauf verzichten konnte, den historischen Zielen sich zu nähern, an denen die französische Nation hing, dem Erwerb Belgiens und des linken Rheinufers, so blieb ihm dafür nur der Weg, auftauchende Verwicklungen diplomatisch auszubeuten. Die Rolle des Schiedsrichters in Europa wollte er weiter spielen, auch das Benefiz dafür einstreichen, die Kosten der Aufführung aber sollten die Mitspieler tragen. Eine bessere Gelegenheit dafür konnte es nicht geben, als einen preußisch-österreichischen Zusammenstoß. Längst schon lauerte er darauf, und als diese Möglichkeit seit Beginn des Jahres 1866 deutlich am Horizont auftauchte, da legte er eifrig Hand an, den Ausbruch zu beschleunigen. Auf jede Art ermutigte er Preußen zum Losschlagen, versicherte es nachdrücklich seiner Freundschaft und Sympathien und führte ihm selbst den italienischen Bundesgenossen zu. Wiederholten Versuchen von preußischer Seite, im voraus zu einer festen Verständigung zu gelangen, wich er jedoch immer aus, dagegen verhandelte er zu gleicher Zeit im geheimen auch mit Österreich und schloß mit ihm einen schriftlichen Vertrag. Hier verpflichtete er sich, bei einem preußisch-österreichischen Kriege neutral zu bleiben und Italien ebenfalls zur Neutralität zu bestimmen, während Österreich versprach, im Falle eines Sieges Venetien an Frankreich abzutreten, im übrigen den bestehenden Zustand in Italien unangetastet zu lassen und sich über eine neue Regelung der Verhältnisse in Deutschland mit Frankreich zu verständigen[1]).

Die Erklärung für dieses rätselhafte Spiel lag in dem festen Glauben des Kaisers an einen Sieg der österreichischen Waffen, einem Glauben, in dem fast ganz Frankreich und die übrige Welt mit ihm einig waren. Für diesen sicher erwarteten Fall gedachte er als deus ex machina dazwischen zu treten, den preußischen Staat zu retten, das Gleichgewicht wieder herzustellen und sich selbst dabei gebührend be-

---

[1]) Da die in Deutschland gebräuchlichen Darstellungen den Inhalt des Vertrages falsch wiedergeben, so mag hier ausdrücklich erwähnt werden, daß der Text gedruckt ist bei Ollivier, L'empire libéral, Bd. 8 S. 180ff. Die Richtigkeit wird von österreichischer Seite bestätigt durch E. v. Plener, Erinnerungen, Bd. 1 S. 83.

zahlt zu machen. So hatte er den Geheimvertrag mit Österreich ganz offen nicht darauf angelegt, die künftige Ordnung der Dinge im voraus festzusetzen, sondern im Gegenteil sich die Gelegenheit zum Einschreiten und zur Regelung der Verhältnisse nach seinem Ermessen offen zu halten.

Der Vertrag mit Österreich wurde am 9. Juni abgeschlossen, am 12. unterzeichnet. Am gleichen 12. Juni ließ der Kaiser im Gesetzgebenden Körper eine Botschaft verlesen, ein Manifest an Frankreich und die Welt, worin er scheinbar offen verkündigte, was Frankreich angesichts des bevorstehenden Krieges erstrebe: für Preußen festeren territorialen Zusammenhang und größere Macht in Norddeutschland; für die deutschen Mittelstaaten engere Verbindung, machtvollere Organisation und größere Bedeutung; für Österreich Fortdauer seiner bisherigen Stellung in Deutschland; für Italien den Erwerb von Venetien; für Frankreich Gebietserwerbungen nur (!) in dem Falle, daß eine andere Großmacht die bestehenden Grenzen verschieben und die Anwohner Frankreichs die Vereinigung mit ihm wünschen sollten. Frankreich habe kein anderes Interesse, als das Gleichgewicht in Europa erhalten und das in Italien begonnene Werk vollendet zu sehen. Hierfür genüge sein moralisches Ansehen. „Wir haben von den beteiligten Höfen die Versicherung, daß ohne unsere Zustimmung keine Frage gelöst werden soll, bei der unser Interesse im Spiel ist. Bleiben wir also völlig neutral in der Hoffnung auf einen Zusammenschluß der Völker zum Besten der Zivilisation, der Freiheit und des Fortschritts, im Vertrauen auf unser Recht und im ruhigen Bewußtsein unserer Kraft.“ In die Sprache des Alltags übersetzt, bedeuteten diese hochgeschwungenen Sätze: Frankreich glaubt in der bevorstehenden Krisis die Entscheidung ohne Schwertstreich, lediglich durch diplomatisches Eingreifen fällen und so seine Pläne ausführen zu können. Diese Pläne aber gehen im allgemeinen auf preußische Hegemonie in Norddeutschland unter entsprechender Umgestaltung des preußischen Staatsgebietes; Bildung eines Bundes der deutschen Mittelstaaten, d. h. der süddeutschen Staaten — man sieht den Rheinbund Napoleons I. durchschimmern; fortdauernder Einfluß Österreichs auf die deutschen Angelegenheiten; Abtretung Venetiens an Italien; endlich für Frankreich Kompensationen an der Ostgrenze unter Benutzung des beliebten Plebiszits.

Das waren die großen Umrisse; die Füllung des Bildes konnte man sich verschieden denken. „Der Kaiser — so hat ein französischer Diplomat, der es wissen mußte, bald nachher gesagt — der Kaiser wollte Preußen einige Schlachten verlieren lassen, dann aber intervenieren und Deutschland nach seiner Phantasie einrichten.“ Die kaiserliche Phantasie war immer sehr fruchtbar, sobald es sich um die Verteilung von

Ländern und Völkern handelte. Es ist heute kaum zu sagen, welche der vielen Kombinationen, die in den Tuilerien umherschwebten, schließlich zur Verwirklichung ausgesucht worden wäre. Man dachte wohl, daß das siegreiche Österreich sich für die Aufgabe Venetiens an Schlesien schadlos halten, Preußen als Ersatz dafür andere norddeutsche Territorien erwerben und die Rheinlande ganz oder teilweise abtreten könnte, die dann entweder mit Frankreich vereinigt oder als neues Königreich Westfalen dem König Leopold von Belgien zufallen würden, während Belgien selbst französisch werden sollte. Auch von einer Vergrößerung der süddeutschen Königreiche durch die Länder einiger zu mediatisierenden Fürsten war die Rede. Man hatte die Auswahl und konnte nach Umständen verfahren! Die Hauptsache war, daß der Krieg ausbrach, Preußen geschlagen wurde und Napoleon freie Hand bekam, „Deutschland nach seiner Phantasie einzurichten".

Es war ein schöner Plan, schlau und fein berechnet; ein gutes Geschäft, das nichts kostete. Nur ein Fehler war in der Rechnung: die Voraussetzung war falsch. Wider alles Erwarten wurde Österreich geschlagen. Preußen siegte, und zwar so gründlich, daß man voraussehen konnte, es werde demnächst in der Lage sein, den Frieden zu diktieren. Wenn Napoleon jetzt das Spiel nicht aufgeben wollte — und das durfte er nicht nach der pompösen Ankündigung vom 12. Juni —, so war er genötigt, seine ganze Aufstellung herumzuwerfen und mit verwandter Front zu schlagen. Gegen ein siegreiches Österreich hatte er einschreiten wollen, nun sollte er es gegen das siegreiche Preußen tun. Das war doppelt schwierig, weil er sich eine schriftliche Rückendeckung nur gegen Österreich verschafft hatte. Von Preußen besaß er nur mündliche Versicherungen, die zwar oft wiederholt worden waren, aber doch schwer sich in bestimmte Verpflichtungen umsetzen ließen. Nur durch Festigkeit des Auftretens konnte man da ersetzen, was einem an verbrieften Ansprüchen abging.

Gerade dafür aber fehlten bei Napoleon damals alle Voraussetzungen. Die Ansichten seiner Ratgeber widersprachen einander. Auf der einen Seite drängte der Minister des Auswärtigen, Drouyn de l'Huys, unterstützt von dem Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, beide preußenfeindlich gesinnt und lebhaft unterstützt von der Kaiserin, zu entschlossenem Vorgehen im Sinne des bisherigen Programms, auf der anderen warnten die persönlichen Vertrauten des Kaisers, sein Vetter Jerome, die Minister Rouher und Lavalette, vor einem Konflikt mit Preußen und Italien, der den Kaiser in unlösbaren Widerspruch gegen seine eigene Vergangenheit gesetzt haben würde. Napoleon selbst, früh gealtert, rasch verbraucht, dazu noch im Augenblick von schmerzhaftem Leiden gequält, besaß weder die Klar-

heit des Geistes noch die Festigkeit des Willens, um Herr der Lage zu bleiben. Er wurde das Werkzeug seiner Umgebung, und seine Politik bewegte sich von jetzt an in lauter Widersprüchen.

Schon am 1. Juli hatte Österreich, nach den ersten unglücklichen Schlägen in Böhmen, die Vermittlung Frankreichs angerufen und als Preis dafür die Abtretung Venetiens angeboten. Noch schwankte der Kaiser, da kam die Nachricht von Königgrätz. Unter ihrem Eindruck siegten die Kaiserin und Drouyn, die der österreichische Botschafter, Fürst Metternich, geschickt zu benutzen verstand. Das österreichische Gesuch wurde angenommen, das uns schon bekannte Telegramm an König Wilhelm abgeschickt und gleichzeitig dem König von Italien Venetien als französisches Geschenk angeboten. Der erwartete Erfolg war, daß Preußen sogleich Waffenstillstand schließe und Italien die Waffen niederlege. Aber das Gegenteil trat ein. Preußen nahm zwar die angebotene Vermittlung dankend an, ließ sich aber in seinen militärischen Operationen nicht aufhalten, und die Italiener, bei denen damals noch das Ehrgefühl der Gewinnsucht die Wage hielt, wiesen den gnädigen Antrag als ehrenrührige Zumutung mit Entrüstung zurück; eine Schweinerei (porcheria) nannte ihn der aufrechte Visconti-Venosta. Sie beantworteten ihn mit dem Einmarsch in das von den Österreichern geräumte Venetien.

Nun hätte Napoleon fest auftreten und seiner Vermittlung durch Drohung mit den Waffen den nötigen Nachdruck geben müssen. Aber darauf wartete die Welt vergeblich. Nicht das kleinste Anzeichen, daß er zum Ernst der Tat entschlossen sei, unterstützte seine Forderungen; er beschränkte sich auf Worte. Was ihn zurückhielt, war einmal die Furcht vor der Notwendigkeit, gegen seinen Schützling Italien Gewalt anzuwenden, vor allem aber die klare Erkenntnis, daß Frankreich völlig ungerüstet war. Drouyn de l'Huys hatte gut verlangen, daß sofort 100 000 Mann an die Ostgrenze geworfen würden; Gramont mochte in beredten Worten von der Erhabenheit des Augenblicks und der Gunst der Gelegenheit predigen, die nie wiederkehren würde: vom Rhein bis Berlin ständen keine 15 000 Soldaten, ein Krieg auf zwei Fronten sei für Preußen ganz undenkbar, Bismarck lasse nicht einmal den Gedanken daran aufkommen, mit einer ganz gefahrlosen Demonstration, der Entsendung eines Armeekorps an den Rhein, könne der Kaiser den Frieden diktieren und ohne Schwertstreich die Rheinlande gewinnen. Solche Ratschläge mußten dem Kaiser als kindliche Naivetäten erscheinen, da er nur zu gut wußte, daß ihm nicht einmal das Gramontsche eine Armeekorps für die geforderte Demonstration zur Verfügung stand, von den 100 000 Mann, die Drouyn auf dem Papier aufmarschieren ließ, ganz zu schweigen.

Er hatte sich vollständig vergaloppiert. Große Politik hatte er begonnen, sie zweimal ostentativ angekündigt, und hatte doch nicht die Mittel, sie durchzuführen. Mit jedem Tage kam ihm das klarer zum Bewußtsein. Von Einflüssen seiner Umgebung hatte er sich im entscheidenden Augenblick in eine Richtung drängen lassen, die seinem eigensten Wollen widersprach. Nur ein paar Tage behaupteten sie das Feld; dann, da die Verlegenheit wuchs, die Welt immer noch vergeblich auf den Erfolg seiner erhabenen Geste wartete und die Lächerlichkeit sich zu melden begann, kam der seelische Rückschlag. „Erschüttert, ja fast gebrochen" fand ihn am 11. Juli der preußische Botschafter, dem er nun eine offene Beichte ablegte. Er gestand, sich die Folgen nicht gehörig überlegt und einen großen Fehler gemacht zu haben. Er fürchtete, einer tiefen Demütigung ausgesetzt zu sein, und bat förmlich, ihm schleunigst aus dieser peinlichen Lage zu helfen[1]). Tags darauf gestand auch Drouyn de l'Huys dem Fürsten Metternich, der Kaiser sei entschlossen, nicht in den Krieg einzugreifen.

Hätte es keine Entfernungen gegeben oder die Technik der Verkehrsmittel damals schon auf der Höhe gestanden, wo sie heute steht, so wäre an diesem 11. Juli, spätestens am Tage darauf, der Grund für den Friedensschluß gelegt worden im Sinne der uns bekannten Höchstforderungen, die Bismarck in der Anweisung an den Botschafter vom 9. Juli aufgestellt hatte: Norddeutscher Bund, Annexion von Sachsen, Hannover, Kurhessen und Schleswig-Holstein. Napoleon hätte in der Verfassung, in der er sich befand, alles bewilligt, um nur sagen zu können, sein Eingreifen habe dem Krieg binnen weniger Tage ein Ziel gesetzt. Sogar die erstrebten Kompensationen für Frankreich ließ er fallen. Als der Botschafter das Gespräch darauf brachte, um seine Wünsche zu erfahren, ging er kaum darauf ein: er verlange nichts, es sei am Ende besser, auf alle Vorteile für Frankreich zu verzichten. Das Eisen war heiß, man konnte es schmieden.

Aber Graf Goltz hatte keinen Hammer zur Hand[2]). Er besaß als Instruktion nichts weiter als das orakelhafte Telegramm vom 8. Juli, daß das preußische Friedensprogramm nicht erheblich über die Bundesreformvorschläge hinausgehe. Erst am folgenden Tage erhielt er die ausführliche Belehrung vom 9. Juli, und nun war der psychologische Moment verpaßt. Dazu kam, daß die neue Anweisung auch noch die unbedingte Klarheit und Präzision vermissen ließ, die dem Botschafter ein Recht gegeben hätte, bestimmte Bedingungen mit aller Entschieden-

---

[1]) Ähnlich sprach er sich noch am 18. Juli gegen Goltz aus: „Er sei allerdings drauf und dran gewesen düpiert zu werden; denn man habe ihn mit der Zession Venetiens und der Mediation engagieren und in eine aktive Allianz mit Österreich hineinziehen wollen. Er habe noch gerade zu rechter Zeit angehalten."

[2]) Das Folgende nach seiner Rechtfertigung vom 23. Juli.

heit zu stellen. Er sollte ja nur alle Möglichkeiten „sondierend durchsprechen“! Um den Unstern voll zu machen, war auch die Nachschrift vom 10. Juli noch nicht in seinen Händen, als er am 13. Juli die entscheidende Unterredung mit Napoleon führte, auf Grund deren er die Friedensbedingungen aufsetzte, ohne der Annexionen ausdrücklich zu gedenken, so daß Bismarck den Entwurf für ungenügend erklärte. Er mußte also auf ausdrückliche Weisung die Verhandlung fast von vorne beginnen, um zu erreichen, daß Napoleon auch die Annexionen nicht nur geschehen lasse, sondern ausdrücklich anerkenne und unterstütze. Inzwischen hatte der Kaiser sich wieder etwas gefaßt, und die Einflüsse seiner Umgebung hatten Zeit und Gelegenheit, wieder auf ihn zu wirken. Er war nicht mehr so haltlos wie zu Anfang, er besann sich auf frühere Wünsche und Entwürfe.

Aber nicht nur die verspätete Verständigung zwischen dem Hauptquartier und Paris hat die Verhandlungen beeinflußt. Es kommt hinzu die persönliche Auffassung des Botschafters, der in solcher Lage ziemlich weiter Spielraum blieb und die sich mit der Auffassung Bismarcks nicht ganz deckte. Graf Robert von der Goltz war unstreitig einer der fähigsten Diplomaten, die Preußen gehabt hat. Er hat auch bei diesem Anlaß ein großes Maß von Klugheit, Gewandtheit und Geistesgegenwart bewiesen. Aber ganz ist er doch der Gefahr nicht entgangen, die jeder Botschafter läuft, wenn er sich auf seinem Posten wohlfühlt und in seinen Wirkungskreis eingelebt hat, der Gefahr, sich zu sehr in die Auffassung der Gegenseite hineinzudenken. In seinen Berichten entwickelt er ein so mitfühlendes Verständnis für die Lage und die Bedürfnisse Napoleons, daß es manchmal den Eindruck macht, als sei er der Vertreter des Kaisers der Franzosen gegenüber Preußen. Man kann die fast verzweifelte Lage, in die sich Napoleon gebracht hatte, nicht beredter schildern, als er es tut. „Erleichtern wir es dem Kaiser,“ schreibt er am 11. Juli, „aus seiner peinlichen Lage herauszukommen, so wird er uns ewig dankbar sein.“ (Bismarck setzt zu dem „ewig“ am Rand zwei Fragezeichen.) Am gleichen Tage hatte er telegraphiert (bei Sybel nicht benutzt): „Wenn wir mäßige Bedingungen vorschlagen, bewahren wir den Kaiser vor einer schweren Demütigung, sichern uns faktisch seine Allianz (Bismarck dazu: wie lange?); andernfalls wird er unvermeidlich (Bismarck setzt ein Fragezeichen) in einen unnatürlichen Krieg gegen uns und Italien hineingetrieben.“ Von der Ungeduld des Kaisers ist Goltz vollständig angesteckt; er bittet sogar um „telegraphische Ermächtigung im Sinne des Vorstehenden, insbesondere auch um Ermäßigung der danach etwa zu weit gehenden Bedingungen, welche unterwegs sind. Ich kann nicht genug die äußerste Mäßigung und eine zeitraubende Rückfrage ausschließende Präzision anraten, um

nicht alle politischen Resultate der bisherigen militärischen Erfolge zu gefährden. Der Kaiser muß (Bismarck macht ein Fragezeichen) schnell aus einer unhaltbaren Lage herauszukommen suchen; in welcher Richtung, hängt von unseren Vorschlägen ab."

Keine Frage, der Graf war nervös geworden. Er sah die Lage gefährlicher an, als sie war; er fürchtete ernstlich, wenn man den Kaiser zu lange warten lasse, könnten die feindlichen Einflüsse — Drouyn, die Kaiserin, Metternich — wieder die Oberhand gewinnen. So berichtete er am 11. Juli: „Für den Augenblick ist er (Napoleon) uns gewonnen. Er kann aber in jedem folgenden Augenblick umschlagen, wenn wir ihm die Stellung zu sehr erschweren." Dann „können wir unversehens im Kriege mit Frankreich stehen, denn plötzliche Schwenkungen entsprechen seiner jetzigen Stimmung, und in der Tat kann er nicht lange in seiner jetzigen schiefen Lage bleiben." Er wiederholt am 18. Juli, er habe den Kaiser von gefährlichen Entschlüssen zurückhalten müssen, die darum nicht weniger möglich, weil auch für ihn selbst gefahrvoll geworden wären. Kurz, er fürchtete ernstlich den Krieg. Darin täuschte er sich. Die militärischen Dinge waren ihm fremd, er besaß über die Kriegsbereitschaft Frankreichs kein Urteil. Das wußte er selbst und bat deswegen um Rücksendung des Militärbevollmächtigten v. Loë, der als Flügeladjutant seit Kriegsbeginn im Großen Hauptquartier weilte, da ihm dessen Stellvertreter, Oberst v. Cohausen, nicht genügte. Bismarck unterstützte den Wunsch, aber vergeblich. Loë selbst, der begreiflicherweise lieber auf dem Kriegsschauplatz bleiben wollte, erklärte seine Anwesenheit in Paris für überflüssig, und die Rücksendung unterblieb. Sie wäre wohl auch in jedem Falle zu spät gekommen. So geschah es, daß der Botschafter die Kriegsgefahr von Anfang bis zuletzt entschieden überschätzte. Krieg — das können wir mit Bestimmtheit sagen — hätte Napoleon nicht geführt, weil er ihn nicht führen konnte.

Dazu kam aber wohl auch noch als letztes Moment, daß Graf Goltz persönlich auf die Annexionen weniger Wert legte. Er sah im Ausschluß Österreichs aus Deutschland so sehr die Hauptsache, daß er, wenn dieser gewonnen war, das Ziel des Krieges für erreicht hielt. So schreibt er am 11. Juli: „Mir scheint unbedingt nötig, auf dem Ausschluß Österreichs aus dem Bunde zu bestehen; in allem übrigen können wir höchst versöhnlich sein; es ergibt sich später von selbst." Und am gleichen Tage telegraphisch: „Meines Erachtens liegt im Ausschluß Österreichs alles." Daraus erklärt es sich, daß er in die Friedensbedingungen, trotz der Fügsamkeit, die Napoleon in der vorausgehenden Unterredung bewiesen hatte, die Annexionen nicht ausdrücklich aufnahm. Gerade darin aber entfernte er sich von der Auffassung seines

Chefs. Bismarcks Antwort auf die vorhin zitierte Meinung des Botschafters sind die Worte, die wir ebenfalls schon kennen: „Die Hauptsache für uns ist im gegenwärtigen Augenblick die Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner.“ Und zu dem Satze, daß im Ausschluß Österreichs alles liege, wirft Bismarck die Randbemerkung hin: „? ? S. M.? zur Not, aber —.“

Nur noch um die Frage der Annexionen drehen sich die letzten Verhandlungen in Paris. Über alles andere war man einig. Was der Kaiser vor allem wünschte, die Einigung Gesamtdeutschlands unter preußischer Führung zu verhüten, das war ihm zum voraus bewilligt. Ebenso leicht erlangte er das Zugeständnis, daß Süddeutschland eine völkerrechtlich selbständige Staatengruppe mit eigener Auslandspolitik bilden könne. Man hat über beides gar nicht erst zu unterhandeln brauchen. Ebenso leicht gestand Napoleon zu, was die Gegenseite als erstes forderte, den Ausschluß Österreichs aus Deutschland. Aber die Annexionen! Über sie waren die Meinungen im französischen Lager selbst geteilt. Napoleon zeigte sich entgegenkommend, fast gleichgültig, stellte keinerlei Forderungen oder Bedingungen. Auf seinen ursprünglichen Gedanken, den König von Sachsen als selbständigen Fürsten in die Rheinprovinz zu versetzen, oder Sachsen mit dem süddeutschen Staatenbund zu vereinigen, kam er nicht wieder zurück, als er auf Widerspruch stieß. Er sah in all dem, wie Goltz berichtete, nur „Details, welche ihm gleichgültig und durch welche die jetzt schwebenden Verhandlungen nicht zu stören wären. Wir könnten nachher immer noch in Norddeutschland annektieren, wenn es auch ratsam wäre, dies mit Maß zu tun“. Anders Drouyn. Als dieser Bismarcks Annexionsprogramm erfuhr, meinte er sofort: das sei etwas Neues, das sei „nicht Föderation, sondern Unifikation“. Der Bund bekäme einen ganz anderen Charakter, „wenn neben dem mächtigen Preußen fast nur ganz kleine Fürsten denselben bildeten, als wenn letztere in den Mittelstaaten einen gewissen Halt hätten.“ Er traf damit sicherlich den Kernpunkt der Frage.

Graf Goltz hatte nach wie vor den Eindruck, daß ein zu starkes Betonen der Annexionsfrage bedenklich sei. Er hat sie entschieden nicht sehr herzhaft vertreten. Er bewies sogar ein über das Gewöhnliche hinausgehendes Maß von Verständnis für den anderen Teil, indem er dem Kaiser Kompensationen nicht nur nahelegte, sondern solche, auch wo sie nicht gefordert wurden, geradezu empfahl. So kommt er mehrfach von sich aus auf die Abtretung von Landau zu sprechen, für die er geltend macht, daß der Platz von Ludwig XIV. bis 1815 zu Frankreich gehört habe.

Endlich aber, unter dem beständigen Drängen seines Chefs, er-

reichte er sein Ziel. Am 22. Juli, 2 Uhr nachmittags, konnte er telegraphieren: „Der Kaiser ermächtigt mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er bei den Friedensverhandlungen nicht allein der Annektierung von vier Millionen Norddeutschen nicht widersprechen, sondern dieselbe als billig anerkennen und empfehlen wird. Er wünscht Schonung von Sachsen, hält Annektierung von Kurhessen, Hannover und nördlichem Teil vom Großherzogtum Hessen für zweckmäßig, scheint aber letzteres durch Rheinbayern entschädigen zu wollen.“

Dieses Telegramm, das noch am gleichen Tage über Berlin und Wien in Nikolsburg eintraf, ist für die Verhandlungen entscheidend geworden, nicht der ausführliche Bericht, den Sybel wiedergibt, der aber erst in Bismarcks Hände gelangte, als die Würfel gefallen waren. Es wurde denn auch sofort, am 24. Juli, an die Botschafter in Petersburg und London weiter telegraphiert, zur Benutzung bei den dortigen Regierungen.

Aber auch Bismarck selbst hat in diesen kritischen Tagen nicht ganz die unentwegte Haltung eingenommen, wie es nach Sybels stilisierender Darstellung scheinen könnte. Ihn störte sehr, daß in der Nacht vom 11. zum 12. Juli der französische Botschafter Benedetti bei ihm erschien, um sich ebenfalls der Vermittlung zu widmen. Benedetti war in Wirklichkeit ganz ohne Weisung, aber Bismarck glaubte ihm das nicht, und da jener in übrigens unverbindlichen Besprechungen den Annexionswünschen ziemlich entschieden entgegentrat, wurde Bismarck dazu geführt, den französischen Widerstand gegen seine Pläne für stärker zu halten, als er in Wirklichkeit war. Er hat dem gegenüber nicht nur den vergeblichen Versuch gemacht, durch einen unoffiziellen Vermittler, den Baron Herring, in direkte Fühlung mit Österreich zu treten, wobei er — so wertvoll wäre es ihm gewesen, die französische Mediation los zu werden — sich bereit zeigte, Österreich die Hegemonie über Süddeutschland vertragsmäßig einzuräumen[1]). Er hat auch in seinen Aufträgen an Goltz eine merkwürdige Biegsamkeit der Gedanken gezeigt. So telegraphierte er schon am 14. Juli, abends, aus Benedettis Konversationen habe er den Eindruck, daß man in Paris wegen Annexion von Kurhessen und Hannover wenig Schwierigkeiten machen würde, in bezug auf letzteres vielleicht in der Voraussicht, daß England und Rußland dagegen sein würden, desto mehr aber gegen Annexion von Sachsen. Er fand, mit Kurhessen, Hannover, den Elbherzogtümern und fester militärischer Organisation von Norddeutschland könne man zu-

[1]) Daß dieses Anerbieten völlig ernst gemeint war, darf man nicht für so ausgemacht halten, wie gemeinhin geschieht. Herring war ohne Vollmacht, und was er sagte, konnte jeden Augenblick verleugnet werden, wenn der nächste Zweck erreicht war, Österreich und Frankreich auseinander zu bringen.

frieden sein: ebenso aber auch andererseits mit Sachsen, Kurhessen und von Hannover nur Ostfriesland und Osnabrück. Er bittet den Botschafter, einstweilen an dieser Basis, namentlich der erstgenannten, festzuhalten. Tags darauf: Aus Benedettis Reden gehe hervor, daß Napoleon Österreichisch-Schlesien, Kurhessen, Hannover und selbständigen engen norddeutschen Bund zugestehen wolle. Dies Resultat halte er für genügend, habe aber verlangt, daß der Kaiser darüber irgendeine persönliche Zusicherung gebe. „Bekommen wir Hessen und entweder Hannover oder Sachsen oder die Hälfte von jedem der beiden letzteren und eine Grenzregulierung gegen Österreich, deren Gesamtergebnis geringer als Österreichisch-Schlesien sein kann, und norddeutschen Bund, so kann der Friede in 24 Stunden abgeschlossen sein, und zwar ausschließlich durch französische Vermittlung. Will Frankreich, statt die Pflichten der übernommenen Mediation zu erfüllen, uns an England und Rußland verweisen, so ist für uns der direkte Weg dahin kürzer und offen.“ Da war nun unverkennbar auch Bismarck nervös geworden! Es muß nicht ganz leicht gewesen sein, nach so kaleidoskopisch wechselnden Weisungen die Verhandlungen zu führen.

Wir mußten diese Vorgänge etwas näher ins Auge fassen, um festzustellen, welches Gewicht der Minister gerade auf die Annexionen gelegt hat. Der Gesamteindruck ist, daß es ihm nicht auf bestimmte Gebiete ankommt, sondern auf einen Erwerb von gewissem Umfang: drei bis vier Millionen Norddeutscher mehr für Preußen, das erscheint ihm für den Augenblick, wie er selbst sagt, als „die Hauptsache“. Wo sie gefunden werden können, ist eine Frage zweiter Ordnung. Man kann ganz Sachsen nehmen oder einen Teil, ganz Hannover oder nur die Hälfte usw. Sogar Österreichisch-Schlesien käme in Betracht oder ein kleineres Stück des Kaiserstaates, wenn nur die Summe drei bis vier Millionen Einwohner ausmacht. Es bedarf auch kaum einer Erläuterung, wie richtig dieser Gedanke war. Wenn ein Staat daran geht, einen neuen Bund mit anderen Staaten zu bilden, in dem er selbst die unbedingte Vorherrschaft besitzen soll, so muß er sein eigenes Übergewicht vor allem sicherstellen. Ein anderes Mittel dazu als Vergrößerung des Gebiets und der Kopfzahl seiner Einwohner hat noch niemand gefunden und wird nicht gefunden werden, solange die Menschen ihre Art nicht ändern. Nur ein entsprechend vergrößertes Preußen war imstande, den Norddeutschen Bund zu schaffen, der den Kern der künftigen deutschen Gesamteinheit bilden sollte. Wir sind heute, da der Gedanke der Reichseinheit bei uns alles andere überwiegt, leicht in Gefahr, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, mit denen die Gründung im Anfang zu kämpfen hatte. Wir können uns nur schwer hinein-

denken in einen Zustand, wo der Staat, der das Einheitswerk in die Hand nahm, bei fast allen anderen deutschen Staaten auf mehr oder weniger zähen und erbitterten, oft gehässigen Widerstand stieß. Seit Preußen seinen deutschen Beruf entdeckt hatte, besaß es die entschlossene Gegnerschaft sämtlicher größeren deutschen Höfe und Regierungen mit einziger Ausnahme Badens. In den Bevölkerungen lebte noch der dynastische Partikularismus in einer Stärke, von der wir heute nichts mehr wissen. Unter solchen Umständen die entstehende nationalpolitische Einheit lediglich auf Ideen und Verträge zu gründen, wäre eine Träumerei gewesen, die man allenfalls einem Radowitz, aber niemals einem Bismarck zutrauen kann. Es beweist darum auch nur, wie unreif das politische Denken bei der Generation von 1870 war, wenn Sybel es so darstellt, als hätte Bismarck für das Aufgeben der deutschen Gesamteinheit Ersatz gesucht in einer Verstärkung der preußischen Hausmacht. Dieser Verstärkung der Hausmacht bedurfte es unter allen Umständen, schon der Norddeutsche Bund konnte ohne sie nicht lebensfähig gemacht werden. Daß auch Bismarck nicht anders dachte, bezeugt er zum Überfluß selbst. In seinem Telegramm an Goltz vom 20. Juli erklärt er, daß er die Annexionen „neben der Reform als Bedürfnis ansehe, weil sonst Sachsen, Hannover für ein intimes Verhältnis zu groß blieben“[1]). Sie sollten in seinen Augen das Rückgrat des Norddeutschen Bundes sein, sie wären erst recht unentbehrlich gewesen, wenn der Bund auch Süddeutschland umfaßt hätte.

Darum ist es auch ebenso ausgeschlossen, daß Bismarck auf die Gebietsabtretungen so großes Gewicht gelegt habe nicht aus eigenem Antrieb, sondern aus Rücksicht auf den König. Einige Wendungen in seinen Äußerungen können allerdings diesen Eindruck erwecken. So z. B., wenn es in der eben angeführten Depesche heißt: „Der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundes geringer an als ich, und legt demgemäß vor allem Wert auf Annexionen ... Er hat ... geäußert, er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren.“ Aber daß in diesem Punkt ein Gegensatz zwischen Herr und Diener bestanden habe, wird schon durch den Zwischensatz ausgeschlossen: „Annexionen, die ich allerdings neben der Reform als Bedürfnis ansehe.“ Daß Bismarck den König so stark ins Vordertreffen schiebt, hatte hier, wie jedesmal, wenn es geschah, seinen besonderen Sinn. Schon der kluge französische Diplomat Rothan, dessen vor-

[1]) Sybel hat von diesem Satz gewiß nicht ohne Absicht die zweite Hälfte unterdrückt (Bd. 5, S. 289). Vollständig, aber fehlerhaft, ist die von den Österreichern aufgefangene Depesche zuerst in dem österreichischen Generalstabswerk (Österreichs Kämpfe, Bd. 4, S. 149) gedruckt, berichtigt bei v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866, Bd. 2, S. 676.

treffliches Buch über die französische Politik im Jahre 1866 noch heute unentbehrlich ist (es erschien 1879), macht gelegentlich die Bemerkung, der König von Preußen erscheine im diplomatischen Schriftenwechsel dieser Jahre immer nur dann, wenn Bismarck für seine politischen Zwecke sich veranlaßt sehe, ein unübersteigbares Hindernis geltend zu machen. Das ist vollkommen richtig. „Seine Majestät“ oder „der König“ — das ist für Bismarck die Kanzleiformel, die er anwendet, wenn er unerbittlich sein will. Dazu hatte er gegenüber dem Grafen Goltz in der Frage der Annexionen besonderen Anlaß, denn Goltz dachte darüber, wie wir wissen, nicht ganz so wie sein Chef. Um ihm die Möglichkeit, die Annexionen zurücktreten zu lassen oder zu vertagen, ein für alle Male abzuschneiden, warf Bismarck den Namen des Königs in die Wagschale. Er hatte doppelten Grund, diesen letzten Trumpf nicht zu sparen, denn er selbst hatte ja, wie wir schon wissen, in seiner Weisung vom 9. Juli dem Botschafter verraten, daß der König das große Annexionsprogramm ursprünglich nicht geteilt hatte. Darum hieß es jetzt: ich will die Annexionen durchaus, aber der König will sie noch viel mehr. Und darum telegraphierte er noch am 24. Juli: „S. M. der König befehlen mir nach wiederholtem Vortrag[1]), die von dem Kaiser der Franzosen gemachten Vorschläge als für den Frieden nicht ausreichend, wohl aber als annehmbar zu bezeichnen, um als Grundlage eines Waffenstillstands zu dienen.“ Der Grund war immer derselbe: in den Vorschlägen Napoleons (die Goltz aufgesetzt hatte) fehlten die Annexionen! Wenn man also überhaupt einen Gegner der Annexionen finden will, so war dies der Graf Goltz, der sie wenigstens nicht so lebhaft vertrat, wie Bismarck wünschte.

Darum ist es aber doch richtig, daß auch zwischen dem König und seinem Minister eine Verschiedenheit der Meinungen bestand. Sie waren in ihren Ansichten zu Anfang ganz auseinander gegangen. Während Bismarck schon am 4. Juli, noch bevor von der französischen Vermittlung etwas ruchbar sein konnte, dem Kronprinzen das bekannte Programm entwickelte: Norddeutscher Bund als Etappe zur Gesamteinheit, Annexion von ganz Sachsen und Teilen von Hannover und Kurhessen, beantwortete der König Tags darauf, als Napoleons Telegramm eintraf, die Frage: „Was fordern wir?“ in folgender Weise: Annexion von Schleswig-Holstein, Suprematie über ganz Deutschland, Ersatz der Kriegskosten, Abdankung der feindlichen deutschen Fürsten zugunsten ihrer Thronfolger, Abtretung eines böhmischen Grenzstrichs, Ostfrieslands, der Erbansprüche auf Braunschweig. Drei Tage

[1]) Diese drei Worte sind Zusatz von Bismarck zu Abekens Konzept.

später ist dazu noch die Garantie für die ungarische Verfassung gekommen. Dann fehlen alle Äußerungen bis in die letzten entscheidenden Tage zu Nikolsburg. Es ist üblich geworden, zu behaupten, daß die wachsenden militärischen Erfolge beim König auch den Appetit nach Annexionen geweckt hätten, bis er schließlich mit dem, was sein Minister verlangte, nicht mehr zufrieden gewesen sei und insbesondere auf dem Erwerb österreichischen Gebietes bestanden habe. Wie Sybel sagt (Bd. 5, S. 276): Da ihn Bismarck bewogen habe, auf die Hegemonie über ganz Deutschland zu verzichten, hätten sich seine Annexionswünsche erweitert. Einige Stücke Böhmens, die sächsischen Kreise Leipzig und Bautzen, die althohenzollerschen Lande Ansbach und Bayreuth, Ostfriesland und die Anwartschaft auf Braunschweig, dazu etwas von Kurhessen — das wäre sein Programm gewesen, bei dem jeder Hauptgegner etwas hätte hergeben müssen, um die Eßlust des Siegers zu befriedigen. Diese Stelle bei Sybel — das darf betont werden — hat aber keine aktenmäßige Grundlage. Ob sie auf Rekonstruktion oder auf mündlichen Mitteilungen Bismarcks beruht, ist die Frage. Für das zweite spricht, daß die Erzählung in den „Gedanken und Erinnerungen" ähnlich lautet[1]). Man kann aber weiter feststellen, daß Bismarck dieses „gemischte" Annexionsprogramm nicht durchweg bekämpft hat, wie er später glauben machen wollte[2]). Seine Weisung an Goltz vom 15. Juli (oben S. 43) und eine noch zu erwähnende Mitteilung an den Botschafter in Petersburg berühren sich ziemlich nahe mit ihm. Wie dem auch sein mag, es läßt sich wirklich nicht behaupten, daß der Speisezettel, den der König entwarf, einen größeren Appetit verrate als der Bismarckische. Dort viele kleine, leichte Gerichte, hier neben ein paar kleineren Stücken wenigstens eine große pièce de résistance, wenn möglich sogar deren drei. War hier einer von beiden gemäßigter, so war es sicher der König. Denn, ohne die Quadratmeilen zu zählen, wer wollte leugnen, daß es eine viel radikalere Operation war, einen ganzen Staat, vielleicht gar drei, verschwinden zu lassen, als fünf Gegnern je ein Stückchen Land wegzunehmen?

Aber die Frage nach dem Mehr oder Weniger hat überhaupt keine Rolle gespielt. Denn nicht über ihr hat sich die Differenz zwischen König und Minister so sehr zugespitzt, daß es fast zum Bruch gekommen wäre, als die Verhandlungen mit den Österreichern in Nikolsburg ihren Anfang genommen hatten und die preußischen Forderungen endgültig

[1]) Ähnlich hat Bismarck schon 1877 gesprochen, Busch, Some secret pages, Bd. 2, S. 466 (höchst anfechtbar) und sonst.

[2]) So etwa bei Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, Neue Folge, S. 40: „er habe den Standpunkt vertreten: entweder ganz oder gar nicht."

formuliert werden sollten, sondern über ganz etwas anderem. Die knappen Aufzeichnungen des Generals von Stosch zeigen am deutlichsten, daß die Meinungsverschiedenheit nicht etwa den Umfang, sondern die Art der Annexionen betraf. Dem König widerstrebte es, ganze deutsche Fürstenhäuser zu entthronen, er hätte lieber jedem der Gegner, gleichsam als verdiente Strafe, etwas abgefordert, sie alle aber als Staaten weiter bestehen lassen. Insbesondere daß Sachsen, in dem er den Anstifter des Krieges sah, unverkürzt aus dem Handel hervorgehen solle, wollte ihm nicht in den Sinn. Noch weiter gingen die Wege des Königs und Bismarcks auseinander in bezug auf die Behandlung Österreichs. Beim König hatte vor allem das militärische Ehrgefühl das Wort. Er hatte den Gegner entscheidend geschlagen, er war im Begriff, ihn vollständig zu Boden zu werfen. Es schien ihm fast eine Pflicht gegen sein Volk und sein Heer, den Sieg möglichst offenkundig zu machen und dem Besiegten einen entsprechenden Preis in Land und Geld abzufordern. Österreich hatte sich darein gefunden, sich aus Deutschland ganz zurückzuziehen, es wollte insbesondere Norddeutschland Preußen überlassen. Dagegen hatte es als erste Vorbedingung für die Unterhandlungen aufgestellt, daß es außer Venetien nichts abzutreten brauche. Es erhob zudem die Forderung nach unverkürzter Erhaltung Sachsens. Napoleon hatte sich den ersten Punkt angeeignet und unterstützte wenigstens den zweiten, er „wünschte" die Schonung Sachsens. Bestand Preußen auf der Abtretung von österreichischem oder sächsischem Gebiet, so ging der Krieg weiter, und man mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß dann auch Frankreich eingriff. Der König war geneigt, es darauf ankommen zu lassen, und die Stimmung in der Armee stand ungeteilt auf seiner Seite[1]). Ihre gewiegtesten Führer fürchteten die französische Einmischung nicht im geringsten. Sie waren darin einig, daß man auch nach zwei Fronten erfolgreich kämpfen könne, denn sie wußten genau, wie wenig kriegsbereit Napoleon war. Im Frühjahr, als es sich darum handelte, ohne schriftliche Zusicherung von Napoleon den Krieg zu wagen, hatte der Pariser Militärbevollmächtigte, Oberstleutnant v. Loë, eigens dazu nach Berlin berufen, rund-

[1]) Man hat oft gefragt, wer wohl die hohen militärischen Stellen gewesen sein mögen, die den König in seiner Auffassung bestärkten. Den eigentlichen Urheber hat man nicht gefunden. Ein Teilnehmer, der General der Infanterie z. D. von Blume, hat mir auf meine Frage danach geantwortet: „Es war nicht einer, es waren alle. Wir dachten damals alle so, ich auch." — Daß Roon insbesondere zu Bismarck gegen Moltke u. a. gestanden sei, wie man wohl behauptet hat, ist positiv falsch. — Was Bismarck dem sächsischen Minister v. Friesen 1869 erzählt haben soll (Friesens Erinnerungen Bd. 3, S. 82 ff.), er habe den König vor Nikolsburg 14 Tage nicht gesehen, und der König sei infolge davon und durch „ausschließlichen Umgang mit höheren Militärs" „gänzlich verändert" geworden, ist Jagdgeschichte.

weg erklärt, Frankreich sei derzeit nicht in der Lage, mit bedeutenden Kräften aufzutreten. Das hatte damals den Ausschlag gegeben. Am 7. Juli, zwei Tage nach dem Eintreffen des französischen Vermittlungsangebots, fand im Großen Hauptquartier wieder eine entscheidende Beratung statt, wobei Moltke die Frage an Loë richtete, ob er heute über die Unzulänglichkeit der französischen Streitkräfte noch ebenso urteilen würde wie im März. Und als Loë das bejahte, meinte Moltke, er würde raten, auf Wien zu marschieren ohne Rücksicht auf die Haltung Napoleons. Loë erläuterte sein Votum gleich darauf dahin: „Die französische Armee sei in ihrer jetzigen Verfassung auf Wochen außerstande, die Fortsetzung unserer Operationen auf Wien ernstlich zu gefährden.“ Auch darüber konnte man im Hauptquartier nicht im unklaren sein, daß in Frankreich für ein kriegerisches Einschreiten keinerlei Vorbereitungen getroffen wurden. Vom militärischen Standpunkt aus lag also kein Grund vor, aus Rücksicht auf Frankreich Zugeständnisse an Österreich zu machen. Dagegen konnte die Fortsetzung des Krieges den Führern der Armee in jedem Falle nur lieb sein, weil sie den Marsch auf Wien und den Einzug in die feindliche Hauptstadt gebracht hätte. Einen sichtbareren Beweis des Sieges kann es nicht geben, und eine siegreiche Armee wird und muß immer wünschen, diesen Beweis vor den Augen der Welt zu erbringen. Auch konnte man finden, daß die Haltung des geschlagenen Österreich, dessen Truppen nach dem Zeugnis ihrer eigenen Generale nicht mehr angreifen konnten, zu seiner wirklichen Lage nicht recht paßte. Es hatte um Friedensvermittlung gebeten, bitten müssen, und scheute sich doch nicht, Bedingungen zu stellen. Preußen dagegen, das aller menschlichen Berechnung nach binnen weniger Wochen, vielleicht Tage, in der Lage sein konnte, den Frieden zu diktieren, Preußen sollte sich Bedingungen vorschreiben lassen! Man braucht sich das nur anschaulich zu machen, um die Haltung des Königs und der Armee zu verstehen. Empfand doch sogar der friedliche Abeken im Grunde nicht anders! Er schrieb seiner Frau am 20. Juli aus Nikolsburg: „Manchmal reizt es mich, zu wünschen, daß Österreich ganz unnachgiebig sein möge, und daß wir noch triumphierend in Wien einziehen und die schwarz-weiße Fahne vom hohen Rathausturm (den man bei ganz klarem Wetter von hier aus sehen soll) und von der Hofburg in Wien herabwallen sehen möchten.“ Noch nach der Unterzeichnung des Friedens meinte er: „Ich kann nicht leugnen, daß ich die von Wien nach hier führende Chaussee ... mit einigem Herzweh entlang blicke; mir selbst liegt nichts daran, nach Wien zu kommen, aber ich hätte gern unsere braven Truppen darauf vorwärts marschieren sehen und hätte ihnen den Triumph gegönnt, in Wien einzuziehen.“

Man darf solche Denkweise nicht als Gefühlsschwelgerei gering schätzen. Es hatte einen guten Sinn, wenn der Generaladjutant v. Boyen sagte: daß der Friede zu Wien geschlossen werde, sei „doch mehr als eine bloße Eitelkeitssache und hätte eine große historische und politische Bedeutung.“ Die vollständige Überlegenheit Preußens über Österreich wäre damit kundgetan gewesen, und vielleicht mehr: in Ungarn wäre voraussichtlich der Aufstand ausgebrochen, und ob und wie die Habsburgische Monarchie diese Krisis überstanden haben würde, wer vermag das zu sagen? Es war also nicht nur militärischer Ehrenkomment, der den Einzug in Wien und einen Frieden gleichsam auf Gnade oder Ungnade fordern ließ, es war auch das Bedürfnis, den politischen Triumph zu vollenden.

Hier war es, wo Bismarck dem König widersprach. Man kann nicht annehmen, daß er solchen Gedanken, wie wir sie eben entwickelten, unzugänglich gewesen wäre; aber er schüttelte sie ab. Er forderte den Friedensschluß, wie ihn Österreich zugestehen wollte, ohne eigene Gebietsabtretung, mit geringer Kriegsentschädigung, unter völliger Schonung Sachsens. Wir besitzen die kurze Denkschrift, in der er am 24. Juli seinen abweichenden Standpunkt dem König gegenüber noch einmal darlegt, eines der großen Meisterstücke, die sein Geist geschaffen hat, meisterhaft auch in der Geschicklichkeit, mit der er den eigentlichen Kern des Streites umgeht und etwas anderes in den Mittelpunkt stellt. Wir haben — darin gipfelt seine beredte Beweisführung — mit dem Ausschluß Österreichs, der Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen usw., der militärischen Unterordnung Sachsens mehr erreicht, als wir uns bei Beginn des Krieges vornehmen konnten. Es wäre ein politischer Fehler, das ganze Resultat um einiger Quadratmeilen oder weniger Millionen Kriegsentschädigung willen in Frage zu stellen und es von dem ungewissen Kriegsglück und der Einmischung des Auslandes abhängig zu machen. Mit ernsten Worten hob er die unberechenbare Wichtigkeit der Entscheidung und das Gefühl seiner eigenen Verantwortlichkeit hervor, erklärte sich aber zugleich bereit, auch einen anderen Standpunkt bei den Verhandlungen auf Befehl pflichtmäßig zu vertreten.

Der König traf in seiner Erwiderung den schwachen Punkt dieser Deduktion ganz richtig: eben darauf komme es an, wieviel man an Geld oder Land erlangen könne, ohne das Ganze aufs Spiel zu setzen. Er bemerkte: „Daß außer der Erhaltung Sachsens auch noch dessen Integrité zugesichert wird, ist mir sehr schwer geworden, weil Sachsen der Hauptanstifter des Krieges gewesen ist und nun ungeschmälert aus demselben hervorgeht.“ Aber im übrigen erklärte er sich Punkt für Punkt mit wiederholtem „Einverstanden“ oder „Richtig“ für überwun-

den. Zu Bismarcks Worten über die Größe des Errungenen meinte auch er, es sei ein Resultat, das nie vorherzusehen gewesen, aber bei einem europäischen Kongreß, selbst wenn es erreicht würde, problematisch bliebe; was wohl nur besagen kann: der Wert des Erreichten würde sinken, wenn es nicht mehr ohne fremde Teilnahme, ganz aus eigner Kraft und freiem Willen, gewonnen wäre. Zum Schluß, wo Bismarck sich bereit erklärte, auch die Meinung des Königs pflichtmäßig zu vertreten, faßte der König seinen Standpunkt in dem Satz zusammen, der die ganze Schwere des Entschlusses nachfühlen läßt, den er sich abrang: „Wenn trotz dieser pflichtmäßigen Vertretung vom Besiegten nicht das zu erlangen ist, was Armee und Land zu erwarten berechtigt sind, d. h. eine starke Kriegskostenentschädigung von Österreich als dem Hauptfeind, oder Landerwerb in einigem in die Augen springendem Umfange, ohne das Hauptziel (s. vorher) zu gefährden, so muß der Sieger vor den Toren Wiens in diesen sauren Apfel beißen und der Nachwelt das Gericht dieserhalb überlassen!"

Bismarck hatte gesiegt. Er brauchte jetzt nur noch, gemäß den eben angeführten Worten des Königs, in der Schlußverhandlung den formellen Versuch zu machen, die Umwandlung eines Teiles der Kriegskostenzahlung in eine Landabtretung zu erlangen, was die Österreicher sogleich rundweg ablehnten, — und der Friede war geschlossen. So geschah es. Vom 24. Juli datiert die schriftliche Erklärung des Königs, am 26. wurde der Vertrag über den Vorfrieden unterzeichnet. Österreich schied aus dem deutschen Bunde aus, der damit aufgelöst war, und überließ es Preußen, die Verhältnisse in Norddeutschland nach seinem Willen zu regeln, sofern nur das Königreich Sachsen in seinem Gebietsumfang ungeschmälert blieb. Daraufhin sind Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. einverleibt und im Laufe der nächsten Wochen mit den übrigbleibenden norddeutschen Staaten die Verträge geschlossen worden, die Preußen die Verfügung über die militärischen Kräfte Deutschlands bis zum Main einräumten.

Das Ziel, das Bismarck sich ursprünglich gesteckt hatte, war das nicht mehr; die Umstände hatten es verschoben. Die Annexionsstücke, die er sich vorgenommen, waren vertauscht. Was hat ihn bewogen, diese Wendung vorzunehmen?

Wir wissen, daß er einer Abtretung von einigem österreichischen Gebiet nicht grundsätzlich entgegen war, da er sie in einer Weisung an Goltz vom 15. Juli selbst ins Auge faßte. Wir wissen, daß er ebensowenig grundsätzlich nur die Annexion ganzer Staatsgebiete zulassen wollte; er hat sie zwar bevorzugt, aber daneben auch die Beschneidung aller Gegner als einen möglichen Weg bezeichnet. Worauf es ihm

dagegen sehr ankam, war, die fremde Einmischung fernzuhalten, und es ist üblich, ihm eine große Besorgnis vor Frankreich und dem Zweifrontenkrieg als hauptsächlichen Beweggrund unterzulegen. Auch diese Ansicht kann sich auf sein eigenes wiederholtes Zeugnis berufen. Es ist zwar nicht immer sehr vollwichtig. Leicht zu widerlegen ist z. B., was er im deutschen Reichstag am 16. Januar 1874 über die Gefahr des französischen Angriffs gesagt hat: „Wenn Frankreich auch damals sehr wenig Truppen hatte, so hätte doch ein geringer Zusatz von französischen Truppen damals hingereicht, um aus den zahlreichen süddeutschen Truppenmassen, die ein sehr gutes, nur nicht organisiertes Material darboten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns sofort in die Lage gebracht hätte, sofort Berlin zu decken und alle unsere Erfolge im Osten aufzugeben[1].“ Das ist militärisch ein Unding und politisch mehr als zweifelhaft. Wie sollte ein französisches Kommando aus den wenig zu fürchtenden württembergischen und bayerischen Regimentern über Nacht eine formidable Armee machen? Auch wissen wir, daß Bismarck selbst bestimmt darauf zählte, ein französisches Einschreiten würde Preußen sofort die tätigen Sympathien der Süddeutschen verschaffen. Am 21. August sagte er zu Bernhardi: „Unfehlbar würden sich uns selbst die süddeutschen Staaten angeschlossen haben, wenn Frankreich einschritt, und die Einheit Deutschlands würde dadurch herbeigeführt worden sein.“ Wir sehen sogar, daß er diese Erwartung gegenüber Napoleon auf Vorschuß verwertete, indem er ihm drohen ließ, den Reichsgedanken von 1849 aufzugreifen und die deutsche Volksleidenschaft zu entfesseln, und wir haben allen Grund zu der Annahme, daß diese Rechnung ihn nicht täuschte. Es ist ferner positiv unrichtig, wenn er in späteren Jahren behauptet hat, er habe sich zur Nachgiebigkeit gegen Österreich sofort entschlossen, als Moltke ihm sagte, im Falle eines französischen Angriffs werde man hinter die Elbe zurückgehen und sich zunächst mit aller Kraft gegen Frankreich wenden müssen[2]. Moltke hat, wie wir sahen, genau den entgegengesetzten Plan verfochten, sich zunächst um Frankreich gar nicht zu kümmern und auf Wien zu marschieren. Dort konnte man längst angelangt sein, ehe die Franzosen die Möglichkeit hatten, am Rhein aufzutreten, und die Einnahme Wiens

---

[1]) Ähnlich in den Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, S. 34 und schon 1869 zum sächsischen Minister v. Friesen (siehe dessen Erinnerungen, Bd. 3, S. 81). Die hier wiedergegebene Erzählung wimmelt von tatsächlichen Irrtümern. Bismarck verfolgt in ihr, wie auch in der Reichstagsrede den Zweck, seine Verbindung mit den ungarischen Revolutionären zu rechtfertigen, die ihm so oft vorgeworfen wurde.

[2]) So zuerst angedeutet 1868 gegenüber Karl Schurz (Süddeutsche Monatshefte, Jahrgang XI, S. 365), dann in den Gedanken und Erinnerungen und 1895 mündlich gegenüber v. Lettow-Vorbeck.

hätte, wie die Dinge lagen, fast sicher den Zusammenbruch für Österreich gebracht, so daß es militärisch bis auf weiteres nicht mehr zu fürchten war. Es ist auch schwer zu glauben, daß zur Wendung gegen Frankreich die Hilfe Italiens unbedingt nötig gewesen wäre, wie Bismarck bald nachher zu Bernhardi bemerkte. Die militärischen Autoritäten haben die Dinge sicher nicht so gesehen. Sie alle waren bereit, den Doppelkrieg auf sich zu nehmen, dessen Aussichten sie durchaus günstig beurteilten. Daß die Frucht des Sieges in diesem Falle die fertige deutsche Einheit sein würde, erwartete, wie wir hörten, Bismarck selbst. Warum nun griff er nicht danach? Beurteilte er im Gegensatz zu den Militärs die Aussichten weniger günstig, fürchtete er ernstlich die französische Intervention?

Keineswegs[1]). Was ihn bewog, seine Forderungen zu mäßigen, war etwas anderes. Einmal der sehr natürliche Gedanke an die Unsicherheit des Kriegsglücks im allgemeinen. Auch ein Kampf, der mit den besten Aussichten begonnen wird, kann durch Ungunst des Schicksals, durch Zufälle und unvorhergesehene Umstände einen anderen Gang nehmen, als erwartet werden durfte. Zu diesem Wagnis, das jeder Krieg, auch der scheinbar sicherste, bedeutet, stand der Gewinn in keinem Verhältnis. Denn wir wissen ja bestimmt, daß Bismarck auch die deutsche Einheit, die er selbst als das Ergebnis eines Sieges über Frankreich voraussah, damals noch nicht wollte. Dafür sah sein Scharfblick eine andere Wolke heraufziehen, die vielleicht nicht für den Augenblick, aber sicher für die Zukunft eine wirkliche und ernste Gefahr in sich barg. Sie kam nicht von Westen, sondern von Osten, es war die drohende Einmischung Rußlands.

In seinen späteren Äußerungen hat Bismarck das allerdings ganz übergangen, gewiß mit Absicht und Berechnung. In die Tonart der Beziehungen zu Petersburg, wie er sie von 1867 bis 1879 und dann wieder seit 1884 wünschte und pflegte, hätte diese Wahrheit einen Mißklang gebracht. Darum ist es aber nicht weniger die Wahrheit. Schon in der abschließenden Denkschrift an den König vom 24. Juli tritt es ganz deutlich hervor, welches Gewicht er der künftig zu erwartenden Haltung Rußlands beilegte. Diese Haltung aber war von Anfang an nichts weniger als wohlwollend gewesen, sie war gerade im entscheidenden Augenblick im Begriff, sich in offene Feindseligkeit zu verwandeln.

---

[1]) Bismarck ist über die Tatsachen, auf die Moltke, Roon u. a. ihr Urteil über die französische Schwäche gründeten, sicher ebenso unterrichtet gewesen, wie über ihre Ansicht selbst. Er äußert sich denn auch in den kritischen Tagen nirgends wirklich besorgt, nicht einmal merklich beunruhigt, wohl aber gelegentlich durchaus zuversichtlich, wie z. B. am 16. Juli zu Stosch: „Napoleon zeige Respekt vor unseren militärischen Qualitäten und werde sich hüten, ohne Zwang aus dem eigenen Lager Krieg mit uns zu beginnen“.

Bismarcks sicherer Instinkt hatte das schon gespürt, noch ehe es deutlich hervortrat. Die Tatsache, daß Rußland gegen die Auflösung des deutschen Bundes protestiert hatte, verriet schon einiges, der Glückwunsch, den der Zar dem Kaiser von Österreich nach dem Siege bei Custozza (29. Juni) durch besonderen Gesandten schickte, paßte dazu. Um mit dem russischen Hofe nähere Fühlung zu gewinnen, wurde am 8. Juli, kaum daß die französische Mediation wirksam geworden war, der Flügeladjutant v. Schweinitz nach Petersburg gesandt, der auf das preußische Friedensprogramm vorbereiten und die Russen sondieren sollte. Bismarck konnte nicht wissen, daß Rußland bereits mit allem Nachdruck in Paris ein gemeinsames Einschreiten mit Frankreich und England und einen europäischen Kongreß angeregt hatte. Napoleon hatte das am 7. Juli abgelehnt, und die russischen Sympathien für Preußen waren dadurch nicht gesteigert worden. Schweinitz stieß in Petersburg auf große Zurückhaltung. „Der Kaiser," so telegraphierte er am 13. Juli, „will sich erst in drei Tagen aussprechen. Er scheint persönlich norddeutschen Bundesstaat Annexionen vorziehen zu wollen und kein großes Gewicht auf seinen Protest gegen Bundestag-Auflösung zu legen." Tags darauf meldete der Botschafter Graf Redern, Österreich habe die guten Dienste Rußlands für den Fall der Friedensverhandlungen angerufen und Gortschakow habe geantwortet, er erwarte eine Aufforderung dazu von allen kriegführenden Mächten. Nun telegraphierte Bismarck am 17. Juli an Graf Redern eine Skizze der preußischen Forderungen. „Wir verlangen von Österreich keine weitere Abtretung als einzelne Grenzregulierungen für Schlesien. Aber wir bedürfen einer gesicherten Stellung in Norddeutschland durch Herstellung eines territorialen Zusammenhangs durch Territorialerwerb und eine feste militärische Organisation. Wir müssen diejenigen, welche uns feindlich gegenüberstanden, anders behandeln als unsere Freunde. Unsere nach Paris gestellte Maximalforderung begreift die Annexion der uns feindlichen Länder bis zur Gothaischen Grenze und Mainmündung nebst Kriegskosten von Süddeutschland. Gegen Herrn Benedetti habe ich mündlich angedeutet, daß wir mit je der Hälfte von Sachsen und Hannover und mit Kurhessen ohne Hanau zufrieden wären. Er will uns lieber Hannover ganz und von Sachsen nichts als Kriegsentschädigung gewähren. In bezug auf den Komplex Hanau, Nassau, Frankfurt a. M., Oberhessen wird sich Ausgleichung finden lassen, die Trennung zwischen Nord und Süd herstellt und den Sympathien Rußlands für Darmstadt Rechnung trägt. Hat Rußland eigene Wünsche oder Gedanken an Kompensationen? Sondieren Sie Fürst Gortschakow höchst vorsichtig und teilen Sie dies Telegramm an Schweinitz mit zur Benutzung beim

Kaiser[1])." Drei Tage später, am 20. Juli, lief ein ausführlicher Bericht des Botschafters (vom 15. Juli) ein. Gortschakow hatte gefunden, man dürfte jetzt etwas von den Friedensbedingungen verlauten lassen, hatte sich sonst aber ganz zugeknöpft verhalten. Als der Botschafter ihm die Annexion von Hannover und Kurhessen als Notwendigkeit mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung bezeichnete, hatte er zuerst geschwiegen. Dann endlich hatte er angefangen, vom europäischen Gleichgewicht zu sprechen: Rußland sei nicht allein, es müsse seine Haltung derjenigen Frankreichs und Englands anpassen.

Hüllten die Regierenden sich in Schweigen, so sprach die russische Presse um so lauter. In der führenden Zeitung „Golos" erschien am 6./18. Juli ein ganz wilder Artikel: man dürfe nicht dulden, daß Preußen die Schlüssel der Ostsee in die Hand nehme, und ein Militärstaat von 30 Millionen werde. Dreimal habe Rußland den preußischen Staat gerettet, 1762, 1807 und 1813. Preußen sei Rußlands Schöpfung, es verdanke ihm seine Wiederherstellung als Großmacht auf dem Wiener Kongreß, niemals aber habe es zum Danke dafür etwas geleistet. Ob es immer Rußlands Verbündeter bleiben, ob es nicht vielmehr seine Hand nach den Ostseeprovinzen und den Teilen Polens ausstrecken werde, die Friedrich der Große schon besessen habe?

Endlich, am 24. Juli, fiel auch die Maske, die das wahre Antlitz der russischen Regierung verhüllt hatte. Ein eigenhändiger Brief Kaiser Alexanders an den König und ein Telegramm des Grafen Redern über eine Unterredung mit Gortschakow ließen keinen Zweifel mehr, wohin man zu steuern gedachte. Der Kaiser äußerte sich sehr besorgt über die preußischen Eroberungspläne, und Gortschakow hatte erklärt, die schwebenden Fragen interessierten ganz Europa und könnten nicht ohne die Zustimmung Europas erledigt werden. Gleichzeitig wurde aus Berlin gemeldet, der russische Botschafter halte es im Interesse der Verständigung mit dem russischen Kabinett für sehr wünschenswert, daß wir gegen letzteres genau und umständlich unsere Wünsche und Anforderungen zum Friedensschluß aussprechen, da bisher darüber nur unbestimmte Andeutungen gemacht worden seien. Der Botschafter wurde

[1]) Der Anblick des Konzeptes lehrt, welche Wichtigkeit der Depesche zukam. Abekens Entwurf ist in ungewöhnlicher Weise von Bismarck umgestaltet. Es hieß da z. B.: „Hannover hätten wir ein Recht zu fordern; wir können uns mit Ostfriesland und Osnabrück begnügen, wenn wir durch Erwerb von Sachsen unsere Grenzen aus der Nähe unserer Hauptstadt weg nach dem Gebirge zu verlegen. Die Wichtigkeit dieses Besitzes hat der Feldzug gezeigt. Wir können die Mittelstaaten in Norddeutschland keinesfalls so groß lassen, daß die ernste Gefahr, die uns diesmal bedroht hatte, im Rücken und Herzen unserer Landsleute sich wiederholte. Die kleinen Staaten in Norddeutschland hindern uns wenig, wenn fest organisiertes Bündnis, daneben freieres Verhältnis zu Süddeutschland und Österreich." Alles dies ist der Streichung anheimgefallen.

bald noch zudringlicher. Indem er die russische Kongreßforderung einbrachte, erklärte er in höchst anzüglicher Weise, die Nachricht von der Kontribution der Stadt Frankfurt halte er für einen schlechten Witz, denn er traue dem König die Handlungsweise eines Straßenräubers nicht zu. Auch in Paris wurden erneute Schritte getan, um Frankreich zu gemeinsamem Vorgehen zu bewegen.

Ohne die unmittelbare Gefahr zu überschätzen, die in dieser neuen Einmischung des Auslands lag, war doch unverkennbar, daß die Dinge damit in ein neues Licht rückten. Rußland war zwar ebenso wenig kriegsbereit wie Frankreich, und der Plan eines europäischen Kongresses hatte auch nicht gerade die besten Aussichten, weil England sich ihm schwerlich angeschlossen haben würde. Schon seit einiger Zeit berichtete Graf Bernstorff aus London, die höhere Gesellschaft sei zwar noch immer „ganz entsetzlich österreichisch gesinnt“, die Preußen würden bei Hofe kaum beachtet, der Prinz von Wales ignoriere den Botschafter einen ganzen Abend; aber in den unterrichteten Kreisen vollziehe sich ein Umschwung. Aus den privaten Äußerungen und öffentlichen Reden sowohl der konservativen Minister wie der liberalen Oppositionsführer gehe gleichmäßig hervor, daß England uns nicht stören werde. Der Minister Lord Stanley hatte schon am 13. Juli durchblicken lassen, daß er die Stärkung Deutschlands durch Zusammenfassung der militärischen Kräfte und diplomatischen Vertretung in der Hand Preußens wünschenswert finde. Ebenso äußerte sich Lord Russell, der Führer der Liberalen: er habe durchaus nichts dagegen, daß Preußen sich Sachsen, Kurhessen und Hannover vollständig einverleibe und die Suprematie bis zum Main erlange. Am 20. Juli sprachen im Oberhaus Lord Derby, im Unterhaus Stanley im gleichen Sinne: die Errichtung einer starken, kompakten Macht im Norden Deutschlands sei weder ein Nachteil noch eine Drohung für England, wie immer sie von anderen Mächten aufgefaßt werden könnte. Und die Sprecher der Opposition, Gladstone an der Spitze, stimmten zu. Alle redeten sie der Bildung eines starken norddeutschen Staates das Wort. Insbesondere die Annexion Hannovers ließ die Engländer vollkommen gleichgültig. Auch der englische Botschafter in Petersburg hatte zu Gortschakow gesagt, England sei froh, Hannover für immer los zu sein. Mit Recht durfte Graf Bernstorff am 19. Juli nach einer Unterredung mit Stanley telegraphieren: „Um Englands willen können wir tun, was wir wollen[1].“ Am 25. durfte er sogar berichten: „Das ganze Unterhaus, mit ein

[1]) In diesem Punkte hätte also Bismarck in seiner Denkschrift an den König vom 24. Juli die Lage bedenklicher geschildert, als sie war, wenn er schrieb, in England sei zwar die öffentliche Meinung Preußen günstig, nicht aber die Regierung.

paar höchst vereinzelten Ausnahmen, ist jetzt für Preußen und gegen Österreich, welches durch die Abtretung Venetiens an Frankreich sich selbst den Todesstoß in der Meinung der Engländer gegeben habe, und je größer und vollständiger die Einigung, je stärker und mächtiger das neue deutsche Reich wird, desto lieber wird man es hier sehen."

Das war gewiß alles sehr erfreulich, aber tätigen Beistand gegenüber einer vereinigten russisch-französischen Intervention durfte man darum doch von England ebensowenig erwarten wie von Italien, das gegen Frankreich niemals mitgegangen wäre. Es bestand also immerhin die Gefahr, daß Frankreich und Rußland sich zusammentaten. Bisher war es gelungen, sie auseinander zu halten. Wenn sie nun ernstlich drohten, einander die Hände zu reichen, so hätte das auch im günstigsten Falle eine nicht leicht zu überwindende Hemmung gebracht, vielleicht große Anstrengungen nötig gemacht, den Abschluß sehr verzögert und, was das Gefährlichste war, das erst im Entstehen begriffene Deutschland schon im voraus mit einer feindseligen Verbindung seiner beiden Nachbarn in Ost und West belastet.

Der letzte und entscheidende Grund aber, weswegen Bismarck die Fortsetzung des Krieges gegen Österreich so entschieden bekämpfte, war ein anderer, wenn er auch in seinen amtlichen Äußerungen gerade diesen Hauptgrund niemals erwähnt: Österreich durfte nicht zugrunde gerichtet, es durfte überhaupt nicht ernstlich geschwächt werden, weil Österreich das unentbehrliche Gegengewicht gegen die russische Übermacht an der preußisch-deutschen Ostgrenze bildete. Der Gedanke ist uns heute so geläufig, daß es Wasser in den Ozean schütten hieße, wollten wir darüber nur ein Wort verlieren. Aber welche Genialität des politischen Scharfblicks gehörte dazu, ihn auf dem Schlachtfeld von Königgrätz zu fassen und auszusprechen! Daß Bismarck das nur in vertrautem Gespräche tat und tun durfte, zeigt seine kühne Originalität vollends deutlich. Hätte er ihn öffentlich oder etwa amtlich seinem Herrn gegenüber geltend gemacht, man hätte ihn gar nicht verstanden, wahrscheinlich wieder einmal für toll gehalten. Österreich, der alte Erbfeind, Gegengewicht gegen Rußland, den alten, treuen Freund und Schützer der preußischen Monarchie! Österreich notwendig für den Orient, wo Preußen ja gar keine Interessen hatte! Bismarck tat wirklich gut, sein volles Herz zu wahren und der Menge nicht zu sagen, was er wußte. Nur ein Auserwählter, wie etwa der General v. Stosch, mochte es hören, und auch er notiert die Äußerung mit einer Kühle, der man ein leises Verwundern anzumerken glaubt. Wie sagt doch der Philosoph? „Der Wahrheit ist ein kurzer Siegestag beschieden zwischen der Zeit, da sie als paradox verlacht, und der andern, da sie als trivial gering geschätzt wird."

Heute wird man die Behauptung nicht mehr parador finden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie niemals einen größeren Freund gehabt hat als Bismarck, und daß dieser Freund ihr nie einen größeren Dienst geleistet hat, als in dem Augenblick, wo er sie im Kriege besiegt hatte. Daß Bismarck sich das künftige Verhältnis Deutschlands zu seiner ehemaligen Vormacht in der Gestalt eines festen und dauernden Vertrages dachte, der jede Gegnerschaft ausschloß, das darf wohl als ausgemacht gelten. Das stand ja schon in seinem Programm, ehe der Krieg begann, und um das gleiche hat er dreizehn Jahre später sich bemüht. Daß er es nicht erreichte, ist eine der wenigen Unvollständigkeiten in seinem Werk, aber zugleich eine Aufgabe und Forderung für seine Nachfolger. Wenn aber so etwas überhaupt möglich sein sollte, dann durfte Österreich 1866 weder gedemütigt noch geschwächt werden. Sollte es einmal Deutschlands Bundesgenosse werden, so mußten die psychischen und materiellen Voraussetzungen dafür erhalten bleiben. Eine Fortsetzung des Krieges aber hätte beide zerstört. Wir haben das schon oben berührt. Weitere Siege der preußischen Waffen hätten die Macht Österreichs ebenso geschwächt wie seinen Groll, sein Rachebedürfnis gestärkt, wenn es ihm überhaupt noch gelungen wäre, als Großmacht aus diesem Kriege hervorzugehen. Denn kam es einmal zum Äußersten, brach in Ungarn der Aufstand aus, dann — wie Bismarck selbst anderthalb Jahre später zu Karl Schurz sagte — „war ein Zurückweichen nicht mehr denkbar. Ein Paktieren mit Österreich war außer Frage. Österreich mußte zerstört werden.“ Aber selbst im günstigsten Fall, selbst wenn es die Krisis überstand, konnte es für das werdende Deutschland nur noch als Gegner in Betracht kommen. Ganz abgesehen davon, wie sehr das die Vereinigung des Nordens mit dem Süden erschwert haben würde, wo die Teilnahme für Österreich stark und echt war, — es gab dann für das neue Deutschland keine wirklich freie auswärtige Politik mehr. Seine unglückliche geographische Lage wäre ihm zum Fluch geworden. Es wäre in demütigende Abhängigkeit von Frankreich oder Rußland geraten, deren jedes seine kaum verhehlten Absichten auf deutsches Gebiet hegte, und gegenüber einer Vereinigung dieser beiden Mächte wäre es wehrlos gewesen. So darf man wohl sagen: die ganze auswärtige Politik des Deutschen Reiches beruht darauf, daß Österreich 1866 als Großmacht ohne wirkliche Schädigung seiner materiellen Kräfte und ohne unheilbare Schädigung seines Selbstgefühls aus dem Kriege hervorging, daß es bündnisfähig in jedem Sinne blieb.

Dem Manne, der das mit der Intuition des Genies erkannte, muß der Gedanke, wieviel hier durch schwächere Einsicht verdorben zu werden drohte, in der Tat die Nerven zum Zerreißen gespannt haben. Man

versteht, daß es eine schwere Krise gab, und dankt dem Schicksal, daß es durch den beruhigenden Einfluß des Kronprinzen und — was auch nicht ganz ohne Bedeutung gewesen sein wird — durch ein Unwohlsein des Königs, das ihn weich und nachdenklich stimmte, dem großen Staatsmann den Sieg verschafft hat. Es ist schwer auszudenken, wie sonst das Schicksal der deutschen Nation sich gestaltet haben würde.

Der Friede von Nikolsburg war nur mit Österreich geschlossen. Er ließ wohl für die Regelung der deutschen Dinge freie Hand und behielt nur die Integrität des Königreichs Sachsen vor, aber diese Regelung, d. h. der Norddeutsche Bund und die Annexionen, mußten erst durchgesetzt werden. Immer noch drohte die Gefahr störender Einmischung des Auslandes. Zwischen Lipp' und Kelchesrand konnte leicht der Wein verschüttet werden, wenn die Hand des Trinkenden nicht sicher und vorsichtig blieb. Das Schicksal des Vertrages von San Stefano, von Europa zerrissen zu werden, hätte auch dem Frieden von Nikolsburg widerfahren können. Zumal der russische Einspruch konnte bedenkliche Folgen haben. In aller Form stellten die russischen Vertreter in Berlin, London und Paris am 26. Juli das Begehren, daß die deutschen Verhältnisse, durch europäischen Vertrag geschaffen, nicht ohne Teilnahme aller Mächte geändert würden. Und Alexander II. zeigte den bedrohten deutschen Dynastien, die sich schutzflehend um seinen Thron drängten, eine Wärme des Mitgefühls, die mindestens auffällig war. Gegenüber dem Gesandten des Königs von Hannover erging er sich in empörten und despektierlichen Äußerungen über seinen Oheim. „Ein König von Preußen, der seine Krone vom Tische des Herrn genommen und sich jetzt an die Spitze der Revolution stellt, der in seinem hohen Alter alle Prinzipien seiner besseren Jahre verleugnet — es ist unerhört!" Zugleich aber meldete jetzt Napoleon, was er bisher nicht getan, seinen Anspruch auf Kompensationen an für die Vergrößerung Preußens.

Wir müssen es uns versagen, dem meisterhaften Spiel zu folgen, mit dem Bismarck sich nach der einen wie nach der anderen Seite dieser Eingriffe zu erwehren verstand. Der Kongreßplan machte keine Schwierigkeiten; er fiel schon durch die ablehnende Antwort Englands. Worauf es jetzt ankam, war immer noch das eine: die Verbindung von Rußland und Frankreich zu verhindern. Zu diesem Zweck kam Bismarck den französischen Wünschen scheinbar entgegen, wie er sie schon in der ganzen vorausgehenden Zeit beständig ermutigt hatte. Sein Gedanke war damals zweifellos, daß Napoleon sich mit Preußen in fester Allianz verbinden und, gestützt darauf, Belgien sich aneignen solle. Wiederholt sind er sowohl wie seine Vertrauten, Keudell u. a., in den Besprechungen mit Benedetti ganz offen mit diesem Vorschlag hervorgetreten. Er hat

später den Kaiser mit verächtlichem Tadel bedacht, daß er nicht gewagt habe, Belgien zu besetzen, sich mit Preußen Rücken an Rücken zu stellen und es darauf ankommen zu lassen, ob England ihn angriffe. Er hat aber auch, da Napoleon auf die belgischen Aussichten zunächst nicht einging, den Absichten des Kaisers auf Stücke des linksrheinischen Deutschland keineswegs eine schroffe Ablehnung entgegengesetzt. Er hat die Franzosen vielmehr — natürlich ohne sich im mindesten zu verpflichten — stets in dem Glauben gelassen, daß sie von Preußen in Frieden und Freundschaft etwas bekommen würden. So ist es zu begreifen, daß Napoleon den russischen Antrag auf gemeinsames Vorgehen ablehnte: er glaubte, wenn er allein bliebe, mit Preußen das bessere Geschäft zu machen, und er fühlte sich dabei seiner Sache so sicher, daß er es verschmähte, sich irgendwelche Zusicherungen oder Bürgschaften im voraus geben zu lassen. Er hielt es für völlig ausreichend, wenn er — wie Goltz am 27. Juli schrieb — in seiner Eigenschaft als Vermittler nichts verlangte, auch keinen Druck ausübte, sondern einzig und allein auf das Billigkeitsgefühl des Königs zählte. Dies so sehr, daß er sich von seiner Umgebung dazu treiben ließ, in aller Form die Abtretung der bayerischen Rheinpfalz nebst Rheinhessen und Mainz zu fordern, was denn freilich alsbald eine runde Ablehnung erfuhr.

Der günstige Augenblick war versäumt, denn inzwischen hatte Bismarck mit Petersburg die Verständigung gefunden, die es ihm erlaubte, Frankreich den Rücken zu kehren. Auf die ersten Äußerungen von russischer Seite hatte er zunächst ziemlich grobes Geschütz aufgefahren: man habe den Krieg mit Gefahr des eigenen Daseins führen müssen, man könne jetzt nicht die Früchte des Sieges von den Beschlüssen eines Kongresses abhängig machen. Offen drohte er damit, die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder (in Petersburg konnte man darunter das Wort „Polen" lesen) zum Widerstand zu entfesseln. „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden." Zugleich aber waren die Wünsche des Zaren bei den Friedensschlüssen mit den Südstaaten tunlichst berücksichtigt worden — der Verzicht auf Oberhessen ohne jeden anderweitigen Ersatz war die Folge davon —, Edwin von Manteuffel war nach Petersburg gegangen und hatte den Kaiser beruhigt, Gortschakow gewonnen durch die Aussicht auf Unterstützung der russischen Wünsche im Orient. Eine Verständigung zwischen Rußland und Frankreich war jetzt nicht mehr zu fürchten. So konnte man endlich auch mit Napoleon deutsch reden: nicht einen Fußbreit deutscher Erde sollte er bekommen!

Aber nicht dies allein. Sein Begehren wurde nicht nur abgelehnt, es mußte dem diabolisch gewandten Gegenspieler noch dazu dienen, ihm einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Der zurückprallende Pfeil

wurde auf die Brust des Schützen gelenkt. Mit dem französischen Begehren nach Mainz und dem Rhein in der Hand war es Bismarck nicht mehr schwer, die deutschen Südstaaten zum Abschluß geheimer Schutz- und Trutzbündnisse zu bewegen, die ihre Heeresmacht bei einem künftigen Krieg unter preußischen Oberbefehl stellten. Wir erinnern uns, daß Napoleon von Anfang an auf nichts so viel Gewicht gelegt hatte, wie darauf, daß die preußische Hegemonie die Mainlinie nicht überschreite. Ihm zuliebe mußte in den Nikolsburger Frieden ein Satz aufgenommen werden, der den Südstaaten den Abschluß eines besonderen Bundes offen ließ und die volle völkerrechtliche Unabhängigkeit zusprach. Nun bewog sie die Kenntnis der französischen Rheinwünsche leicht, gegen diese Gefahr bei Preußen Schutz zu suchen. Freiwillig verzichteten sie insgeheim auf das Recht, das ihnen öffentlich zugestanden war, und ordneten auch ihre Macht für den Fall internationaler Verwicklungen der preußischen Führung unter. Als am 23. August in Prag der endgültige Friede unterzeichnet wurde, da war erreicht, was Bismarck am 4. Juli dem Kronprinzen als erstes Kriegsziel bezeichnet hatte: die Einigung Norddeutschlands unter preußischer Führung als Etappe zur großen Einheit.

Nur in einem Punkte deckte sich das Erreichte nicht mit dem Erstrebten: die Einverleibung des Königreichs Sachsen war aufgegeben. Dies ist die praktische Folge der französischen Einmischung gewesen; sie hat indirekt Bismarck veranlaßt, auf Sachsen zu verzichten und in ganz Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt dafür Ersatz zu suchen. Für völlig gleichgültig darf man diesen Tausch nicht halten. Durch die Einverleibung Sachsens wären manche inneren Angelegenheiten — man denke z. B. an die Frage der Verkehrswege — wesentlich vereinfacht worden. Auch die Abtretung des Leipziger Kreises, die König Wilhelm so dringend wünschte, hatte unter diesem Gesichtspunkt einen sehr realen Wert. Daß der welfische Groll einen Windthorst an die Spitze der mächtigsten Oppositionspartei führen würde, konnte damals freilich niemand wissen, eine Wirkung des durch Napoleon erzwungenen Tausches ist es aber doch gewesen. Aber was will das besagen gegenüber dem übrigen! Bismarck und der König hatten wohl recht, wenn sie fanden, es sei mehr, als man vor dem Kriege hätte erwarten dürfen.

Es wurde erreicht wesentlich dank der Mäßigung, die Bismarck im entscheidenden Augenblick bewies und zu der er auch seinen König zu bestimmen wußte. Ob bei Fortsetzung des Krieges so viel behauptet worden, ob man namentlich nicht genötigt gewesen wäre, den Nachbarn in West und Ost einen Preis zu zahlen, wird immer eine Frage bleiben. Das ist es, was den Nikolsburger Frieden so sehr auszeichnet, daß er die Möglichkeit schuf, die inneren Verhältnisse Deutschlands, die bis

dahin seit Jahrhunderten eine europäische Angelegenheit gewesen waren, in der Hauptsache ganz als deutsche Angelegenheit zu ordnen. Zum ersten Male hatte nicht das Ausland die Entscheidung gegeben, und die Rücksicht, die man ihm bewiesen, war nicht über das Maß dessen hinausgegangen, was ein Staat, der nichts weniger als ein Robinson auf einsamer Insel ist, seinen Nachbarn einräumen muß und einräumen darf. Dies war die reife Frucht des Maßhaltens.

Wenn man nun aber unter dem Eindruck dieser einen Seite der Vorgänge an Bismarcks Kunst des Friedenschließens in neuerer Zeit nichts anderes zu rühmen pflegt, als die Mäßigung, insbesondere den Verzicht auf Annexion feindlichen Staatsgebietes, so darf dem gegenüber wohl einmal daran erinnert werden, daß die Friedensverträge von 1866 auch eine andere Seite haben. Der Mäßigung gegenüber Österreich halten die Annexionen in Norddeutschland die Wage. So zurückhaltend Bismarck dort auftrat, so rücksichtslos griff er hier zu, von Anfang an entschlossen, wenigstens so viel zu nehmen, wie er brauchte, und darüber hinaus so viel, wie er bekommen konnte. Wohl hat er selbst das später nicht mehr wahr haben wollen. Es kam die Zeit, wo Deutschland nach seiner Meinung genug hatte, wo es „saturiert“ war und ihm alles daran lag, die Welt von seiner völligen Saturiertheit zu überzeugen. Da hätte er gern auch den Ursprung der preußischen Reichsmacht, die großen Eroberungen, insbesondere die von 1866, in Vergessenheit gebracht, und da das nicht anging, suchte er wenigstens seinen persönlichen Anteil daran zu verringern, indem er anderen die Schuld gab. Man ist ihm darin in Deutschland nur zu gläubig gefolgt. Es paßte zu der ganzen Stimmung friedfertiger Genügsamkeit, die die große Mehrheit des deutsches Volkes seit 1871 lange Zeit beherrschte. Es ist Zeit, diesen Irrtum aufzugeben und Bismarck gegen Bismarck in Schutz zu nehmen. Seine Taten sind stärker als seine Erinnerungen, und auch seine Worte aus der Zeit des Handelns zeugen gegen das Bild, das er sich rückschauend von den Dingen gemacht und mit seiner überwältigenden Autorität auch anderen einzuprägen verstanden hat.

Die Zeitgenossen haben in dem Verfahren Bismarcks alles andere als bescheidene Mäßigung gesehen. Ihnen kam es vor, als wenn die Erde bebte. Eine Ära der Umwälzungen schien angebrochen. Unter diesem Eindruck entließ Alexander II. den hannöverschen Gesandten mit den Worten: „Nichts bleibt mir übrig, als der innige Wunsch, daß die gesellschaftliche Ordnung und der Friede Europas nicht durch die Folgen der eben überstandenen Krisis erschüttert würden.“ Und er selbst, der Urheber alles Geschehens? Hören wir nur, wie er dem preußischen Volke das Erreichte am Tage nach dem Friedensschluß

darstellen ließ! Es ist der Mühe wert, den prachtvollen Aufsatz in Erinnerung zu bringen, in dem die offiziöse „Provinzial-Correspondenz“ am 29. August 1866 die Ergebnisse des Krieges zusammenfaßte. Das ist heute besonders am Platze, wo manche Kreise unseres Volkes den gesunden Sinn für Machtfragen so sehr verloren haben. Sie mögen hören, wie unser größter Staatsmann seine eigenen Taten und größten Erfolge selbst beurteilt hat.

„Dreierlei große und wichtige Erfolge hat Preußen davongetragen: Preußen für sich allein hat eine Ausdehnung erhalten, die es ihm gestattet, seine Stellung als Großmacht in jeder Beziehung leichter und nachdrucksvoller als bisher geltend zu machen; Preußen vereinigt ganz Norddeutschland bis an den Main durch einen engen militärischen und politischen Bund zu einer tatkräftigen deutschen Macht; Preußen ist die alleinige leitende Großmacht in Deutschland geworden ... Preußens eigene und unmittelbare Erweiterung... ist für sich allein schon so erheblich, wie eine solche in der wunderbar glücklichen Geschichte Preußens noch niemals mit einem Schlage durchgeführt worden ist. Durch die Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt a. M. usw. erlangt Preußen, welches seither eine Ausdehnung von etwa 5100 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von etwa 19 300 000 Seelen besaß, einen Zuwachs von nahezu 1300 Quadratmeilen mit etwa 4 500 000 Einwohnern, also mit einem Male beinahe den vierten Teil seines gesamten bisherigen Besitzstandes: das eigene preußische Gebiet steigt auf 6400 Quadratmeilen, die Bevölkerung auf 23 800 000 Seelen. Vergleicht man diesen Erfolg unserer siegreichen Kriegführung mit den Ergebnissen früherer Kriege, so tritt schon hierbei hervor, daß die gegenwärtigen politischen Errungenschaften hinter dem Glanze der kriegerischen Taten nicht zurückgeblieben sind.“ Der Große Kurfürst habe in 48 Regierungsjahren und zahlreichen Kriegen nur 500 Quadratmeilen und ½ Million, Friedrich der Große in den Schlesischen Kriegen nur 688 Quadratmeilen mit etwa 1 Million Einwohnern gewonnen, die Freiheitskriege mit ihren gewaltigen Anstrengungen hätten sogar 561 Quadratmeilen weniger gebracht, als der Länderbestand im Jahre 1806 betragen hatte. „Die jetzigen Eroberungen aber gehen nicht bloß an Größe... weit über alle früheren Eroberungen der größten Zeit Preußens hinaus, der Wert und die Bedeutung derselben werden durch die Lage und Beschaffenheit der erworbenen Länder noch unvergleichlich erhöht. Alles, was der Neid und die Eifersucht der übrigen Staaten vor 50 Jahren an Preußen gesündigt hatte, ist durch die jetzigen Eroberungen gutgemacht. Um Preußens Stellung zu erschweren, hatte man ihm auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet in zwei getrennten Teilen ohne jeden unmittelbaren Zusammenhang angewiesen,

mitten dazwischen liegend Hannover, Kurhessen usw. Jetzt hat Preußen diese Länder... in sich aufgenommen und bildet nunmehr ein bestimmt abgerundetes, fest verbundenes Ländergebiet, wie alle übrigen europäischen Großstaaten. Um Preußen ferner an der längst erstrebten Entwicklung als Seemacht zu hindern, hatten die Mächte auf dem Wiener Kongreß das von Friedrich dem Großen erworbene schöne Ostfriesland an der Nordsee mit Hannover vereinigt und statt dessen Preußen mit Binnenland entschädigt. Jetzt hat Preußen nicht nur das alte Land an der Nordseeküste, sondern fast das ganze norddeutsche Küstenland von Schleswig-Holstein bis nach Holland hin erworben... So hat denn der preußische Staat, solange er besteht, noch niemals eine so bedeutende und in jeder Beziehung wichtige Vergrößerung erhalten, wie durch den letzten Feldzug. Während Preußen seine durch Friedrich den Großen geschaffene Stellung als Großmacht bisher nur durch die äußerste Anspannung aller Volkskräfte aufrecht erhalten konnte, hat es jetzt durch die Ausfüllung und Abrundung seines Ländergebiets in Nord- und Mitteldeutschland erst die wahrhaft naturgemäße Grundlage einer Großmacht an Land und Leuten gewonnen."

Fassen wir die Eindrücke zusammen, die das unübertreffliche Spiel des großen Meisters hinterläßt. Nichts drängt sich dabei mehr auf als die seltene Vereinigung von Klarheit im Erkennen und Festigkeit im Verfolgen des Zieles mit größter Biegsamkeit in der Wahl der Wege, die „Elastizität des Gedankens und eiserne Kraft des Willens", die Abeken, sein ständiger Mitarbeiter in diesen Tagen, an ihm so sehr bewunderte. Niemals wohl sind Hauptsachen und Nebendinge schärfer unterschieden und sicherer gegeneinander abgewogen worden. Preußen zum Herrn von Norddeutschland zu machen, ihm zugleich den Weg an die Spitze Gesamtdeutschlands zu öffnen, das ist das Ziel, das unbedingt erreicht werden muß. Mancherlei Wege führen dahin. Einverleibung aller norddeutschen Mittelstaaten wäre der geradeste gewesen, aber auch mit einem Teil von gewissem Umfang kann man sich begnügen. Um eines möglichen Mehrgewinns das schon Erreichte aufs Spiel zu setzen, wäre verfehlt. Wo die einzuverleibenden Stücke zu wählen sind, ist Nebensache, man nimmt sie, wo man sie findet, in Sachsen, in Hannover, in Hessen oder anderswo. Aber sie müssen so geschnitten werden, daß nicht zwei starke Königreiche neben Preußen in Norddeutschland bestehen bleiben.

Das ist die Anforderung des Augenblicks, jedermann verständlich. Darüber hinaus aber dringt Bismarcks Seherblick in die ferne Zukunft, wohin ihm nur wenige zu folgen vermögen. Der Friede soll die Ära der Rivalität mit Österreich schließen und eine neue Ära der Versöhnung

und dauernden Verbindung eröffnen. Dies ist das zweite Hauptstück, nicht minder wichtig als das erste. Keines darf um des anderen willen geschädigt werden, und am Ende wird eins durch das andere gefördert. Weitgehende Schonung der eigenen Interessen erlaubt es Österreich, den Norden Deutschlands sogleich, und für später sogar ganz Deutschland Preußen zu überlassen; und umgekehrt, da Preußen in Norddeutschland seine Rechnung findet, kann es Österreich die Schonung gewähren, die für spätere Verbindung die Grundlage bildet. So zeigt der Friedensschluß von 1866 das volle Gepräge bismarckischen Geistes: nüchterne Berechnung im Verein mit schöpferischer Phantasie.

Es fehlte nicht an Kritikern, die mit dem Erfolg unzufrieden waren. Zwar die hohen Militärs, für die der Minister während der Verhandlungen „Questenberg im Lager" gewesen war, haben sich bald beruhigt und das Geschehene dankbar anerkannt. Der König selbst dankte seinem Minister gerührt und erhoben mit Tränen und Umarmung. In den breiten Schichten der Armee empfand man anders. „Ich kann nicht sagen, daß ich bei Offizieren oder Soldaten erfreute Gesichter gesehen hätte," bemerkt Louis Schneider. In diesen Kreisen hatte man viel mehr erwartet: König Wilhelm Kaiser von Deutschland, der König von Sachsen nach Böhmen versetzt, das ganze Sachsen mit Preußen vereinigt, Prinz Friedrich Karl König von Ungarn, das Elsaß und Lothringen von Frankreich zurückgefordert usw. — das waren etwa die populären Kriegsziele im Heere. Zweifellos war, was daran einen vernünftigen Sinn hatte, damals auch möglich. Aber gerade darin bewies Bismarck seine ganze Überlegenheit, daß er erkannte, wie sehr hier weniger mehr bedeutete. Die deutsche Einheit, die Kaiserwürde — man hätte sie sogleich haben können; aber man gewann sie künftig sicherer und besser, wenn man für jetzt noch auf sie verzichtete. Was der Prager Frieden säte, mußte nur Zeit haben, zu keimen und zu reifen, dann war die Ernte um so reicher.

Aber noch eine andere Aussaat ist damals gestreut worden, die ebenso sicher aufgehen und ihre Frucht tragen mußte, eine bittere und doch heilsame Frucht: den Krieg mit Frankreich.

Der Friede von Nikolsburg und Prag war eine Niederlage der französischen Politik. Was hatte Napoleon im Juni als ihre Ziele verkündigt? Einen starken, unabhängigen Süddeutschen Staatenbund, Erhaltung von Österreichs Macht in Deutschland, Kompensationen für Frankreich. Nichts von dem war erreicht. Die süddeutschen Staaten hatten sich in die Gefolgschaft Preußens begeben — allerdings nur insgeheim, aber man wußte es bald in Paris —, Österreich war ganz aus Deutschland ausgeschieden, und Frankreich war bei der Umwälzung der

Machtverhältnisse leer ausgegangen. Es machte freilich gute Miene zum bösen Spiel. Ein neues Manifest verkündigte am 11. September, daß der Verzicht auf alles Erstrebte den rechten und wahren Gewinn bedeute. Aber die französische Nation las darin nur das Bekenntnis, daß die Trauben zu hoch gehangen hatten, um für süß zu gelten. Nicht lange währte es, so sah man Napoleon daran gehen, die kriegerische Rüstung zu schaffen, deren Fehlen seine Politik in der Stunde der Entscheidung gelähmt hatte, um bei erster Gelegenheit das Versäumte nachzuholen. Es war entschieden, daß Frankreich und Deutschland Gegner seien und über kurz oder lang miteinander Krieg führen würden.

Einer wenigstens hat seine Stimme erhoben, um eindringlich davor zu warnen. Graf v. d. Goltz sah schon am 27. Juli voraus, was kommen würde. Auf das wärmste befürwortete er, dem Kaiser Luxemburg und Landau als Kompensation zu überlassen. In Luxemburg wünschte die Bevölkerung sehr, französisch zu werden, und Landau sei es früher lange Zeit gewesen. Durch diese Abtretung würde man Napoleons Stellung befestigen und einen späteren Krieg verhüten, zu dem die öffentliche Meinung und die Militärs bereits drängten.

Bismarck hat gewußt, was er tat, als er diesen Rat verwarf und auch das kleine Schmerzensgeld — die „kleinen Spesen“, wie er es später nannte — abschlug, womit Napoleon höchst wahrscheinlich sich begnügt haben würde. Er hat, als es ihm gleich darauf doch noch gelang, die kaiserlichen Wünsche auf Belgien abzulenken, auch diese Verhandlung nur so weit fortgeführt, bis er den schriftlichen Beweis der französischen Begehrlichkeit in Händen hatte, den er nur bekannt zu machen brauchte, um die napoleonische Politik gegenüber England unrettbar bloßzustellen. Es war klar: so vorsichtig er den Kaiser bis dahin behandelt hatte, so erwünscht ihm in früheren Stadien eine Verständigung mit Frankreich gewesen wäre, jetzt wollte er sie nicht mehr, jetzt ließ er es auf den Konflikt ankommen. Schon die Friedensschlüsse hatte er auf Kosten Frankreichs und im geheimen gegen Frankreich gemacht. Die Dinge sollten sich weiter entwickeln in ihrer natürlichen Konsequenz. Louis sollte, wie er schon am ersten Tage gedroht hatte, seine Einmischung teuer bezahlen, dem Gallier sollte der Streich vergolten werden.

Das lag in der Natur der Dinge, die allerdings in der Seele des handelnden Staatsmannes oft die Gestalt persönlicher Gefühle und Leidenschaften annehmen. Eine deutsche Gesamteinheit, ein deutsches Reich konnten nicht anders als gegen Frankreich entstehen. Und sie sollten entstehen — das war ja der tiefere Sinn des Prager Friedens. Ganz offen sprach und schrieb man jetzt davon. Die „Provinzial-Korrespondenz“ schloß ihren Aufsatz vom 29. August mit dem Satze:

„Größer und wichtiger noch als die Ausdehnung des preußischen Staates selber ist die Befestigung und Erhöhung der preußischen Machtstellung in Deutschland und damit zugleich der nationalen Macht des deutschen Vaterlandes.“ Sie fuhr in ihren Betrachtungen am 5. September fort unter der Überschrift: „Was Preußen für Deutschland errungen hat“ und erklärte hier ganz offen, der Krieg, „zur Lösung der deutschen Frage in nationalem Geist und Sinn“ geführt, sei „ein Entscheidungskampf über die Geschicke Deutschlands“ gewesen. „Der alte ohnmächtige deutsche Bund ist vernichtet, und auf den Trümmern desselben ist zunächst ein norddeutscher Bund unter Preußens militärischer und politischer Führung gegründet.“ Zunächst! — So wurde das kommende Deutsche Reich öffentlich angekündigt und seine Macht und Größe schon halbwegs vorweggenommen.

Auch Bismarck nahm jetzt kein Blatt mehr vor den Mund. Wie oft und nachdrücklich hatte er vor und während des Krieges versichert, Preußens Ehrgeiz beschränke sich auf Norddeutschland! Als nun am 12. September der ewige Nörgler Rudolf Virchow ihm im Abgeordnetenhause vorhielt, er habe zu wenig erreicht, „die so kühn begonnene Politik nicht entschlossen fortgeführt, sondern sei immer mehr in die Verwicklungen der Kabinettspolitik geraten“ — da antwortete er: „Wir sind nicht am Ziel unserer Politik, wir sind am Anfang derselben, und Sie tun uns unrecht, wenn Sie das Vorliegende als etwas Fertiges, Abgeschlossenes behandeln.“

Der Abschluß mußte auf französischen Widerstand stoßen. Das war unvermeidlich und war gut. Denn nur im Kampf mit Frankreich und auf Kosten von Frankreich konnte Deutschland seine volle Einheit und das geeinte die Grenzen erhalten, deren es bedurfte. Mit anderen Worten: für die Sicherheit und Festigkeit eines Deutschen Reiches war der Besitz von Elsaß und Lothringen unentbehrlich; sollte es entstehen, so mußten diese Länder erobert werden. So lag, wie Erich Marcks gesagt hat, in 1866 bereits 1870 beschlossen. Aus den Prager Frieden mußte der deutsch-französische Krieg entstehen.

Versailles 1871

Der Krieg von 1870 war im Gegensatz zu den beiden vorausgehenden nicht vom Sieger herbeigeführt; aber er war erwartet und nicht nur militärisch vorbereitet. Die intimen Beziehungen zu Rußland, die Bismarck schon vier Jahre früher eingeleitet hatte, bürgten dafür, daß Österreich nicht sogleich eingriff, und für das Weitere sorgten die deutschen Waffen. Man hatte den Gegner im Kampfe isoliert und besaß damit die erste Voraussetzung für den erfolgreichen Friedensschluß. Dieser Vorteil ist auch weiterhin nicht verloren gegangen. Den Frieden von Versailles hat der Sieger anders als 1866 ohne jede fremde Einmischung abschließen können.

Was er fordern würde, war in großen Umrissen vom ersten Tage an kein Geheimnis. Das Kriegsziel brauchte man diesmal nicht erst zu suchen, es ergab sich aus der Geschichte. Um was handelte es sich denn? In letzter Linie um das Übergewicht, das Frankreich seit Jahrhunderten über Deutschland ausgeübt, mit dem es seine inneren und äußeren Geschicke beeinflußt hatte und jetzt die Vollendung seiner Einheit zu hindern suchte. Dieses Übergewicht bestand seit den Tagen des Westfälischen Friedens und Ludwigs XIV., es beruhte auf der Eroberung des Elsaß und Lothringens durch Frankreich, das von Metz aus das Rheinland, von Straßburg aus den Oberrhein und ganz Süddeutschland in Schach hielt. Seit diese beherrschenden Punkte in den Händen Frankreichs waren, lag der Westen und Süden Deutschlands beständig unter den französischen Kanonen. Insbesondere waren die süddeutschen Staaten durch diese stete Bedrohung in ihrer freien Entschließung auch in nationalen Fragen behindert. „Der Keil“ — so hat es Bismarck am 2. Mai 1871 im deutschen Reichstag anschaulich gemacht — „der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland.“ Wenn dieser Zustand ein Ende nehmen und Deutschland seine Freiheit wieder gewinnen sollte, mußte Frankreich die bisher eingenommenen Stellungen verlieren. In geistvoller Prägnanz sprach Leopold Ranke

den Sinn des Kampfes aus, als er zu Thiers sagte: „Wir kämpfen gegen Ludwig XIV.“

Der öffentlichen Meinung Deutschlands war diese reale Notwendigkeit nicht ebenso klar; sie beurteilte die Frage vielfach mehr gefühlsmäßig. Das Elsaß, die Heimat von soviel großen deutschen Erinnerungen und Taten, Straßburg, die Stadt Erwins von Steinbach und Jakob Sturms, die Stadt, wo der junge Goethe studiert hatte, galten noch immer für Eigentum des deutschen Volkes, das unter der Ungunst der Zeiten nur vorübergehend verloren gegangen war. Man hielt sie für deutsch von Rechts wegen und übersah geflissentlich, daß sie es nicht mehr sein wollten, daß das Elsaß wohl noch deutsch sprach, aber französisch dachte und fühlte. Daß die Wiedererwerbung nach dem Sturze Napoleons I. unterblieben war, betrachtete man als eine der empfindlichsten Verkürzungen, die dem opfermutigen und siegreichen Deutschland durch ausländische Ränke auf dem Wiener Kongreß zugefügt worden waren. Wenn das Schicksal den deutschen Waffen einen zweiten Sieg über Frankreich beschied, mußte dieses Versäumnis vor allem gutgemacht werden.

In diesem Sinne hat die deutsche Nation gleich bei Kriegsbeginn ihre Stimme laut erhoben. Ja, noch ehe die Kriegserklärung ausgesprochen war, als man das Herannahen des Sturmes eben spürte, ist bereits das Schlagwort „Elsaß-Lothringen“ gefallen. Am 13. Juli, dem Tage der Emser Depesche, schrieb die „Berliner Börsenzeitung“: „Noch hat kein deutsches Blatt die Kriegseventualitäten erwogen, noch ist der Name von Elsaß und Lothringen nicht ausgesprochen, während es doch sicher nach einem siegreichen Feldzug gegen Frankreich keinem Deutschen als möglich erscheinen würde, Straßburg noch eine französische Stadt bleiben zu lassen.“ Solche Äußerungen wiederholten sich in den folgenden Tagen und Wochen, während die deutschen Waffen von Sieg zu Sieg schritten, in zunehmender Stärke und Zahl. Ohne Unterschied des Stammes und der Partei, in Nord und Süd, in liberalen und konservativen, protestantischen und katholischen Kreisen war die ungeheure Masse der Nation einig in dieser einen Forderung: Elsaß und Lothringen müssen wieder deutsch werden. Sie sollten der Siegespreis, ihre Erwerbung der Rechtstitel auf die deutsche Kaiserkrone sein. „Der, welcher diesen Krieg siegreich zu Ende und Elsaß-Lothringen wieder zu Deutschland bringt, soll deutscher Kaiser sein,“ — so faßte eine Münchener Korrespondenz des „Schwäbischen Merkur“ vom 10./13. August die allgemeine Anschauung zusammen. Besonders bestimmt und scharf geformt erscheint die Forderung in einem Aufsatz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ vom 19. August: „Das Blut unserer Heldenbrüder,

die Opfer des Vaterlandes, das Bedürfnis endlicher Ruhe vor dem unersättlichen Übermut unseres Nachbarn fordern seine Schwächung in dem Grade, daß er uns nie mehr zu ähnlichen Opfern zwingt. Nur mit den Garantien des Friedens in der Hand, mit Straßburg, Elsaß und Lothringen wird Deutschland die siegreichen Waffen ruhen lassen und dem Feind in seiner eigenen Hauptstadt den Frieden bewilligen." Der Nationalverein nahm sich bald der Sache an. In Volksversammlungen in Berlin, Stuttgart, München usw. wurden in diesem Sinne Beschlüsse gefaßt, Adressen angenommen. Heinrich von Treitschke und Adolf Wagner, die gleichzeitig (in den ersten Septembertagen) mit ihren noch heute interessanten Schriften hervortraten, sprachen denn auch nur aus, was alle Welt längst dachte.

Es versteht sich von selbst, daß Bismarck diese Bewegung gern sah und mit ihr vollkommen einig war. Mehr noch als das. Er ließ ihr nicht nur freien Lauf, wo er sie hätte hindern, hemmen, auch ersticken können; er hat sie, wie sicher nachzuweisen ist, energisch gefördert und dem rennenden Pferde noch die Sporen gegeben. Die Tagebuchblätter seines Preßadjutanten Moritz Busch berichten häufig von Artikeln für die Zeitungen über die Notwendigkeit, Elsaß und Lothringen zu behalten. Am 28. August notiert Busch: „Ich erfuhr und durfte andere erfahren lassen, daß der Entschluß, von Frankreich Landabtretungen zu erzwingen, noch vollkommen feststand, und daß man unter keinen anderen Bedingungen Frieden schließen würde." Noch am gleichen Tage verfaßte er einen längeren Aufsatz, der am 31. August in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erschien, über die Frage, „unter welchen Bedingungen Deutschland mit Frankreich Frieden schließen kann". Die Antwort lautet: Frankreichs Angriffskraft muß geschwächt, Deutschlands Verteidigungskraft gestärkt werden. „Die Frucht unserer Siege kann nur in einer faktischen Verbesserung unseres Grenzschutzes gegen diesen friedlosen Nachbarn sein. Insbesondere Süddeutschland durch haltbare Grenzen sicherzustellen, ist unsere jetzige Aufgabe. Sie erfüllen, heißt Deutschland ganz befreien, heißt den Befreiungskrieg von 1813 und 1814 vollenden. Das Mindeste also, was wir fordern müssen, das Mindeste, womit die deutsche Nation in allen ihren Teilen, vorzüglich aber unsere Stamm- und Kampfgenossen jenseits des Mains sich befriedigt erklären können, ist die Abtretung der Ausfallspforten Frankreichs nach der deutschen Seite hin, die Eroberung von Straßburg und Metz für Deutschland.... Was wir brauchen, ist Erhöhung der Sicherheit deutscher Grenzen. Letztere aber ist nur erreichbar durch Verwandlung der beiden uns bedrohenden Festungen in Bollwerke zu unserem Schutze: Straßburg und Metz müssen aus französischen Aggressivfestungen deutsche Defensivplätze werden."

Es bedürfte gar nicht erst der Mitteilung, daß der Aufsatz „vom Chef sanktioniert“ worden; jeder Satz in ihm ist Bismarckisches Geistesgut. Um so bemerkenswerter, daß darin ein Gedanke völlig fehlt, der sonst in der deutschen Öffentlichkeit voranzustehen pflegte: vom deutschen Elsaß, dem alten Reichsland, ist mit keinem Wort die Rede. Davon hat Bismarck auch sonst nie gesprochen. Den herrschenden Irrtum, das Elsaß als deutsch anzusprechen und für Deutschland in Anspruch zu nehmen, weil es einmal zum Deutschen Reich gehört hatte, hat Bismarck nicht geteilt. Er sah lediglich die militär-politische Seite, diese aber in aller Klarheit, und betonte sie stets mit größter Schärfe, damals und später.

Er hatte nicht immer so gedacht. In der Jugend hatte auch er, wie er in seinen „Erinnerungen“ erzählt, beim Blick auf die Landkarte sich über den französischen Besitz von Straßburg geärgert und gelegentlich in Straßburg selbst zu einem Franzosen gesagt: „Dieses Land war unser und muß wieder unser werden.“ Es war wohl auch nur der Ausdruck dieses allgemeinen nationalen Empfindens, wenn er nach 1848 schrieb: „Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung von Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen.“ Seitdem hatte er anders urteilen gelernt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man einer Unterredung, die er im Jahre 1855 mit dem König Wilhelm I. von Württemberg hatte, einen entscheidenden Einfluß auf sein Urteil in dieser Frage zuschreibt. Er hat sie wiederholt öffentlich erwähnt, so daß man erkennt, welchen Eindruck sie ihm hinterlassen hatte[1]). Da hatte ihm der König gesagt: „Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann... Der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn solange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben.“

Dieser Gedanke kehrt in allen Äußerungen Bismarcks über die Annexion von Elsaß-Lothringen wieder. Sehr deutlich heißt es schon in dem Aufsatz der „Provinzial-Korrespondenz“ vom 31. August 1870, der sich im übrigen die von der Nation so lebhaft geäußerten Wünsche ganz aneignete: „So tief der deutsche Patriotismus allezeit den Verlust jener alten Reichslande empfunden hatte, so würde doch ohne Frank-

[1]) Zum ersten Mal, ohne den König zu nennen, am 22. Januar 1864 im Abgeordnetenhaus, zuletzt am 10. Juli 1892 in einer Ansprache an Besucher aus Württemberg.

reichs erneute übermütige Herausforderung niemand in Deutschland auch bei der zuversichtlichsten Erhebung des nationalen Strebens daran gedacht haben, auf jene Frage zurückzukommen. Der jüngste Friedensbruch allein und die bei demselben hervorgetretene schwere Gefährdung der süddeutschen Grenzen haben den Blick ganz Deutschlands unwillkürlich von neuem auf Elsaß und Lothringen richten müssen... Aber jetzt ist es nicht Lust an Eroberung oder der Wunsch nach Ausdehnung der deutschen Grenzen..., was jenen einmütigen Kundgebungen zugrunde liegt: .... Dieselben beruhen vielmehr... vorzugsweise auf dem festen Willen, durch Wiederherstellung der wirklichen natürlichen Grenzen die Verteidigung Süddeutschlands gegen die Wiederkehr französischer Anfälle besser als bisher sicherzustellen." Die Notwendigkeit, Deutschland gegen französische Angriffe zu schützen, ist auch der einzige Grund, mit dem Bismarck vor dem deutschen Reichstag am 2. Mai 1871 die Annexion rechtfertigte. Damals war es, daß er sich — übrigens nicht zum ersten Male — auf die Äußerungen König Wilhelms von Württemberg berief. Zwei Jahre später, am 16. Mai 1873, sagt er: „Lediglich die Rücksicht auf unsere Sicherheit hat uns geleitet"; und am 30. November desselben Jahres: „Wir haben die Länder genommen, damit die Franzosen bei ihrem nächsten Angriff... die Spitze von Weißenburg nicht zu ihrem Ausgangspunkt nehmen, sondern damit wir ein Glacis haben, auf dem wir uns wehren können, bevor sie an den Rhein kommen." Noch im hohen Alter, nach dem Abschied vom Amt, spricht er ebenso, wenn er etwa am 24. Juli 1892 zu den ihn besuchenden Württembergern sagt, wiederum unter Berufung auf ihren alten König: „Solange Frankreich das Elsaß besaß, war Straßburg mit seiner starken französischen Besatzung stets eine drohende Gefahr, gegen die wir uns militärisch nicht genug wehren konnten." Oder am 17. April zu den Darmstädtern: „Die Elsässer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitere Entfernung der Einbruchsstationen. Wir mußten das haben, wenn wir nicht unter demselben Druck bleiben wollten, wie wir es Jahrhunderte hindurch gewesen sind, daß die Ecke von Weißenburg bis nach Stuttgart und Darmstadt hin drohte." Ebenso zu den Kölnern am 24. April 1895: „Die ganze Erwerbung des Elsaß und Lothringens geschah ja nicht aus Liebe..., sondern sie war für uns ein rein geographisches Bedürfnis, den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter wegzurücken, daß man sich wenigstens ausrüsten kann, ehe sie bis Stuttgart vordringen." In diesen wiederholten und bei großem Zeitabstand sich so auffallend gleich bleibenden Äußerungen darf man so etwas wie ein politisches Axiom erblicken, das höchst bezeichnend ist für die Bismarck eigentüm-

liche Art, politische Fragen vor allem geographisch zu betrachten. Wir dürfen also ohne weiteres annehmen, daß er 1870 in den Krieg gezogen ist in der festen Absicht, daß der Sieg dem deutschen Volk zugleich mit der Einheit den Besitz von Elsaß und Lothringen bringen müsse. Wenn er am 20. Dezember 1866 im Abgeordnetenhaus gesagt hatte: „Wir haben bei einem Kriege mit Frankreich, selbst bei einem glücklichen, nichts zu gewinnen,“ so weiß man, was man davon zu halten hat.

In Deutschland für die Eroberung von Elsaß und Lothringen Stimmung zu machen, war überflüssig. Wenn Bismarck das trotzdem unterstützte, wenn er auch die englischen Zeitungen in gleichem Sinne beeinflussen ließ — in den „Daily News“ vom 20. August stand z. B. eine Betrachtung, die unverkennbar auf Bismarck zurückgeht, daß die einzige Sicherheit gegen französische Rheingelüste die Wegnahme des Elsaß sei — so war die Absicht dabei, seine diplomatische Arbeit zu unterstützen, die schon überraschend früh eingesetzt hatte. Seinem König hatte er den Gedanken, die deutsche Grenze nach Westen vorzuschieben, amtlich zuerst am 14. August vorgetragen, also schon zu einer Zeit, wo auf dem Schlachtfeld noch keine Entscheidung gefallen war. Drei Tage nach der Schlacht bei Gravelotte, am 21. August, brachte er dem Kronprinzen von Sachsen den Gedanken in klug berechneter Fassung nahe. Der Krieg, sagte er, müsse positive Resultate ergeben, sonst würde das monarchische Prinzip geschädigt. Als solche bezeichnete er Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen. Diese Länder sollen im Besitz von Gesamtdeutschland verbleiben; dadurch werde sich ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lassen. Noch früher hatte er begonnen, das Ausland auf seine Pläne vorzubereiten. Recht schonend und vorsichtig geht er dabei zu Werke. Am 11. August schon hatte Busch eine chiffrierte Depesche zu diktieren — er sagt nicht, wohin, aber man errät, daß Petersburg die Adresse ist —, „man werde sich unsererseits mit dem etwaigen Sturze Napoleons nicht begnügen können“. Am 15. August wurde er deutlicher. Da sah Busch „ein nach Osten bestimmtes Telegramm, in welchem es hieß, daß wir, ‚wenn es Gottes Wille‘, das Elsaß behalten würden“. Am 30. August schrieb der König selbst darüber an den Zaren. Dann kam die Schlacht bei Sedan, die Gefangennahme Napoleons, der völlige Zusammenbruch des bonapartistischen Kaisertums. Nun wurde es Zeit, offen mit den geforderten Friedensbedingungen hervorzutreten. Am 6. September sagte Bismarck zu Keudell: „Wir werden nun bald daran denken müssen, die Mächte darauf vorzubereiten, daß wir ohne Straßburg und Metz nicht Frieden machen können. Nicht um Elsaß und

Lothringen wieder an Deutschland zu bringen, sondern nur, um den Franzosen einen neuen Angriffskrieg zu erschweren, müssen wir die beiden Festungen besitzen... Der König hat auch schon... in diesem Sinne an den Kaiser von Rußland geschrieben, um ihn vertraulich vorzubereiten; wir werden aber bald auch amtlich an Rußland und die anderen Mächte herangehen müssen.“ Daraufhin entwarf Keudell zwei Rundschreiben an die preußischen Vertreter im Ausland „über die unerläßlichen Basen des Friedens“. Nachdem Bismarck sie durchgesehen, gingen sie am 13. und 16. September ab. Im ersten hieß es, man sei „gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat... Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.“ Im zweiten Rundschreiben wurde das deutlicher gemacht: „Solange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Einfallspforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter.“

Die Welt war schon gut vorbereitet, als sie am 6. September die erste Willensäußerung der neuen republikanischen Regierung Frankreichs erfuhr: „Nicht einen Zollbreit von unserem Lande, nicht einen Stein von unseren Festungen treten wir ab!“ Die Antwort gab das europäische Orakel von damals, die „Times“, in einem Leitartikel vom 8. September. Sie erklärte, die Abtretung von Elsaß und Lothringen und die Zahlung von 40 Millionen Pfund Sterling wären maßvolle Friedensbedingungen, denen Frankreich gut täte sich zu unterwerfen. Die provisorische „Regierung der nationalen Verteidigung“ in Paris glaubte selbst auch nicht, was sie sagte. Sie meinte nur, dem französischen Empfinden diese Pose schuldig zu sein. Ihre Erklärung vom 6. September sollte der Prolog zu der heroischen Notwehr sein, die sie zu — spielen gedachte. Denn etwas anderes haben die Klügeren unter den Regenten von damals nicht bezweckt, als sie ihr geschlagenes Land noch einmal in einen Kampf, einen militärisch vollkommen aussichtslosen Kampf peitschten. Zeit wollten sie gewinnen, in der Hoff-

nung, daß schließlich doch das Ausland sich einmischen und sie retten werde.

Sie richteten dabei ihre Blicke nach verschiedenen Seiten. Jules Favre und sein Gehilfe Chaudordy, wohl der fähigste diplomatische Kopf unter ihnen, schauten nach England, Thiers rechnete auf Rußland. Dieser siegte und setzte es durch, daß die Aktion, die er in persönlicher Rundreise an die Höfe Europas unternahm, wesentlich auf das Eingreifen Rußlands abzielte. Es ist heute müßig, darüber nachzusinnen, ob das umgekehrte Verfahren nicht richtiger gewesen wäre. Es wäre aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso erfolglos geblieben wie das Unternehmen von Thiers. Denn nur ein geeintes Europa hätte sich erlauben können, dem Sieger in den Arm zu fallen, die Großmächte aber waren nichts weniger als einig. Nur Österreich unter Beust und in Italien die geschworenen Franzosenfreunde, wie König Victor Emanuel, waren bereit, Frankreich zu helfen. In London empfand man eine stille Genugtuung, den alten Rivalen und verdächtigen Freund so gründlich geschwächt zu sehen, und in Petersburg ersah man alsbald die glänzende Gelegenheit, das eigene Interesse zu fördern, indem man den Pariser Frieden von 1856, den England und Frankreich gemeinsam diktiert hatten, zerriß. In dem Augenblick, wo Fürst Gortschakow am 29. Oktober den Mächten ankündigte, daß Rußland sich unter den veränderten Verhältnissen nicht mehr an den Vertrag gebunden fühle, der ihm das Halten von Kriegsschiffen auf dem Schwarzen Meere verbot, war zwischen Rußland und England die offene Spaltung da und die Gefahr eines Dazwischentretens neutraler Mächte in der deutsch-französischen Auseinandersetzung bis auf weiteres gehoben.

Die Schwierigkeit bestand jetzt darin, den Partner zu finden, mit dem man Frieden schließen konnte, oder vielmehr, der auf die geforderten Bedingungen den Frieden schließen wollte. Bismarck wäre am liebsten mit Napoleon handelseinig geworden. Er hat ihm gleich bei der Gefangennahme eine Andeutung darüber gemacht, und als Napoleon ablehnte, nicht aufgehört, im geheimen und in unverbindlicher Weise mit der Kaiserin und ihrem Anhang zu verhandeln. Noch Ende Januar war er nicht abgeneigt, Napoleon in Frankreich wieder zur Macht zu verhelfen, ja er hielt seine Rückkehr damals einen Augenblick sogar für wahrscheinlich[1]). In jedem Falle leistete ihm der Kaiser den unschätzbaren Dienst, gegenüber den republikanischen Machthabern als Schreckmittel zu wirken. Allemal wenn sie mit ihm unterhandelten, erschien

[1]) Freilich ließ er am 30. September an Bamberger schreiben, er habe ihm mehr politischen Scharfsinn zugetraut, als zu glauben, daß man wirklich Napoleon wieder auf den Thron setzen wolle (Busch, 30. Sept.). Diese Widersprüche zeigen sein Schwanken gegenüber der ungewissen Lage.

gleichzeitig auch ein Abgesandter von Chislehurst oder Wilhelmshöhe auf der Bildfläche. Schließlich aber mußte man sich doch mit den Republikanern abfinden, die nun einmal in Frankreich tatsächlich regierten.

Wir können hier die Verhandlungen übergehen, die nach zwei vergeblichen Anläufen im September und Anfang November, nach Belagerung und Beschießung von Paris, am 28. Januar 1871 zur Übergabe der Hauptstadt und zum Abschluß eines Waffenstillstands von drei Wochen führten. Der Waffenstillstand sollte die Möglichkeit zur Wahl einer Volksvertretung in Frankreich und Bildung einer regelmäßigen Regierung geben, mit der man abschließen konnte. Die bisherige Regierung war ja nur provisorisch und hatte keinerlei nachweisbaren Auftrag; sie hatte sich beim Umsturz der Kaiserlichen Gewalt im September sozusagen selbst ernannt. Sie war außerdem in der Frage, auf die es ankam, gespalten: Favre und Genossen, die alle Leiden der Belagerung in Paris gekostet hatten, erkannten die Dinge, wie sie waren, und waren bereit zur Unterwerfung unter das Schicksal. Hinter ihnen stand der bedeutendste staatsmännische Geist, den Frankreich damals hatte, der greise Thiers, der den Krieg schon im September für hoffnungslos und töricht gehalten hatte. Gambetta dagegen und die Seinen in Bordeaux, die „Delegation“, zeigten sich noch jetzt entschlossen, den Krieg bis zum Äußersten fortzusetzen, um die Abtretung zu vermeiden. Es war zugleich und im Grunde wohl noch mehr eine Frage der zukünftigen inneren Politik: mit Gambetta hätte die radikale Republik gesiegt, mit Thiers die gemäßigte Richtung, und es blieb in diesem Falle noch unentschieden, ob Frankreich nicht in irgendeiner Form zur Monarchie zurückkehren würde. Tatsächlich machte Gambetta auch den Versuch, sich die Macht zu sichern, indem er in einem Dekret vom 31. Januar eigenmächtig von dem Recht der Wahl zur Nationalversammlung alle Personen ausschloß, die unter dem Kaiserreich irgendeine staatliche Funktion ausgeübt hatten. Wenn es dabei blieb, war die Aussicht auf den Frieden gestört. Darum griff Bismarck ein. Gestützt auf den Wortlaut des Waffenstillstandsvertrags erklärte er, eine Versammlung, die nach dem Dekret Gambettas gewählt wäre, würde er nicht als Vertretung Frankreichs anerkennen. Damit war der Sturz des Tribunen erzwungen. Am 4. Februar legte er sein Amt nieder und überließ den Gemäßigten das Feld. Die Wahlen ergaben eine große Mehrheit für den Frieden, wie ihn der Sieger gebot. Thiers trat an die Spitze der Regierung und erhielt von der Nationalversammlung unbegrenzte Vollmacht. Am 20. Februar abends traf er in Paris ein, am 21. begannen im deutschen Hauptquartier zu Versailles die Verhandlungen, an denen als zweiter Delegierter Jules Favre teilnahm. Auf deutscher Seite erschien Bismarck allein.

Er befand sich in einer Stellung, wie sie nur ganz selten in der Geschichte einem Staatsmann beschieden ist. Die Gründung des Deutschen Reiches war vollzogen, das Kaisertum verkündigt, eines wie das andere vom Ausland ohne jedes Besinnen sofort anerkannt worden. Indem die Regierung Frankreichs mit der Regierung des deutschen Kaisers vorbehaltlos zu verhandeln bereit war, vollzog auch sie die Anerkennung stillschweigend. Der Erbfeind selbst, der Hauptgegner der deutschen Einheit, unterwarf sich als Besiegter. Über Ludwig XIV. und Napoleon I. hatte Bismarck triumphiert. Er stand auf dem Gipfel der Erfolge, als er die Verhandlungen über den Frieden begann. Es sah aus, als könnte er die Bedingungen buchstäblich diktieren.

Es kam anders. Bismarck hat den Frieden nicht diktiert; so, wie er ihn am 26. Februar unterzeichnete, hat er die deutschen Forderungen nicht erfüllt. Wir brauchen sie nicht zu wiederholen: sie lauteten auf Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz. So waren sie von Anfang an formuliert worden, nicht das mindeste Schwanken läßt sich in den öffentlichen Äußerungen Bismarcks bemerken[1]), auch nicht die mindeste Andeutung, daß unter dem Elsaß etwas anderes zu verstehen sei als das ganze Gebiet, das in der Geschichte und im gleichzeitigen Sprachgebrauch des französischen Staates diesen Namen führte, also mit Einschluß der Stadt und Festung Belfort. Um jeden Zweifel an der Absicht zu heben, genügt die Karte, die bei den Friedensverhandlungen zugrunde gelegt wurde. Sie war seit dem September fertig und zeigte die künftige Grenzlinie, so wie man sie auf deutscher Seite verlangte, mit grüner Farbe eingezeichnet. Diese Linie umfaßte die beiden französischen Departements Oberrhein und Niederrhein (Oberelsaß und Unterelsaß) und die (lothringischen) Kreise Metz, Diedenhofen, Saargemünd, Chateau-Salins und Saarburg. Die Linie ist im Friedensschluß von Versailles nicht verwirklicht worden; ein kleines Mehr, das in Lothringen erworben wurde — es handelte sich um die Friedhöfe der Schlachten von Metz — hatte keine politische Bedeutung. Dafür wurde Belfort ausdrücklich von der Abtretung ausgenommen. Der Wortlaut der Urkunde läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um ein Zugeständnis, ein Zurückweichen Deutschlands handelt. Es heißt in Artikel I nach einer genauen Beschreibung des künftigen Grenzzuges: „Die Grenze ist, so wie sie vorstehend festgesetzt ist, mit grüner Farbe auf zwei gleichen Exemplaren der Karte von den „Gebietsteilen, welche das Generalgouvernement des Elsaß bilden“, vermerkt, die im

---

[1]) Thiers hat freilich behauptet, bei einer früheren Begegnung am 4. November habe Bismarck ihm Aussichten gemacht, daß er den König bewegen werde, auf Metz zu verzichten. Ich bin mit Sorel der Meinung, daß dies nur eine unverbindliche Redensart gewesen sein kann, die Thiers falsch auffaßte.

September 1870 in Berlin durch die geographische und statistische Abteilung des Großen Generalstabes veröffentlicht worden ist... Die angegebene Grenzlinie hat indessen mit Übereinstimmung beider kontrahierenden Teile folgende Abänderungen erfahren: im ehemaligen Mosel-Departement werden die Dörfer Marie aux Chênes bei St. Privat la Montagne und Vionville, westlich von Rezonville, an Deutschland abgetreten. Dagegen werden die Stadt und die Festungswerke von Belfort mit einem später festzusetzenden Rayon bei Frankreich verbleiben."

Über den Verlauf der Verhandlungen, die dieses Ergebnis zeitigten, besitzen wir, da sie durchweg mündlich geführt wurden, nur die späteren Erzählungen der Beteiligten. Bismarck hat sich darüber in einer Rede im deutschen Reichstag am 11. Januar 1887 geäußert, und es ist begreiflich, daß seine Worte die in Deutschland herrschende Vorstellung vorzugsweise beeinflußt haben. Sie lauten:

„Es war Herr Thiers, der mir sagte: ‚Eines können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen.' Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von diesen bekamen. Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genötigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militärischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir sitzenden Freunde (gemeint ist Moltke) besprochen: Können wir darauf eingehen, eins von beiden zu missen? — und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort ja! Metz ist 100000 Mann wert; die Frage ist die, ob wir 100000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht, oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz!" Diese Darstellung hält keine Prüfung aus, sie ist im wesentlichen unrichtig. Bismarck hat sie zwar später sehr lebhaft verteidigt und sich darauf berufen, daß der vor ihm sitzende Feldmarschall Moltke ihm zweifellos „in irgendeiner, wenn auch schonenden und höflichen Form entgegengetreten sein würde", wenn er etwas Falsches gesagt hätte[1]). Aber das kann nicht überzeugen. Moltke konnte mehr als einen Grund haben, die Darstellung Bismarcks hingehen zu lassen, selbst wenn er ihre Unrichtigkeit sofort durchschaute. Er konnte ebensowohl sich seiner eigenen Erinnerung — nach 16 Jahren, in einem Alter von 86 Jahren! — nicht mehr sicher genug fühlen, um öffentlich zu widersprechen. Sein Schweigen be-

[1]) Hamburger Nachrichten 9. Januar 1893 (Hoffmann, Fürst Bismarck 1890 bis 1898, Bd. 2, S. 193).

deutet also durchaus keine Bestätigung der Darstellung Bismarcks. Dagegen erweisen Bismarcks Angaben sich als vollkommen unvereinbar mit dem, was wir von französischer Seite erfahren[1]).

Von dieser Seite besitzen wir die Darstellung, die Jules Favre in seiner Geschichte der „Nationalen Verteidigung" gegeben hat[2]), nebst den Aufzeichnungen von Thiers, die nach allem, was man erkennen kann, überarbeitete Tagebuchnotizen sind[3]). Beide Zeugen stimmen in allem Wesentlichen durchaus überein, nur schmückt Favre die Dinge rhetorisch stärker aus als der im ganzen sachlichere Thiers. Danach ist es ausgeschlossen, daß der Hergang so gewesen sei, wie Bismarck ihn 16 Jahre später dargestellt hat. In keinem Augenblick der Verhandlungen hat Thiers die Alternative „Metz oder Belfort" gestellt, niemals hat Bismarck sich gezwungen gesehen, unter beiden Plätzen einen zu wählen, da er beide nicht bekommen konnte. Deswegen mögen Einzelheiten, wie z. B. Moltkes Äußerung, Metz sei im Kriegsfalle 100 000 Mann wert, immerhin richtig sein[4]). In der Hauptsache aber ist das Bild nicht richtig, in der Hauptsache ist Bismarck das Opfer einer höchst natürlichen Gedächtnistäuschung geworden, als er erzählen wollte, wie er dazu gekommen war, auf Belfort zu verzichten und Metz zu behalten.

Der wirkliche Verlauf der Verhandlungen war in Kürze folgender. Am 21. Februar hat Thiers die erste Besprechung mit Bismarck, der ihm mitteilt, was Deutschland fordert: Abtretung von Elsaß und Lothringen, Zahlung von 6 Milliarden Franken, Besetzung von Paris durch die deutschen Truppen, bis der Vertrag durch die Nationalversammlung in Bordeaux ratifiziert wäre. Thiers wehrt sich in allgemeinem Gespräch gegen diese Bedingungen; er hofft beim König persönlich ihre Milderung zu erwirken, wird auch am 22. Februar empfangen, aber ohne jeden Erfolg. Der König lehnt es ab, Geschäfte

---

[1]) In der anonymen Schrift „Bismarck in Versailles" (1886) wird S. 263 eine angebliche Äußerung Bismarcks aus dem Jahre 1878 verwertet: „Damals war Frankreich in unsern Händen, Paris war niedergeworfen, die Kommune im Anzuge, alles war aus Rand und Band. Wäre ich ein Ignatjew gewesen, so hätte ich die Picardie und Champagne verlangt. Daran dachte aber niemand, und selbst als man in mich drang, mit Metz zugleich auch Belfort zu nehmen, widerstand ich und sagte: Nein, Belfort ist in den Händen der Franzosen geblieben, und darin muß es gelassen werden." Nicht ein Wort davon ist richtig. Die Äußerung kann nicht echt sein.

[2]) Gouvernement de la défense nationale, Bd. 3 (1875), S. 89 ff.

[3]) Notes et souvenirs (1903), S. 109 ff. Wann diese Aufzeichnungen die Form erhalten haben, in der sie herausgegeben wurden, ist nicht angegeben und vermutlich nicht mehr festzustellen. Einzelheiten mögen ungenau sein, in der Hauptsache dürften sie Glauben verdienen, wie schon die allgemeine Übereinstimmung mit Favre zeigt. An einer Stelle werden sie überdies durch Abeken bestätigt.

[4]) Der Verdacht liegt allerdings nahe, daß auch dieser Ausspruch nicht damals, sondern viel früher, spätestens in den ersten Septembertagen gefallen ist (vgl. unten S. 82).

mit ihm zu verhandeln. Etwas günstiger ist der Eindruck beim Kronprinzen, den Thiers ebenfalls aufsucht. Darauf geht er zu Bismarck, um die Besprechung fortzusetzen. Es handelt sich dabei zunächst um Metz und die 6 Milliarden. Thiers will Deutsch-Lothringen hergeben, aber Metz sucht er als ganz französische Stadt zu retten, und 6 Milliarden zu zahlen erklärt er für vollkommen unmöglich. Der Einmarsch der deutschen Truppen in Paris scheint bereits zugestanden; davon ist nicht mehr die Rede, so sehr die Franzosen ihm anfangs widerstrebt hatten. Der 24. endlich ist der entscheidende Tag. In der Geldfrage gibt jetzt Bismarck gleich zu Anfang nach: aus den sechs Milliarden werden fünf, und diese werden bewilligt. Auch Metz ist von den Franzosen innerlich schon aufgegeben, Thiers liefert in diesem Punkte nur noch ein Rückzugsgefecht. Dafür aber setzt er nun alle Kraft ein, um wenigstens Belfort für Frankreich zu erhalten. Zweieinhalb Stunden hat er darum gekämpft mit dem Aufgebot seiner ganzen Beredsamkeit. Im stillen gibt er sich keiner Täuschung darüber hin, daß er sich werde unterwerfen müssen, wenn der Gegner fest bleibe. Aber er versteht es, sich nichts davon merken zu lassen, indem er wiederholt erklärt, er werde einen Frieden, der die Abtretung von Belfort enthalte, nicht unterzeichnen. Er droht keineswegs mit Fortsetzung des Krieges, denn er weiß selbst, daß sie unmöglich ist, und verspricht sich deshalb von dieser Aussicht keine Wirkung. Aber er droht mit passivem Widerstand: „Ihr wollt Frankreich zugrunde richten, in seinen Finanzen, in seinen Festungen! Gut, so nehmt es lieber, verwaltet es, erhebt die Steuern! Wir ziehen uns zurück, und ihr werdet es zu regieren haben im Angesicht Europas, wenn Europa es erlaubt.“ Und nachher: „Ich unterzeichne sofort, wenn ihr mir Belfort zugesteht. Wenn nicht, so bleibt nichts übrig, nichts als die letzten und äußersten Konsequenzen, welcher Art sie auch seien.“ Da hat denn Bismarck schließlich nachgegeben. Er erklärt sich bereit, beim König für den Verzicht auf Belfort zu wirken.

Die Entscheidung hängt bei einer so rein militärischen Frage von Moltke ab. Sowohl dieser wie der König sind ausgegangen. Es vergehen Stunden, ehe sie zurückkehren[1]. Bismarck hat unterdessen gespeist, die Franzosen haben seine Einladung abgelehnt und gewartet. Er kommt wieder; der König ist zurück, will aber ohne Moltke nichts entscheiden. Endlich wird Moltke gemeldet, und Bismarck hat mit ihm eine Besprechung unter vier Augen. Den Franzosen währt es lange, bis er erscheint, „mit befriedigter Miene“: Moltke ist gewonnen, er

---

[1]) Hier ist es, wo die Berichte von Thiers und Favre durch Abekens Zeugnis gestützt werden, der den König aufzusuchen hatte.

will auch den König herumkriegen. Nochmals drei Viertelstunden Wartens. Moltke kehrt zurück, Bismarck geht hinaus und bespricht sich ziemlich lange mit ihm. Dann erscheint er in der Tür: „Was ziehen Sie vor, den Einzug der deutschen Truppen in Paris, oder Belfort?" Ohne mehr als einen Blick mit Favre zu wechseln, ruft Thiers: „Belfort, Belfort!" Bismarck geht wieder zu Moltke hinaus, kommt zurück und teilt mit, daß der König auf Belfort verzichtet, wenn ihm dafür die Dörfer in Lothringen überlassen werden, in denen die Gefallenen aus den Schlachten bei Metz beerdigt sind. So ist man endlich um 9 Uhr abends einig[1]). Für den folgenden Tag bleibt nur noch die Regelung von Nebenfragen und die Redaktion des Ganzen übrig. Wie gewöhnlich dauert das sehr lange, und wie gewöhnlich haben beide Teile sich übereinander zu beschweren. Thiers sucht sehr begreiflicherweise noch im letzten Augenblick möglichst viel herauszuschlagen, und Bismarck, der schon tags zuvor leidend gewesen war, wird ungeduldig. Bei dieser Gelegenheit war es, daß er schließlich erklärte, er wolle lieber auf deutsch und durch einen Dolmetsch verhandeln. Abends ist der Vertrag vollendet, es fehlt nur noch die doppelte Ausfertigung, die bis zum nächsten Tage hergestellt wird. Am Sonntag, den 26. Februar, um 4 Uhr nachmittags, erfolgt die Unterzeichnung, an der neben Bismarck auch die Minister von Bayern, Württemberg und Baden teilnehmen.

Das ist die äußere Geschichte der Friedensverhandlungen von Versailles. Es ergibt sich aus ihr, daß die Preisgabe von Belfort erst ganz zuletzt erfolgte, als alle anderen Forderungen bereits zugestanden waren. Es ergibt sich weiter, daß der König und Moltke sich gegen sie gesträubt und Bismarck ihren Widerstand nicht ohne Mühe besiegt hat. In diesen Besprechungen unter vier Augen mag wohl auch erwogen worden sein, ob man nicht lieber Belfort behalten und auf Metz verzichten solle. Aber keine Spur deutet darauf, daß diese Möglichkeit den Franzosen gegenüber auch nur erwähnt worden ist. Dagegen scheint der König bereit gewesen zu sein, auf den Einzug der Truppen in Paris zu verzichten, wenn er Belfort bekäme; vielleicht daß ihm Bismarck diesen Gedanken, den er wohl von vornherein als aussichtslos erkannte, eingegeben hat, um ihm den allmählichen Verzicht auf Belfort zu erleichtern. Wie auch immer, Bismarck allein ist dafür verantwortlich, daß Belfort aufgegeben wurde. Er zuerst hat sich bestimmen lassen, diese Forderung fallen zu lassen, und er hat dann auch den König und Moltke dafür gewonnen. Beide haben unverkennbar widerstrebt. Wodurch es ihm gelungen ist, sie zu überzeugen, bleibt ein Geheimnis, da der Vorgang

---

[1]) Diese Stunde gibt Abeken an, Favre dagegen 8 Uhr. Thiers sagt, man habe Versailles um 1/2 10 verlassen.

sich unter vier Augen abgespielt und keiner der Beteiligten darüber Mitteilung gemacht hat. Aber wir sind doch in der Lage, den Gründen nachzugehen, die Bismarck selbst bewogen haben, zurückzuweichen und das Programm, das er seit einem halben Jahr festgehalten hatte, ganz zuletzt in einem wichtigen Punkte fallen zu lassen.

Dieses Programm war von allem Anfang an maßvoll gewesen, verglichen mit dem, was andere verlangten. General Gustav von Alvensleben z. B. wollte (am 23. August) ganz Nordfrankreich bis zur Marne behalten. Andere Generäle forderten noch bis zuletzt mehr, Roon z. B. zwei Drittel von Lothringen. Auch Bismarcks eigene Wünsche gingen im Anfang viel weiter als das, was er forderte. Im Gespräch mit Alvensleben gestand er: „Mein Ideal wäre eine Art Kolonie Deutschlands, ein neutraler Staat von 8—10 Millionen, wo es keine Konskription gibt, und dessen Steuern nach Deutschland fließen, soweit sie nicht im Innern gebraucht werden. Frankreich verlöre so die Gegenden, wo seine besten Soldaten herkommen, und würde unschädlich." Busch, der diese Äußerung überliefert, bemerkt gewiß richtig, Bismarck scheine die Verwirklichung seines Wunsches nicht für möglich zu halten. In der Tat rechnet der ganze Plan, der die französische Geschichte von mehr als 600 Jahren, die ganze Zeit seit Philipp II. August, dem Schöpfer der französischen Einheit und Großmacht, ausstreichen will, nicht mit einem unübersteiglichen Hindernis, dem Vorhandensein von Paris, das immer für alle Franzosen die Hauptstadt schlechthin bleiben würde. Und doch hören wir Bismarck noch am 30. Januar angesichts der Möglichkeit, daß Gambetta den Waffenstillstand verwerfe, die Bemerkung machen: „Auch gut! Eine kleine Mainlinie in Frankreich wäre mir nicht gerade unangenehm!" Aber er hat doch nicht das mindeste getan, um eine solche Spaltung herbeizuführen, und wenn er es auch nicht ungern sah, daß aus dem Volke heraus weitergehende Forderungen laut wurden, „damit man wenigstens was Ordentliches bekommt, wenn auch nicht alles, was man fordert", so ist er doch in seinen verantwortlichen Handlungen niemals auch nur um eines Fingers Breite über das hinausgegangen, was er als Notwendigkeit für Deutschland ansah: die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz[1]). Wenn andere dafür eintraten, sich einen Teil der französischen Kolonien abtreten oder einige Kriegsschiffe ausliefern zu lassen, so hat er das keinen Augenblick in Erwägung gezogen. Er

[1]) Über die Stimmen in der deutschen Presse, die bereits im Anfang des Krieges der „Mäßigung" das Wort redeten, war Bismarck recht ungehalten und ließ sie durch Busch bekämpfen. „Sie werden mich noch zwingen, die Maaslinie zu verlangen", sagte er (Busch zum 30. Sept.).

durfte also schon der Wahrheit gemäß den französischen Unterhändlern versichern, daß er es für unpolitisch halte, Frankreich zur Verzweiflung zu treiben, daß er weitergehenden Forderungen in der Umgebung des Königs entgegengetreten sei und sich dadurch den Vorwurf zugezogen habe, er verliere die Schlachten, die Moltke gewonnen habe. Das erkannten schließlich auch die Franzosen an. Jules Favre stellt ihm das Zeugnis aus, er sei von allen Feinden Frankreichs vielleicht der am wenigsten feindselige. Was hat ihn nun bewogen, von dem Programm, das er für das Mindestmaß des Notwendigen gehalten und noch eben als maßvoll verteidigt hatte, im letzten Augenblick einen Schritt zurückzutreten?

Zunächst wird man nicht verkennen dürfen, daß ihm die Annexionen von Anfang an politisch keine Freude machten. Er hat sich dazu auch später bekannt. In der Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 sagte er: „Ich bin schon — ich muß das aufrichtig sagen — 1871 nicht sehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militärischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß.“ Hier hat ihn seine Erinnerung nicht getäuscht. Keudell berichtet eine Äußerung von ihm vom 6. September 1870: „Mir ist zwar die Erwerbung von Lothringen politisch unerwünscht; aber die Generale halten Metz für unerläßlich, da es den Wert von wenigstens 120000 Mann repräsentiert.“ Gegenüber Favre nannte er die gesamte Annexion eine peinliche Last, „une pénible corvée“, aber notwendig für die Sicherheit des deutschen Landes. Von diesem Gedanken hat er sich so vollständig überzeugt, daß er nicht viel später (29. September) durch Busch gegen „die Torheit deutscher Zeitungen“ schreiben läßt — gemeint war vor allem die „Kölnische“ —, „vor der Beanspruchung von Metz und Umgegend deshalb zu warnen, weil man dort französisch spreche“. Aber dann kamen doch auch für ihn Tage, an denen er geneigt war, anders zu urteilen. Der Krieg dauerte ihm zu lange, er wurde ungeduldig. Dazu kamen die Erfahrungen, die man mit der deutschen Verwaltung in den beanspruchten Gebieten schon während des Kriegszustandes gemacht hatte; es kamen die Wahlen zur Nationalversammlung, die jeden Zweifel darüber zerstreuten, daß die Bevölkerung dem Anschluß an Deutschland aufs heftigste widerstrebte. Da verstärkte sich auch bei Bismarck der Eindruck, daß diese Erwerbung „politisch unbequem“ war, und ließ den Wunsch entstehen, sie wenigstens in möglichst engen Grenzen zu halten. Allgemein war damals die Vorstellung, und auch Bismarck hat sie geteilt, daß die zu überwindenden Schwierigkeiten in dem französisch redenden Lothringen größer sein würden als im deutschen Sprachgebiet. Das hat sich bald genug als Irrtum herausgestellt. Im Grunde begreiflich:

Franzosen lassen sich nun einmal leichter regieren als Deutsche. Aber das wußte man damals noch nicht, und so versteht es sich wohl, daß man, wenn es galt, die Forderungen zu ermäßigen, zunächst an das ganz französische Metz dachte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bismarck kurz vor Beginn der Friedensverhandlungen sehr geneigt, ja, vielleicht darf man sagen, fast entschlossen gewesen ist, auf Metz zu verzichten. Er hat sich nach Bundesgenossen umgetan, die ihm helfen sollten, den Kaiser zu diesem Verzicht zu bestimmen, und hat dabei an den Kronprinzen und an den Großherzog von Baden appelliert. Am 10. Februar versicherte Abeken dem Großherzog, „Bismarck meine Metz nicht behaupten zu können. Er wolle die Gründe der Militärs für den Besitz der Festung nicht gelten lassen und sich mit der Schleifung der Werke begnügen, da man andere Orte als Grenzfestungen wählen könne." Der Kronprinz wird ihn dabei wohl unterstützt haben. Man hörte damals Worte von ihm, die annehmen lassen, er würde um eines schnellen Friedens willen zu jedem Zugeständnis bereit gewesen sein. Ob der Großherzog im gewünschten Sinne beim Kaiser gesprochen hat, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls zog Bismarck in den Beratungen den kürzeren, die Ansicht der Generale, d. h. vor allem Moltkes, siegte, und er mußte die Verhandlung mit der Forderung von Metz eröffnen. Der Widerstand, auf den er dabei stieß, scheint ihn noch einmal auf seine früheren Gedanken zurückgebracht zu haben. Er dachte damals auf Metz zu verzichten, wenn Thiers etwa die geforderten 6 Milliarden bewilligte. Am Abend des 21. Februar äußerte er bei Tisch: „Wenn sie uns eine Milliarde mehr geben, könnte man ihnen Metz vielleicht lassen. Wir nähmen dann 800 Millionen und bauten uns eine Festung ein paar Meilen weiter zurück, etwa bei Falkenberg oder nach Saarbrücken hin — es muß dort noch einen geeigneten Platz geben. Da profitierten wir noch bare 200 Millionen. Ich mag gar nicht so viele Franzosen in unserem Hause, die nicht drin sein wollen. Es ist mit Belfort ebenso, auch dort ist alles französisch. Die Militärs aber werden Metz nicht missen wollen, und vielleicht haben sie recht." Natürlich hatten sie recht. Den „geeigneten Platz", den es dort außer Metz noch „geben muß", gibt es eben nicht, weder bei Falkenberg noch bei Saarbrücken, ganz abgesehen davon, daß eine noch so gute Festung an einer dieser Stellen den Weg die Mosel abwärts ins Rheinland offen lassen würde, den Metz versperrt. Auch der jetzt in elfter Stunde auftauchende Gedanke, vom Kaiser von Rußland angeregt, vom Großherzog von Baden nur schüchtern vertreten, daß man Luxemburg statt Metz nehmen könne, wurde nicht ernsthaft verfolgt. Es blieb bei Metz, am 23. Februar war es auch von den Franzosen zugestanden.

Aber alle Gründe, die in Bismarcks Augen gegen Metz gesprochen

hatten, ließen sich ebenso auch gegen Belfort geltend machen. Auch hier war die Bevölkerung ganz französisch, auch hier sprach lediglich das militärische Bedürfnis für die Erwerbung. Und hier war der Widerstand der Franzosen scheinbar unüberwindlich, sie drohten die Friedensverhandlungen an Belfort scheitern zu lassen. Dieser Eindruck war falsch. Thiers sowohl wie Favre waren entschlossen, alles zu unterschreiben, was man ihnen diktieren würde. Sie waren sogar auf viel härtere Bedingungen gefaßt gewesen und atmeten heimlich auf, als ihnen weder ganz Lothringen noch eine Beschränkung der französischen Armee zugemutet wurde, wie sie gefürchtet hatten. Unter diesen Umständen bewies Thiers ein erstaunliches Maß von Charakterfestigkeit, Selbstbeherrschung und Geschicklichkeit, als er es verstand, zweieinhalb Stunden wie ein Verzweifelter für die Erhaltung von Belfort zu kämpfen, das er innerlich schon verloren gegeben hatte, und damit seinem Gegner die Vorstellung beizubringen, es handle sich wirklich um Sein oder Nichtsein[1]). Daß ihm dies gelang, erscheint allerdings heute, da wir in aller Ruhe die Lage prüfen können, auffallend. Hatte er doch sein Amt in Bordeaux am 19. Februar mit einer Rede angetreten, in der er sagte, es gäbe zurzeit „nur eine einzige, notgedrungene, notwendige, dringliche Politik“: sobald wie möglich dem Kriege ein Ende zu machen. Aber die Tatsache besteht: er wußte den Eindruck zu erwecken, daß er ohne Belfort nicht Frieden schließen werde. Unter diesem Eindruck hat Bismarck sich entschlossen, nachzugeben und erst Moltke, dann auch den Kaiser zum Verzicht willig zu machen. Nur so glaubte er den Frieden herbeiführen zu können, und der Friede war ihm wichtiger als der Besitz von Belfort.

In der augenblicklichen Kriegslage war dieser Entschluß nicht begründet. Frankreich war wehrlos, ernsthaften militärischen Widerstand konnte es nicht mehr leisten. Allerdings wäre eine Fortsetzung des Kampfes, besonders in den Formen, die er voraussichtlich angenommen haben würde, auch den deutschen Truppen nicht leicht geworden, bei denen sich schon hie und da eine gewisse Kriegsmüdigkeit zeigte. Aber um dessentwillen etwas zu opfern, was man für notwendig hielt, dazu lag doch kein Grund vor. Es fragte sich nur:

---

[1]) Favre, Gouvernement de la défense nationale, Bd. 3 S. 93: Il fallait traiter ou se battre. Se battre était impossible, il ne restait plus qu'un parti: celui de la soumission aux arrêts du destin. Ils étaient cruels, ils auraient pu l'être davantage. Nous avions craint de perdre toute la Lorraine, nous en conservions la majeure partie. Contrairement aux versions les plus accréditées des feuilles étrangères, on ne nous avait menacés d'aucune réglementation intérieure du chiffre de notre armée, d'aucune diminution de nos flottes. S. 103: Etait-il, en effet possible de rompre la négociation si, jusqu'au bout, Belfort nous avait été refusé? M. Thiers ne le pensait pas. Il agit cependant comme y étant décidé.

was ist notwendig? Daß militärische Rücksichten bei Bismarck nicht ganz so stark ins Gewicht fielen wie bei Moltke, läßt sich denken. Sein Urteil dem der militärischen Autoritäten unterzuordnen, war Bismarck überhaupt nicht geneigt. Er hat, wie man in engeren Kreisen weiß, zeitlebens geglaubt, daß an ihm ein Generalstabschef verloren gegangen sei, und vieles spricht dafür, daß er sich darin nicht täuschte. Das Zeug zu einem großen Feldherrn hatte er wohl. Dieses Gefühl machte ihn gegen die Aussprüche der Militärs vom Fach im allgemeinen skeptisch. Vollends wo die militärischen Entschließungen auf das politische Gebiet einwirkten. Hat er sich doch nicht gescheut, den ganzen Feldzugsplan seit dem 2. September wiederholt in Gegenwart Moltkes auf das schärfste zu tadeln. Dazu kam die andauernde gereizte Spannung, in der er sich seit Beginn des Krieges gegenüber den Spitzen der Armee befunden hatte und die schon im Herbst, dann nochmals gerade kurz vor Beginn der Friedensverhandlungen zu heftigen und sehr unerquicklichen Zerwürfnissen mit dem Chef des Großen Generalstabs geführt hatten. Man dürfte sich nicht wundern, wenn er nach allem, was vorausgegangen war, den Besitz von Belfort im Gegensatz zu den Genelälen nicht für so wichtig gehalten hätte, um seinetwegen die Friedensverhandlungen scheitern zu lassen[1]). Hat er doch noch am 27. Februar an seine Frau geschrieben: Wir haben „mehr erreicht, als ich für meine persönliche politische Berechnung nützlich halte". Eigentlich entscheidend aber war doch etwas anderes. Bismarck hat es selbst in der schon einmal angeführten Rede vom 11. Januar 1887 angegeben. Er nennt es die große Sorge vor der Einmischung „der Neutralen". Genauer hätte er sagen sollen: vor der Einmischung Englands.

In England hatte die öffentliche Meinung von Anfang an stark für das besiegte Frankreich Partei genommen. Sie folgte darin einem Instinkt, der schärfer war als die Erwägungen der liberalen Regierung, an deren Spitze Gladstone stand. Diese Männer sahen in Frankreich den alten Erbfeind, für dessen Bekämpfung England so oft die größten Anstrengungen gemacht hatte, das Frankreich der Vergangenheit, über dessen Sturz man sich heimlich freuen dürfe. Was sie nicht sahen, war das Deutschland der Zukunft, das eines Tages ein noch gefähr-

---

[1]) Marcks, Otto v. Bismarck, S. 135 sagt: „Er folgte den Offizieren". S. 136: „Der König und seine drei Großen hatten ihr Werk in wundervoller Gemeinsamkeit vollbracht." In dieser Fassung ist das schwerlich richtig. Liest man die gleichzeitigen Aufzeichnungen des Kronprinzen und vollends das noch nach 20 Jahren von Gift und Galle durchtränkte Kapitel „Versailles" in den „Gedanken und Erinnerungen", so scheint es, daß Bismarck den Offizieren nur sehr bedingt folgte, und daß die Gemeinsamkeit der drei Großen nichts weniger als wundervoll war

licherer Rivale werden konnte. Mit gekreuzten Armen wohnten sie dem Kampfe bei und verhinderten durch ihre Zurückhaltung, daß aus den geschäftigen Verhandlungen der unbeteiligten Mächte etwas anderes entstand, als eine Liga zur Wahrung der Neutralität. Darum ist die Darstellung, die Albert Sorel von der diplomatischen Geschichte des Krieges vom französischen Standpunkte aus gegeben hat, in ganzen Kapiteln nur eine beredte Anklage gegen England, das mit seiner gleichgültigen Haltung den Untergang Frankreichs verschuldet habe. Diese Haltung erklärte sich allerdings auch, wie wir wissen, aus der heimlichen, später offenen Spaltung der Großmächte wegen der orientalischen Frage. Aber diese Spaltung war eben im Begriffe, sich zu schließen, als die Friedensverhandlungen in Versailles begannen. Am 7. Februar hatte die Botschafterkonferenz in London sich vertagt, nachdem sie zu einer Einigung gekommen war. Am 13. März sollte sie wieder zusammentreten, um das Protokoll zu vollziehen. Inzwischen hatte auch Frankreich, das bis dahin durch das Ungeschick Jules Favres, freilich auch nicht ganz ohne Zutun Bismarcks, in London nicht vertreten gewesen war, einen Botschafter in der Person des Herzogs von Broglie dahin entsandt. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß dieser die Gelegenheit wahrnehmen würde, um für Frankreich offen und insgeheim zu werben und womöglich ein Einschreiten der Neutralen herbeizuführen. Ob ihm das nicht gelingen würde, konnte man nicht wissen. Bereits liefen aus Petersburg allerhand unerbetene gute Ratschläge ein: man möchte doch den Frieden nicht an einer elenden Geldfrage scheitern lassen, und ob es nicht besser wäre, Metz mit Luxemburg zu vertauschen[1]).

Mitten in diese Tage nun fiel eine Debatte im englischen Unterhause über die Haltung der Regierung gegenüber dem deutsch-französischen Kriege. Die Sprache der Abgeordneten war zum Teil äußerst heftig, sowohl gegenüber ihrer eigenen Regierung wie gegenüber Deutschland. Man hörte dabei Töne, daß man sich ganz in unsere Tage versetzt glaubt.

---

[1]) Es kann an dieser Stelle ganz auf sich beruhen, ob die Besorgnis vor neutraler Einmischung in den vorausgehenden Monaten bei Bismarck wirklich so groß gewesen war, wie er sie später, etwa in den „Gedanken und Erinnerungen", schildert. Diese Schilderung zeigt schon gegenüber der Bemerkung in der Rede von 1887 eine beträchtliche Steigerung. Bismarck war von Natur geneigt, derartige Gefahren ernster anzusehen, als sie verdienten. Die zunehmende Schwierigkeit der deutschen Auslandspolitik hat diese Neigung mit den Jahren immer stärker entwickelt, und in der Verbitterung nach dem Sturz wirkte das auch auf die Erinnerung trübend und entstellend zurück. Sein Verhalten im Herbst und Winter 1870 läßt von schweren Besorgnissen, soviel bis jetzt bekannt ist, wenig bemerken, und die Auffassung der Franzosen — man vergl. z. B. die aktenmäßige Darstellung von Sorel — würde sie denn auch als ganz unbegründet erscheinen lassen. Die Rolle, die Gortschakow dabei gespielt haben soll, ist ganz unverkennbar zurückdatiert, eine der bei Bismarck so gewöhnlichen rückwärtigen Spiegelungen.

Gladstone und sein Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, mußten sich alle Schande sagen lassen, weil sie mit ihrer „stoischen Gleichgültigkeit“, ihrer Auffassung der Neutralität, wonach „die Regierung nicht einmal eine Meinung haben dürfe“, bewirkt hätten, daß der Einfluß von „this country“ absolut gleich null geworden sei. „Wenn England,“ sagte der Chorführer Auberon Herbert, „in solcher Lage nicht furchtlos sprechen kann, wie mächtig auch die andere Nation sei, an die es sich wendet, so wäre es besser, seine diplomatische Vertretung aufzulösen und es der Presse und den Volksrednern zu überlassen, das auszusprechen, was dieses Land fühlt.“ Äußerst scharf sprach Sir Robert Peel. Er warf der Regierung vor, sie habe es dahin gebracht, daß die englische Politik überall verachtet sei. „Ich schäme mich bei dem Gedanken, daß bei der Lektüre dieses Blaubuchs jeder Leser den tiefsten Schmerz empfunden haben muß, wenn er sah, welches die Politik der Regierung war.“ Laut erhob er den Ruf nach einer Politik der starken Hand (resolute policy); er sehnte sich nach Palmerston. Hatte Herbert nur die deutschen Friedensbedingungen getadelt — er hasse die gegenwärtige deutsche Politik, habe aber zuviel Achtung vor dem deutschen Volk, um nicht zu wünschen, daß es vor dem Unrecht dieser Annexionen bewahrt bliebe, die kein Gewinn, sondern ein Danaergeschenk seien —, so machte Peel kein Hehl daraus, daß er die Einigung Deutschlands unter einer Militärdespotie für eine europäische Gefahr halte. „Sie kann für Europa nichts Gutes bringen! Ich glaube nicht, daß sie dauern wird; ich denke, die Zeit wird bald kommen, wo wir sie wieder weggefegt sehen werden.“ Ein dritter Redner, Sir Henry Hoare, meinte, das geeinte Deutschland sei in seiner despotischen Staatsform ebenso gefährlich, wie Frankreich jemals gewesen. Es wird eine ausgedehntere Küste erstreben, es wird Holland und Helgoland haben wollen. Wenn Frankreich vernichtet (annihilated) und Deutschland gestärkt würde, so wäre England in zehn Jahren gezwungen, ohne Bundesgenossen für seine freie Verfassung zu kämpfen. Ein vierter endlich, Cochrane, meinte wenigstens unter Berufung auf das Wort Talleyrands (1814) „Europa braucht zu seinem Glück ein großes und starkes Frankreich“: Wenn Preußen (!) Frankreich zu sehr demütige, würde die Grundlage für eine künftige große Gefahr gelegt. Der Antrag, den der erste Redner gestellt hatte, besagte: „Die Regierung hat die Pflicht, in Übereinstimmung mit anderen neutralen Mächten maßvolle Friedensbedingungen zu erwirken und jeden Vertrag zu verhindern, der die Unabhängigkeit Frankreichs gefährden oder die künftige Ruhe Europas bedrohen könnte.“

Gladstones Antwort war ruhig und überlegen. Sie zollte dem glänzenden Mut, der wunderbaren Organisation und dem großen

Führergenie der Deutschen alle Anerkennung, fand aber auch, je mehr Großmut der Sieger beweise, desto besser würde es nicht nur für Frankreich und Europa, sondern auch für ihn selbst sein. Für eine erfolgreiche Vermittlung könne der geeignete Augenblick plötzlich eintreten. Der Kern der Rede war wohl in folgendem andeutungsreichen Satz enthalten: „So weit unsere Kenntnis reicht, wünschen die Kriegführenden nicht, daß wir durch einen verfrühten Versuch ihnen aus der Hand nehmen, was sie, wie es scheint, und, wie mich dünkt, mit Recht, für ihr eigenes Vorrecht halten: nämlich ihre Absichten untereinander auszugleichen. Ich zweifle nicht, sie hegen die Hoffnung, daß, im Falle, daß ihre Absichten sich unvereinbar erweisen, für die guten Dienste der neutralen Mächte Raum sein wird; aber ich denke, es ist ihre Meinung, daß diese guten Dienste ihnen nicht vor der Zeit aufgedrungen, sondern für eine spätere Phase aufgespart werden sollten." Man erwarte wohl, Bestimmteres von ihm zu hören, aber in der gegebenen Lage scheine es ihm besser, zu wenig als zu viel zu sagen. Den Schluß der Rede bildete eine großartige Periode: „Es wäre eine große und edle Auszeichnung für dieses Land, wenn es, ohne sich durch sein menschliches Empfinden zu einer Überschreitung der Grenzen seines Rechtes hinreißen zu lassen, in die Urkunde seiner Großtaten schreiben könnte, daß es ihm gelungen sei, wo nötig, zur Milderung der notgedrungen schweren und strengen Bedingungen beizutragen, die am Ende des Krieges einem der edelsten Länder Europas auferlegt werden müssen." Das klang doch alles so, als sollte gesagt sein: die englische Regierung wolle zunächst abwarten, ob die Parteien sich einigten, wenn dies aber nicht der Fall sei, als Vermittlerin eingreifen und Deutschland zu einer Herabsetzung seiner Forderungen nötigen. Der gegen die Regierung gerichtete Antrag konnte also zurückgezogen werden, da die Regierung selbst in Aussicht stellte, ihm zu entsprechen.

Das war am 17. Februar geschehen. Man kann sich leicht denken, daß Bismarck noch einigermaßen unter dem Eindruck der Londoner Reden stand, als er vier Tage später die Verhandlungen mit Thiers begann. Scheiterten sie, so durfte er erwarten, daß England seine guten Dienste anbieten, vielleicht im Verein mit einer oder mehreren anderen Mächten sie aufdrängen werde. Der übliche europäische Kongreß war dann die leicht vorauszusehende Folge. Das mußte vermieden werden. Es galt also, wenn möglich, mit den Franzosen zu einer Einigung zu gelangen. Mißriet sie, kehrte Thiers unverrichteter Dinge nach Bordeaux zurück, so war die Lage des Siegers voraussichtlich übler als vorher. Diese Erwägung dürfte den Ausschlag gegeben haben; man kann sich denken, daß sie auch bei Moltke und dem König entscheidend

wirkte. Sie schien eine volle Bestätigung zu erhalten, als am 25. Februar die Nachricht eintraf, daß die englische Regierung auf Veranlassung des französischen Botschafters Vorstellungen wegen der übertriebenen Höhe der Kriegsentschädigung mache. Das war fürs erste noch harmlos, aber es konnte der Anfang einer ernsthafteren Intervention sein. Es war entschieden glücklich, daß Bismarck sofort antworten konnte, die ursprünglich geforderte Summe sei bereits herabgesetzt und bewilligt worden.

Daß man in London überhaupt weiter zu gehen gesonnen sei, war nicht sehr wahrscheinlich. Seitdem haben wir aus der Biographie Gladstones erfahren, daß er persönlich schon seit dem Herbst gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen hatte einschreiten wollen, daß er aber damit bei seinen Kollegen zweimal vollständig abgefahren war[1]. Das konnte man damals so genau nicht wissen, und es wäre begreiflich, wenn man sich in Versailles gesagt hätte: lieber den Frieden ohne Belfort, ehe die Engländer sich ernstlich einmischen! Wir würden das auch heute als richtig anerkennen, wüßten wir nicht durch das eigene Geständnis der Franzosen, daß sie gar nicht gewillt waren, das Friedensgeschäft an der Abtretung von Belfort scheitern zu lassen. Da wir aber dies wissen, können wir nicht anders als urteilen, daß Bismarck, objektiv betrachtet, einen Fehler gemacht hat, als er den Franzosen Belfort beließ. Er war durch Thiers' persönliche Haltung getäuscht worden wie ein Kartenspieler, der nach der Miene seines Gegners einen Trumpf fürchtet, den jener gar nicht hat. Es ist schlechterdings nicht zu leugnen: der kleine Thiers, der nach Bismarcks Urteil „kein Diplomat" war, hat den großen Diplomaten Bismarck in einer Einzelheit besiegt[2].

Daß mit der Preisgabe von Belfort ein Fehler gemacht worden sei, hat man in der ersten Zeit nach dem Kriege in unterrichteten Kreisen, keineswegs bloß in militärischen, oft hören können. In die Presse ist diese Kritik erst gedrungen im Jahre 1892 aus Anlaß der Caprivischen Militärvorlage. Gegen die offenen oder versteckten Vor-

---

[1]) Gladstones Verhalten in dieser Frage ist typisch für die harmonische Mischung von Idealität und Egoismus, die ihn wie so viele Engländer kennzeichnet. Er sah in der Annektierung einer Bevölkerung gegen ihren Willen ein Unrecht und zugleich einen Präzedenzfall, der in Belgien oder im Orient den englischen Interessen schädlich wirken könnte!

[2]) Es ist denn auch kaum richtig, wenn Marcks, Otto v. Bismarck, S. 136, angesichts der bekannten und feststehenden Tatsachen sagt: „Seine (Bismarcks) Überlegenheit gerade damals war riesengroß; was er wollte, errang er ganz". Die Franzosen hatten durchaus nicht diesen Eindruck, und sie müssen es gewußt haben. — Das geringschätzige Urteil, das Hanotaux, Histoire de la France contemporaine, Bd. 1, S. 108 über Thiers als Unterhändler fällt, ist sehr ungerecht.

würfe, daß er im Gegensatz zu Moltke die Reichsgrenze geschwächt habe, Vorwürfe, die jedenfalls starke Übertreibungen enthielten, hat Bismarck sich damals in gereiztem Ton verteidigt. Freilich ist er dabei nicht immer in Einklang mit den Tatsachen[1]). Er hat bei dieser Gelegenheit unter anderem als „zweifellose Tatsache“ behauptet, Moltke habe 1871 „auf Anfrage des Auswärtigen Amtes“ Belfort „als ein unbedeutendes Hindernis“ bezeichnet, „vor welchem man unter Umständen eine Division und selbst weniger stehen lassen könne, um es unschädlich zu machen“. Das wird sich heute kaum mehr nachprüfen lassen[2]). Sollte der Feldmarschall wirklich so geurteilt haben — man kann es sich schwer denken und müßte vor allem den Zusammenhang seiner Äußerung kennen, um sie richtig zu würdigen —, so haben die Ereignisse inzwischen gelehrt, daß er nicht unter allen Umständen recht hatte. Belfort ist, wie sich seit dem August 1914 gezeigt hat, keineswegs „ein unbedeutendes Hindernis“, das man mit einer Division oder weniger im Schach halten kann, sondern ein gewaltiges Ausfalltor, von dem aus das Elsaß jeden Augenblick mit feindlichen Truppen überschwemmt und der Oberrhein bedroht werden kann, wenn nicht eine Armee zur Abwehr bereit ist. Bismarck ist also gründlich Lügen gestraft worden, wenn er 1893, als Caprivi diese Möglichkeit leise angedeutet hatte, ihm „Windbeutelei“ vorwarf. Eine große feindliche Festung unmittelbar an der Grenze, in einer so unvergleichlich begünstigten Lage, durch starken Bergwall auf der einen, neutrale Staatsgrenze auf der anderen Seite vor Umgehung geschützt, ist unter allen Umständen nicht nur ein schwer überwindliches Hindernis, sondern eine unmittelbare Bedrohung. Wie schwer diese Bedrohung im Laufe des gegenwärtigen Krieges zeitweilig gewesen ist, wird die Öffentlichkeit erst künftig erfahren. Was schon heute jeder-

[1]) Hamburger Nachrichten vom 9. und 16. Januar 1893 (Hoffmann, Fürst Bismarck 1890—1898, Bd. 2, S. 192 ff.). Es steht z. B. mit den Tatsachen in Widerspruch, wenn dort behauptet wird, zwischen Bismarck und Moltke habe nur einmal, wegen des Kaiser-Wilhelm-Kanals, dessen Bau Moltke verzögert haben soll, eine Meinungsverschiedenheit, aber nie eine persönliche Verstimmung bestanden. Jedermann weiß heute, daß die beiden Herren sich im Winter 1870/1 nicht einmal, sondern mehrfach völlig miteinander überworfen haben und daß die früheren guten Beziehungen zwischen ihnen infolgedessen nie wieder ganz hergestellt worden sind (vgl. Hans Delbrück, Bismarcks Erbe, S. 72). Daß dabei gerade auch die Frage nach Belfort eine Rolle gespielt hat, wurde damals in unterrichteten Kreisen bestimmt versichert und ist da, wo man unmittelbare Überlieferung hat, noch heute nicht vergessen. Abeken (S. 515) konstruiert wohl zu viel eigene Gedanken hinein.

[2]) Im Großen Generalstab sind, wie ich mich dank dem gütigen Entgegenkommen Sr. Exzellenz des Herrn Generalobersten v. Moltke überzeugen durfte, keine Akten über die Frage vorhanden. Nach Mitteilung von Exzellenz v. Blume, der 1871 Bureauchef bei Moltke war, kann es überhaupt keine geben, da die Verhandlungen durchweg mündlich geführt wurden.

mann weiß, ist, daß es kaum möglich ist, den Krieg ganz vom Boden des Reiches fernzuhalten, solange Belfort eine französische Festung ist.

Es handelt sich aber nicht einmal nur darum, die Grenzen des Reiches gegen feindliche Überschreitung zu schützen, sondern auch darum, nach Bedarf dem Angriff durch einen Gegenangriff wirksam zu begegnen oder zuvorzukommen. Das hat Graf Caprivi im Dezember 1892 im Reichstag kurz, aber einleuchtend ausgeführt: „Wir haben nicht das Bedürfnis und werden es niemals tun, einen Krieg mit einer politischen Offensive zu beginnen... Aber wir haben, unserer Tradition entsprechend, das Bedürfnis, in der Lage zu sein, einen Krieg strategisch offensiv zu beginnen, also mit anderen Worten, nicht zu warten, bis man den Krieg auf unseren Boden trägt, sondern, soweit wir es können, den Schauplatz auf feindlichen Boden zu verlegen." Bismarck hat darauf nur erwidert: „Daß eine defensive[1]) Kriegführung Deutschlands gegen Frankreich, solange wir im Besitz von Metz und Straßburg sind und solange die Deckung durch das neutrale belgische und luxemburgische Gebiet besteht, nicht... das linke Rheinufer, sondern allein ein Teil des Elsaß den Schutz der deutschen Truppen entbehren würde." Damit ist eigentlich alles zugegeben, was die Kritiker des Friedensschlusses von 1871 vom militärpolitischen Standpunkt aus geltend machen. Es kommt nach Bismarcks eigenen Worten darauf heraus, daß Frankreich im Besitze von Belfort und nach Ausbau seiner Festungslinie an der Maas gegen einen deutschen Angriff geschützt, selbst aber in der Lage ist, deutsches Gebiet, und zwar gerade das Gebiet, das es erobern will, zu besetzen. Und selbst das gilt nur, *solange für Deutschland die Deckung durch das neutrale belgische und luxemburgische Gebiet besteht.* Die Folgen dieser Lage kennt heute jedes Kind: die neutrale Flankendeckung hat nicht ewig standgehalten, und Deutschland hat sich nicht nur, wenn es im Kriege mit Frankreich überhaupt die Möglichkeit eines Sieges haben wollte, sondern schon zu seinem eigenen Schutz, eines Tages genötigt gesehen, die formalen Rechte neutraler Nachbarländer beiseite zu setzen und das ganze Odium eines scheinbaren Rechtsbruchs auf sich zu laden. Es hat auch so noch immer nicht die beste der strategischen Möglichkeiten gewonnen. Denn es liegt auf der Hand, daß eine deutsche Offensive, die ihren Ausgang von Belfort nehmen kann, erheblich leichtere und sicherere Aussichten bietet, als eine solche von Belgien her. Während man bei siegreichem Vordringen von Norden den Gegner auf seine rückwärtigen Verbindungen zurückdrängt und den Quellen seiner Widerstandskraft nur näher bringt, würde man ihm beides durch einen ge-

[1]) So! Es muß wohl heißen: „Daß bei einer defensiven".

lungenen Vorstoß von Belfort auf Dijon und Paris abschneiden und die Hauptstadt auf dem geradesten und bequemsten Wege bedrohen können.

Es mag wohl sein, daß man im Jahre 1871 auch an militärischen Stellen diese Gedanken noch nicht bis ans Ende verfolgt hat. Sie lagen damals gewiß nicht so an der Straße wie heute, wo wir es leicht haben, klüger zu sein, weil wir in die Schule herber Erfahrungen gegangen sind. Damals sah man sich noch nicht der schier unzerreißbaren Kette französischer Festungen und Sperrforts an der Mosel und Maas gegenüber. Toul und Verdun waren damals Plätze dritter Ordnung, Toul war schon nach einer halbtägigen Beschießung gefallen, Verdun, das man unterschätzt hatte, wehrte sich zuerst erfolgreich, kapitulierte aber freiwillig, als Vorbereitungen zu energischem Angriff getroffen waren. Daß der Schutz, den die Neutralität Belgiens dem Rheinland bot, einmal versagen könnte, das ahnte damals gewiß noch niemand, da hinter Belgien England stand, das man sich als tätigen Feind der Deutschen noch nicht vorzustellen gewohnt war. Und endlich ist es mehr als zweifelhaft, ob die verantwortlichen Stellen, Politiker wie Militärs, im Jahre 1871 mit der Möglichkeit, daß Deutschland, weil gleichzeitig im Osten angegriffen, bei einem Kriege mit Frankreich nicht seine volle Kraft werde einsetzen können, schon so weit rechneten, daß sie die Rüstung des Reiches darauf einrichteten. So erklärt es sich wohl, daß die berufenen Vertreter des Heeres nicht unbedingt auf dem Besitz einer Festung bestanden, die man allenfalls dem Gegner lassen konnte. So wird es sich auch erklären, daß bei der Umwandlung des Vorfriedens von Versailles in den definitiven Frankfurter Frieden die Bannmeile von Belfort auf das Drängen der Franzosen in einer Weise erweitert wurde, die den Fehler noch vergrößerte[1]).

Dennoch ist es nicht ungerecht und nicht ein billiger Treppenwitz, wenn man heute diese Gedanken geltend macht. Sie hätten auch damals schon auf deutscher Seite erwogen werden können, denn bei der Gegenpartei war wenigstens ihr Keim vom ersten Augenblick an vorhanden. Thiers wußte sehr wohl, warum er für Belfort kämpfte wie die Löwin für ihr Junges. „Belfort, c'est notre frontière de l'Est", schreibt er in seinen Aufzeichnungen, oder „Belfort, le point le plus important de cette frontière." Allen Ernstes fürchtete er, die Deutschen könnten es mit Belfort machen, wie es einst die Engländer mit Malta gemacht hatten, nämlich die Auslieferung unter Vorwänden verweigern, und er ruhte nicht, bis er erreicht hatte, daß Belfort nicht

[1]) Insbesondere der Kanton Giromagny, der eine der beherrschenden Stellungen der Gegend besitzt, ist erst damals an Frankreich überlassen worden. Bismarck führte in Frankfurt die Verhandlung ohne militärischen Beirat

der letzte Platz war, der geräumt wurde. Über die Bedeutung des Erfolges, der Thiers zu verdanken war, läßt sich Jules Favre in sehr bezeichnender Weise aus: „Außer dem unschätzbaren Gewinn, der preußischen Eroberung einige Meilen unseres Bodens und die Stadt entrissen zu haben, die sich durch eine ruhmreich ertragene Belagerung ausgezeichnet hat, gewannen wir eine kostbare Grenzlinie wieder; ein Schimmer des Trostes und der Hoffnung leuchtete in unserem Unglück." Der Sinn dieser Worte ist nicht mißzuverstehen: in dem Besitz von Belfort lag eine Möglichkeit, das Geschehene irgend einmal rückgängig zu machen, das Elsaß wiederzugewinnen.

Damit aber ist zugleich gesagt, daß der Verzicht auf Belfort auch im Sinne des Gedankens, der Bismarck bei dem Friedensschluß geleitet hatte, ein Fehler war. Bismarck hat sich oft und in mannigfachen Formen darüber ausgesprochen, warum er in Versailles nichts von der „Mäßigung" bewies, die man wegen Nikolsburg so sehr an ihm gerühmt hat; warum er auf der Ausnutzung des Sieges und den Annexionen unerbittlich bestand und alle Mahnungen zur Großmut kalt abwies. Es fehlte schon damals nicht an Leuten, die der Annexion widersprachen. Abgesehen von den Politikern der deutschen äußersten Linken, einem Jacoby, einem Bebel, die jede „Eroberung" verurteilten, abgesehen von den Engländern, die mit dem üblichen Augenverdrehen von einem „harten" Friedensschluß eine dauernde Gefährdung des europäischen Friedens befürchteten, und von den Dogmatikern, die sich vor jedem französisch redenden Reichseinwohner bekreuzten: eine Stimme wenigstens hat sich erhoben, die den Mut hatte, sich von dem allgemeinen Chor der öffentlichen Meinung zu trennen, nicht aus Vorurteil oder Ängstlichkeit, sondern in klarer Erkenntnis der schweren Konsequenzen, die diese Erwerbung für die europäische Stellung Deutschlands haben mußte. Im „Hamburgischen Korrespondenten" veröffentlichte der Livländer Julius Eckardt im Oktober 1870 eine Aufsatzreihe „Für und wider das elsaß-lothringische Projekt". Klarer als andere wies er nach, daß es sich hier um eine Annexion handle, die Deutschland mit Notwendigkeit in die gehässige Politik gewaltsamer Germanisierung drängen und vor allem den latenten Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich, die furchtbare Gefahr einer feindlichen Verbindung zwischen Frankreich und Rußland und damit die Abhängigkeit Deutschlands von Rußland zur unvermeidlichen Folge haben würde. Daß die Stimme dieses Predigers in der Wüste zu Bismarcks Ohren gedrungen sei, ist kaum anzunehmen. Aber daß er nicht von selbst auf die gleichen Gedanken gekommen sein sollte, mochte auch sonst niemand sie auch nur begreifen, das be-

haupten, hieße ihm zu nahe treten. Er wird sich ebensowenig wie sein baltischer Kritiker — der übrigens seinem Standpunkt sein Leben lang treu geblieben ist — darüber getäuscht haben, daß der Schritt, den er vorhatte, Deutschland auf unabsehbare Zeit zwischen zwei Feuer stellte: brannte auf der einen Seite offen der französische Rachewunsch, so schwelte auf der andern im geheimen die russische Eroberungsgier. Wollte man dem französischen Feuer ausweichen, lief man die höchste Gefahr, dem russischen zu nahe zu kommen. Es war kaum zu vermeiden, daß in dieser Lage die Rücksicht auf Rußland stets in der ersten Reihe aller politischen Erwägungen des Deutschen Reiches würde stehen müssen, und daß es selbst bei der äußersten Aufmerksamkeit vielleicht nicht immer gelingen würde, die volle Freiheit in der Wahrung der eigenen Interessen zu behalten. Daß dieser Zustand für Bismarck nicht verlockend gewesen sein kann, versteht sich von selbst. Aber er wich ihm nicht aus, und wir werden ihm auch heute, da wir die letzten blutigen Konsequenzen auszukosten haben, immer noch recht geben müssen. Was er so oft entwickelt hat, daß Frankreich in jedem Falle nach „Revanche" verlangen werde, ob es nun zu Abtretungen gezwungen würde oder nicht, und daß es sich folglich nur darum handeln könne, ihm die Erfüllung dieses Gelüstes so schwer wie irgend möglich zu machen, das wird heute noch mehr als vor 45 Jahren allgemein als richtig anerkannt.

Gewiß ist nicht zu leugnen, daß durch die Wegnahme von zwei wertvollen Provinzen das Rachebedürfnis ungeheuer gesteigert wurde. Aber ebenso sicher ist auch, daß durch diese Maßregel Deutschland stärker wurde als Frankreich, während es im umgekehrten Falle, so wie die Verhältnisse damals lagen, der schwächere Teil war, sobald Frankreich sich nur entsprechend anstrengte. Bismarck hat freilich, um die Annexionen im Ausland zu verteidigen, Elsaß und Lothringen gelegentlich als geringfügige und unwesentliche Provinzen hingestellt. Wenn Gegner übertreibend davon sprachen, Frankreich dürfe seinen Rang als unabhängige Großmacht nicht infolge einer so starken Verkürzung seines Gebietes verlieren, so machte er geltend, daß es ja durch die Einverleibung von Nizza und Savoyen 1860 um ebenso viel größer geworden sei, wie es jetzt aufgebe. Aber das kann er selbst nicht ernst gemeint haben. Er wußte am besten, daß man den Wert von Elsaß und Lothringen nicht nach dem Flächenraum und der Zahl seiner Bewohner bemessen durfte, daß dieses Land schon statistisch genommen das Zünglein an der Wage zwischen Frankreich und Deutschland bildete, insofern erst durch seine Einverleibung Deutschland das numerische Übergewicht der Bevölkerung über Frankreich erhielt, wogegen Frankreich an ihm eines seiner wenigen Industriegebiete verlor. Entscheidend

aber war und blieb doch die geographische Lage mit ihrer strategischen Wirkung: vom Elsaß aus beherrschte Frankreich den Süden Deutschlands, von Metz aus bedrohte es das Rheinland, auf dem Elsaß und Metz beruhte sein historisches Übergewicht über Deutschland und damit seine Führerstellung unter den Festlandsmächten Europas. Alles das verlor es jetzt; es mußte entweder es zurückzugewinnen suchen, oder seine Vergangenheit, seine Überlieferungen, seinen nationalen Stolz verleugnen. Aber alles das mußte es eben auch verlieren, wenn Deutschland frei werden sollte. Das Deutsche Reich mußte die französische Revanche in ihrer ganzen Schärfe und mit allem, was die Folge sein konnte, auf sich nehmen, wenn die deutsche Nation ihren Rang in Europa erhalten sollte. Auch für die auswärtige Politik war die Erwerbung Elsaß-Lothringens eine pénible corvée, aber eine unvermeidliche: „es blieb nichts anderes übrig" — so hat Bismarck selbst am 2. Mai 1871 im Reichstag sich ausgedrückt. Denn über allen andern Rücksichten stand ihm auch hier, wie 1864 bei der Abgrenzung gegen Dänemark, die militärische Notwendigkeit.

Um dieser militärischen Notwendigkeit willen hat Bismarck auch alle vermittelnden Vorschläge standhaft und rund abgewiesen. Es fehlte nicht an solchen, die sich mit Erhebung des Elsaß zum neutralen Staat oder Schleifung der Festungen begnügen wollten. Besonders in England wurden diese Gedanken lebhaft vertreten, auch vom Ministerpräsidenten Gladstone. Man braucht die Gründe, die dagegen sprechen, heute nicht zu wiederholen. Bismarck hat sie eingehend und einleuchtend in der Reichstagsrede vom 2. Mai 1871 entwickelt, und die Erfahrung hat ihm vollauf recht gegeben. Ein neutrales Elsaß-Lothringen wäre nur ein französischer Trabant und als solcher fast gefährlicher gewesen als die französische Provinz. Die „Servitut" der Schleifung von Straßburg, Metz und Belfort aber hätte kaum anders als die Annexion des Landes für die deutsche Politik eine stets verwundbare Stelle bedeutet, zweifellos hätte sich Frankreich bei der ersten für Deutschland ungünstigen Konstellation in Europa von dieser Fessel losgemacht und das auch sehr viel leichter durchgesetzt als die Eroberung eines abgetretenen Landes. Ja, es blieb wirklich nichts anderes übrig, als zu annektieren!

Eben im Zusammenhang dieser Gedanken war der Verzicht auf Belfort eine Schädigung der deutschen Interessen, die sich mit der Zeit immer deutlicher fühlbar gemacht hat. Wenn es auch kühn wäre, bestimmt zu behaupten — eine große Wahrscheinlichkeit spricht allerdings dafür —, daß Frankreich ohne Belfort den Gedanken an Revanche aufgegeben haben würde, so ist doch nicht zu bestreiten, daß der Besitz eines solchen Ausfallstores nach dem Elsaß und die damit verbundene

fast völlige Sicherheit vor einer deutschen Offensive, der Revanchelust die denkbar kräftigste Nahrung gegeben hat. Der Hoffnungsschimmer, den Jules Favre sogleich aufleuchten sah, ist mit der Zeit zum magischen Licht geworden, das die Blicke der Franzosen mit hypnotischer Gewalt anzog, so daß sie bald nicht mehr anders konnten, als nach der trouée de Belfort starren, bis zu dem Tag, an den die Welt in allen künftigen Jahrhunderten nur mit Schauder wird denken können: wo dieses Irrlicht in einem Strom von Blut und Tränen erlosch.

Bismarck hat, wie 1864 und 1866, so auch 1871 die Überzeugung gehabt, daß ihm sein Werk gelungen sei. Er hat sich in diesem Sinne am 12. Mai im Reichstag ausgesprochen: „Ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zugrunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch die Landabtretung gesichert.“ Er knüpft daran den Ausdruck der Hoffnung, „daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß wir die Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff gesichert zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen“. Später hat er selbst skeptischer geurteilt. Als ihm Georg Beseler einmal (23. März 1887) im Herrenhaus die Frage stellte, ob der Friede, den er mit der Kurie zu schließen im Begriffe sei, auch ein dauerhafter Friede sein werde, da machte ihn Bismarck darauf aufmerksam, „daß nichts in der Welt dauernd ist, weder die Friedensschlüsse noch die Gesetze; sie kommen und gehen, sie wechseln — tempora mutantur, et nos mutamur in illis... Wir tun eben unsere Schuldigkeit in der Gegenwart, rebus sic stantibus... ob es dauert, das steht bei Gott. Also für die Dauer übernehme ich keine Verantwortlichkeit.“ Und als einen Monat später (22. April) ein Abgeordneter im Landtag denselben Zweifel vorbrachte, wies er ihn geradezu auf den deutsch-französischen Friedensschluß hin: „Die Frage, ob ein Friede ewig dauern werde oder nicht, hat noch nie jemand in der Welt abgehalten, einen Frieden zu schließen. Wenn wir mit dem Frankfurter Frieden 1871 der Welt die Sicherheit hätten gewähren müssen, daß zwischen uns und Frankreich nie wieder ein Krieg entstehe, dann hätten wir allerdings den Frieden nicht schließen dürfen.“ Das sind Sophismen, an denen vielleicht ein wenig die Resignation des Alters, vielleicht auch die Enttäuschung gerade in bezug auf die Dauerhaftigkeit des Frankfurter Friedens beteiligt ist. In Wahrheit wird doch niemand leugnen, daß der Wert eines Friedens in erster Linie nach seiner Dauer und Festigkeit beurteilt werden muß. „Ein Friedensschluß“ — so hat Bismarck 1866 (am 22. Dezember im Landtag) gesagt — erfüllt niemals

alle Wünsche, wird niemals allen Berechtigungen[1]) gerecht —, ich kann sagen, selbst der glorreiche Friedensschluß, den uns die Vorsehung dieses Jahr hat machen lassen, läßt nach manchen Richtungen etwas zu wünschen übrig, was man als unerreicht bedauert. Nichtsdestoweniger ist es ein glorreicher Friedensschluß." Ohne Zweifel; man darf eben eine geschichtliche Handlung von solcher Tragweite, wie es ein Friedensschluß ist, nicht danach beurteilen, was sie für den Augenblick leistet und wie sie im Augenblick empfunden wird. Ihr Wert und ihre Bedeutung zeigt sich in ihrer Wirkung. Als einen vollkommenen Friedensschluß wird man darum nur einen solchen gelten lassen dürfen, der das Problem, um dessentwillen der Krieg geführt wurde, so vollständig löst, wie unter den gegebenen Umständen möglich ist. Ein solcher ist Bismarck im Jahre 1866 gelungen. Die Trennung Österreichs von Deutschland, die damals vollzogen wurde, ist endgültig gewesen, Österreich hat nicht mehr ernstlich versucht, sie rückgängig zu machen. Zugleich aber ist damals in glücklichster Weise der Grund gelegt worden für eine spätere, anders geartete Verbindung Österreichs mit Deutschland. Der Besiegte hat das Geschehene anerkannt, nicht nur gezwungen und für den Augenblick, sondern aus Überzeugung und für immer. Darum darf Bismarcks damaliges Werk schlechthin unübertrefflich genannt werden, obwohl infolge einer Verkettung von Umständen im Punkte der preußischen Annexionen nicht alle Wünsche erfüllt wurden.

Vom Frieden von Versailles und Frankfurt kann man nicht ganz dasselbe sagen. Das Problem, das hier gestellt war, die Befreiung Deutschlands vom französischen Übergewicht durch Schaffung fester militärischer Grenzen, ist nicht endgültig gelöst worden. Frankreich hat sofort zu erkennen gegeben, daß es auf seine alten Ansprüche nicht verzichtet habe, und es ist auf sie je länger desto entschiedener zurückgekommen. Seit 1880 ward es immer deutlicher, und seit 1891 hat es niemand mehr bezweifelt, daß Frankreich den Frieden von Frankfurt nicht anerkannte und nur auf die Gelegenheit wartete, ihn rückgängig zu machen. Daß es anders gekommen wäre, hätte der Friede anders gelautet, wird man nicht schlechthin behaupten dürfen, aber daß die Friedensbedingungen nicht den vollen Schutz dagegen boten, der nach den Umständen zu erlangen gewesen wäre, wird man ebensowenig leugnen können. Und darum kann der Friede von 1871 nicht als vollkommen gelungen gelten.

Daß er dessenungeachtet eine große Leistung war, bleibt unbestritten. In der Beurteilung der politischen Situation und des Gegners, in der Wahl der Richtung, die zum Ziele führen mußte, hat Bismarck sich

[1]) So! Lies „Forderungen"?

auch hier als der Staatsmann gezeigt, der an Klarheit der Erkenntnis und Sicherheit des Wollens allen anderen überlegen war. Wie breit war doch das Feld der Irrtümer auf beiden Seiten neben dem Wege, den er einschlug! Wie leicht hätte sich ein anderer, sei es durch die Aussicht auf künftige innere Schwierigkeiten von den notwendigen Annexionen abschrecken und auf die schlüpfrige Bahn der Neutralisation des Grenzlandes hindrängen, sei es zu einer noch schwereren Belastung des neuen Reiches mit fremden Bestandteilen durch übertriebene Eroberungen hinreißen lassen können! Zwischen diesen Abwegen nach rechts und links hat Bismarck die allein richtige Linie von Anfang an gewählt, und es bleibt nur zu bedauern, daß er sie nicht bis ans Ende verfolgt hat. Auch so hat er Großes erreicht. Es will doch wahrlich etwas sagen, daß Frankreich 43 Jahre hat warten müssen, ehe es wagte, ermutigt durch eine Gruppierung der europäischen Mächte, wie sie 1871 auch der kühnste Traum nicht ahnen konnte, ermutigt aber auch durch eine immer verkehrtere Behandlung des elsässischen Problems in der deutschen inneren Politik, die Hand an den Friedensvertrag von 1871 zu legen. Mit Recht durfte Bismarck an seinem 80. Geburtstag sagen: „Es ist — wenn ich auf irgend etwas stolz bin, so ist es dies — gelungen, den Frieden seit 25 Jahren zu erhalten, und es ist keine Aussicht, daß er in kurzer Zeit gestört werde.“ Aus den 25 Jahren sind 43 Jahre geworden, — eine lange Zeit fürwahr! Ohne den Frieden von Versailles wäre das nicht möglich gewesen. Er bildet die Voraussetzung einer Friedensepoche, wie sie das Abendland noch nie früher genossen hatte und vielleicht nie wieder genießen wird.

Schlußwort

Wir haben im Eingang von den Lehren der Geschichte gesprochen, um derentwillen es der Mühe wert sei, sich genaue Rechenschaft darüber abzulegen, wie der größte Staatsmann der neuesten Zeit Frieden geschlossen hat. Man wird uns nicht so verstehen wollen, als ob sich aus unserer Betrachtung so etwas wie eine Theorie der Friedensschlüsse nach Bismarck, ein Vademekum für Friedensunterhändler gewinnen ließe, oder gar, als ob man aus der Art, wie Bismarck es 1864, 1866 und 1871 gemacht, ersehen könnte, wie es in dem nächst bevorstehenden Falle gemacht werden müsse. Das geht schon darum nicht, weil Bismarck selbst jedesmal anders verfahren ist, so daß seine drei Friedensschlüsse gar nicht den gleichen Nenner haben. Um nur auf eins hinzuweisen: derselbe Mann, der 1864 noch nicht einmal in der Friedensurkunde eingestand, was er wollte, der 1866 die Welt mit der Gestalt, die er den Dingen gab, plötzlich überraschte, hat 1870 das Ziel fast vom ersten Tage an laut verkündigt. Wer darum etwa im Jahre 1916 einen Frieden zu machen und die Absicht hätte, sich nach Bismarck zu richten, der stände vor der Wahl, ob er sich den Wiener, den Nikolsburger oder den Versailler Bismarck zum Muster nehmen wollte. Deutlicher kann es kaum gemacht werden, daß die Geschichte kein Rezeptenbüchlein ist, daß die Erfahrungen der Vergangenheit, wie Schopenhauer überzeugend beweist, sich unmittelbar nicht verwerten lassen, weil die Wirklichkeit immer unter neuen, noch nicht dagewesenen Formen erscheint. Wohl gibt es Parallelen, Analogien, und es ist verführerisch, ihnen in Gedanken nachzugehen. Aber mehr als Ähnlichkeiten sind sie doch nie, und um aus der Vergangenheit eine Richtschnur zu gewinnen, deren Befolgung nicht ad absurdum führen soll, müßte mehr als bloß Ähnlichkeit, es müßte Gleichheit der Fälle bestehen.

Dennoch läßt sich aus der Vergangenheit lernen, aber in dem Sinne, wie es Jakob Burckhardt nennt: nicht um klüger zu werden für ein andermal, sondern um weise zu sein für immer. So kann man auch aus Bismarcks Beispiel Weisheit lernen, die nicht für diesen oder jenen Fall, sondern allgemein gilt. Es gibt auch allgemeingültige Wahrheiten, die sich aus seinen Friedensschlüssen erkennen lassen.

Die erste und oberste ist scheinbar ein Gemeinplatz; man kann sie mit Shakespeares Worten ausdrücken: „Nichts ist ohne Rücksicht gut." Was 1866 zwingende Notwendigkeit war, den Besiegten zu schonen, um ihn versöhnen und zum Freunde gewinnen zu können, wäre 1871 Torheit gewesen; was 1864 höchste Klugheit war, das Problem ungelöst zu lassen, das wäre in jedem anders gearteten Fall gedankenloser Leichtsinn.

Jeder Friedensschluß hat einen Januskopf, er beendet einen Abschnitt und eröffnet einen neuen. Der Laie ist nur zu geneigt, vor allem das erste Antlitz zu sehen. Ihm erscheint der Friede als das Ende des Krieges. Wer schärfer blickt, wird das Wesentliche auf der anderen Seite erkennen. Die Partie geht ja stets weiter, es gilt also nur, die günstigsten Plätze zu besetzen für die Fortsetzung. Im Friedensschluß nimmt der Sieger seine Aufstellung für neuen Kampf. Darin liegt die Schwierigkeit, die einen wirklich gelungenen Frieden so selten macht. Das Fazit aus abgelaufenen Begebenheiten ausrechnen, kann jeder Schuljunge; den Ansatz für ein neues weltgeschichtliches Exempel richtig zu machen, gerät nur dem Meister. Dazu gehört die Fähigkeit, die unter allen menschlichen Gaben die höchste und seltenste ist und die die lateinische Sprache darum so tiefsinnig mit dem Begriff der Gottheit verbindet: Divination. Wer einen Frieden richtig schließen will, muß in der Zukunft mit politischem Seherblick lesen können. Bismarck konnte es wie wenige.

Die Friedensschlüsse von Wien und Nikolsburg beweisen es am besten, jener im kleinen, dieser im großen. Hatte er dort den Lauf, den die Dinge nehmen würden, für die nächsten Jahre vorausgesehen, so ahnte er ihn hier für Menschenalter. Darum schloß er 1864 einen Frieden, der gar kein Friede, nur ein Waffenstillstand war und den Keim eines neuen, größeren Krieges in sich trug, darum verzichtete er 1866 auf die volle Ausnutzung der kriegerischen Erfolge. Auch 1871 hat sein Zukunftssinn ihn nicht verlassen. Richtig sah er voraus, daß das folgende Menschenalter vor allem die Aufgabe haben werde, das Errungene zu verteidigen, und daß es darum nur darauf ankäme, sich für die Verteidigung so stark wie möglich zu machen. Worin er sich täuschte, war nur das Maß der zur Abwehr nötigen und der zurzeit auch erreichbaren Mittel. Aber auch der Grund dieses Irrtums ist lehrreich: das Bedürfnis, Herr der Lage zu bleiben, allein zu bestimmen, was sein soll. Um diesen Vorzug nicht zu verlieren, hat er 1866 wie 1871 seine Forderungen ermäßigt; nur über die Notwendigkeit dazu befand er sich das zweite Mal im Irrtum.

Einen Ausspruch besitzen wir doch von ihm, der einigermaßen wie ein allgemeiner Lehrsatz, wie ein Dogma des Friedensschlusses aussehen könnte. Man soll, so hat Bismarck einmal mit Bezug auf den Nikols-

burger Frieden gesagt, niemals nehmen, was man haben kann, immer nur, was man braucht. In diesen Worten liegt der ganze Unterschied zwischen dem denkenden Staatsmann, der zur Erreichung gewisser politischer Ziele zum Schwerte gegriffen hat, und dem primitiven Eroberer, der Krieg führt, weil er glaubt, siegen zu können. Dschingis Chan und Napoleon nehmen, was sie haben können, Friedrich der Große und Bismarck, was sie brauchen.

Innerhalb dessen, was man braucht, gibt es mancherlei Abstufungen. Nicht jedes Bedürfnis ist zwingend, für manches kann es Entschädigungen auf anderem Gebiet geben, auf anderes kann man unter Umständen ganz verzichten. Diese Stufen richtig abzuschätzen, um des Wünschenswerten willen das Notwendige nicht zu gefährden, das ist für jeden Unterhändler die wichtigste Kunst. Dafür wird Nikolsburg immer das unübertroffene Musterbeispiel sein. Niemals auch ist die Lehre klüger beherzigt und erfolgreicher angewandt worden, daß jedes Ziel durch zwei Linien, Richtung und Entfernung, bestimmt wird, daß in der Politik die Hauptsache ist, die Richtung zu finden und festzuhalten, und daß man um so eher darauf verzichten kann, auch die Entfernung sogleich zu treffen, wenn die Dinge durch ihr eigenes Gewicht in der gewiesenen Richtung fortgetrieben werden.

Was man brauche, war in Bismarcks Lage vielleicht weniger schwer zu erkennen als in mancher andern, und doch — so schwer ist diese Kunst — hat auch er sich einmal darin geirrt. Mit diesem einen Fehler weist er mahnend darauf hin, daß das Gebot des Maßhaltens nicht das einzige ist, dem es zu gehorchen gilt. Es hat auch eine Kehrseite: Nehmen, nur was man braucht, dieses aber ganz! Der Sieger, der den Frieden diktieren kann, hat die Zukunft in seiner Hand. Soll er sich hüten, ihr Schifflein schwerer zu belasten, als gut ist für die Fahrt, so soll er nicht minder bedenken, daß, was er von diesem einen Augenblick ausschlägt, keine Ewigkeit seinen Nachkommen zurückbringen wird.

Man hat in diesen Tagen die Frage gehört: Was täte Bismarck? Irgend jemand hat sogar unter diesem Titel ein Büchlein über Fragen der Gegenwart und Zukunft verfaßt, und ein ehemaliger deutscher Gesandter hat ein Vorwort dazu geschrieben. Verfasser und Vorredner haben, so muß man fürchten, weder Bismarck noch ihre und unsere Zeit verstanden, sonst hätten sie diese Frage nicht aufgeworfen. Was Bismarck tun würde, dürfen wir gar nicht fragen, weil es darauf eine Antwort nicht gibt, noch geben kann. So wenig es gelingen würde, auch nur einen einzigen fehlenden Vers von Dante, Shakespeare oder Goethe so zu ergänzen, wie der Dichter selbst ihn schuf, ebensowenig ist es möglich, zu sagen, was Bismarck in einer gewissen Lage getan hätte oder tun würde. Denn das ist ja das Kennzeichen des Genies, daß ihm Dinge einfallen, auf die kein anderer kommt. In unserem Falle

aber ist die Frage darum doppelt müßig, weil die Probleme, die heute ihre Lösung heischen, in der Welt Bismarcks noch gar nicht existierten. So genial und kunstvoll seine Arbeit auch war, er hat es doch immer nur mit Aufgaben zu tun gehabt, deren keine an Größe, Tragweite und Kompliziertheit sich auch nur von fern mit dem messen kann, was heute vor uns steht. Er hat Europa zur Bühne seiner Taten gehabt, unsere Geschichte spielt auf dem Erdball. Er lebte und dachte in dem Europa des Wiener Kongresses und des Fürsten Metternich; für uns gilt es, ein neues Europa aufzubauen. Er riß Zwischenwände ein, wir müssen neue Grundmauern legen. Er wäre nicht der große Meister des politischen Augenmaßes und Künstler der Wirklichkeit gewesen, hätte er über die Grenzen seiner Welt hinausgestrebt wie Napoleon; wir wären geistig blind und lahm, wie die Haugwitz und Konsorten, die den Staat Friedrichs des Großen ins Verderben stürzten, wenn wir die neue Welt, die sich uns auftut, nicht sähen und nicht zu gewinnen suchten. Auch ein Bismarck, der heute aufzutreten hätte, würde ein anderer sein als der, der vor 26 Jahren die Bühne der Weltgeschichte verließ, derselbe — das wird man mit Erich Marcks nicht stark genug betonen können — nur in einem: in dem rücksichtslosen Streben nach Deutschlands Macht und Ehre. Wie sich dieses Streben betätigen würde, das wäre sein Geheimnis, das Geheimnis des Genius. Darum ist es ein billiger, aber kein löblicher Kunstgriff, was man selbst getan sehen möchte für das auszugeben, was Bismarck täte.

Mit mehr Recht dürften wir wohl fragen: was täte Bismarck nicht? Darauf gibt es wenigstens die eine sichere Antwort: er würde sich nicht danach umsehen, was andere täten oder getan haben, er wüßte von allem Anfang, was er zu tun hätte. Bismarcks Friedensschlüsse sind die seinen nicht nur, weil er sie unterschrieben hat. Wissen, was man braucht, wissen, was man kann, wissen, was man will, und von dieser Erkenntnis geleitet jede Gunst des Augenblicks nutzen zu bleibendem Gewinn — das ist die große Lehre, die aus seinen Friedensschlüssen wie aus allen seinen Taten spricht. Sie klingt so einfach und ist doch so schwer zu befolgen, denn es ist nun einmal so, wie Goethe sagt, „daß alles Denken zum Denken nichts hilft, man muß von Natur richtig sein.“ Wie in Wissenschaft und Kunst, so trifft auch in der Politik das Richtige nur, wer von Natur richtig ist. Ein Friedensschluß ist ein Kunstwerk, und wie ein großes Kunstwerk einen großen Künstler, so setzt ein wirklich guter Friedensschluß eine überlegene staatsmännliche Persönlichkeit voraus. Die aber ist ein Geschenk des Himmels; man kann sie weder machen noch ernennen, man kann sie höchstens — finden.

Weltkultur und Weltpolitik

Deutsche und österreichische Schriftenfolge

Herausgegeben von Ernst Jäckh in Berlin und vom Institut für Kulturforschung in Wien

Bisher erschienen: Deutsche Folge

Heft 1: Belgien und die große Politik der Neuzeit
Von Dr. Veit Valentin, Privatdozent an der Universität Freiburg i. Br. / 50 Pfennig

Heft 2: Deutsche Freiheit und englischer Parlamentarismus
Von Arnold Oskar Meyer, Professor der Geschichte an der Universität Kiel. / 50 Pfennig

Heft 3: Antwerpen im Weltverkehr und Welthandel
Von Dr. jur. et phil. Kurt Wiedenfeld, o. Professor an der Universität Halle. / 75 Pfennig

Heft 4: Der Deutsche nach dem Kriege
Von Geh. Regierungsrat Dr.-Ing. Hermann Muthesius, Nicolassee bei Berlin. / 2. Aufl., 1 Mark

Heft 5: Macht und Wirtschaft I
Die Voraussetzungen des modernen Krieges
Von Dr. Friedr. Lenz, a. o. Professor der Staatswissenschaften, Braunschweig. / 6 Mark, geb. 8 Mark

Heft 6: Geschichte und Bedeutung des Helgoland-Vertrages
Von Dr. phil. Maximilian von Hagen, Berlin. / 1 Mark

Heft 7: Die Kulturarbeit des deutschen Werkbundes
Von Dr. Walter Riezler, Direktor des Städtischen Museums zu Stettin. / 50 Pfennig

Heft 8: Von der weltkulturellen Bedeutung u. Aufgabe d. Judentums
Von Nachum Goldmann. / 1 Mark

Heft 9: Die Vernunft in der Geschichte
Von Professor Dr. Karl Joël. / 50 Pfennig

Heft 10: Bismarcks Friedensschlüsse
Von Dr. Johannes Haller, Professor an der Universität Tübingen. / 2 Mark

* *

Österreichische Folge

Heft 1: Die weltpolitische Bedeutung Galiziens
Von Dr. St. Tomaschiwskyj, Professor an der Universität Lemberg. / 75 Pfennig

Die neue Weltkulturgemeinschaft:
Von Professor Dr. E. Hanslik, Vorstand des Instituts für Kulturforschung, Wien

Heft 2: **I. Durch Wissenschaft zur neuen Weltkultur.** 1.50 Mark
Heft 3: **II. Durch Weltkrieg zur neuen Weltkultur.** 1 Mark
Heft 4: **III. Der Weg des Slawentums zur neuen Weltkultur.** 1.50 Mark

In Vorbereitung:

Die Rassenverhältnisse in Osteuropa
Von Dr. Joh. Rakowskyj, Professor a. d. Universität Lemberg

Jedes Heft ist einzeln käuflich

Verlag von F. Bruckmann A.-G. in München

Während des Krieges erschienene Bücher von

Houston Stewart Chamberlain

aus dem Verlag von F. Bruckmann A.-G. in München

Deutsches Wesen

(Ausgewählte Aufsätze) / 185 Seiten / Geheftet M. 3.—; gebunden M. 4.—. Inhalt: Erinnerungen aus dem Jahre 1870 / Kaiser Wilhelm II. / Bismarck der Deutsche / Martin Luther / Immanuel Kant / Das Wesen der Kunst / Einführung in den Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe / Goethes Werther / Schiller als Lehrer im Ideal / Richard Wagners geschichtliche Stellung / Richard Wagners Verhältnis zu den Klassikern der Dicht- und Tonkunst / Richard Wagners Bayreuth / Gipfel der Menschheit

Politische Ideale

Geheftet M. 1.—; in Leinenband M. 2.—. Inhalt: Der Mensch „als Natur" / Die Verneinung / Der Staat / Wissenschaftliche Organisation / Richtlinien

Kriegsaufsätze

Inhalt: Deutsche Friedensliebe / Deutsche Sprache / Deutschland als führender Weltstaat / England / Deutschland. Preis M. 1.—

Neue Kriegsaufsätze

Inhalt: Grundstimmungen in England und in Frankreich / Wer hat den Krieg verschuldet? / Deutscher Friede. Preis M. 1.—. Erste und zweite Reihe der „Kriegsaufsätze" zus. geb. M. 3.—

* * *

Von den „Kriegsaufsätzen" sind folgende fremdsprachliche Ausgaben bei uns erschienen:
Englisch: 1. England and Germany / 2. Who is to blame for the war?
Spanisch: 3. Inglaterra y Alemania. Je 64 Seiten / Je 60 Pfennig / 50 Gramm

Eine italienische Ausgabe (Inhalt: England / Deutschland / Grundstimmungen in England und Frankreich) erschien bei H. O. Sperling in Stuttgart; eine französische Ausgabe (Inhalt: England / Deutschland / Wer hat den Krieg verschuldet?) bei Wilhelm Violet in Stuttgart. Preis je M. 1.—

Die Zuversicht

Preis 50 Pfennig / Bei Bestellung von 200 Stück an kostet das Stück 30 Pfennig

Hammer oder Amboß

Dritte Reihe der „Kriegsaufsätze"

Inhalt: Hammer oder Amboß / Der 100jährige Krieg / Des Weltkriegs letzte Phase / Deutschlands Kriegsziel. Preis 70 Pfennig

Soeben erschienen:

Ideal und Macht

Eine neue Kriegsflugschrift. Preis 50 Pfennig



Kriegsbilder-Tagebuch des Malers Ernst Vollbehr

Mit 36 mehrfarbigen, sowie 36 einfarbigen Tafeln nach Originalskizzen und 120 Abbil-
... des

Date Due

All library items are subject to recall at any time.

SEP 0 5 2011

Brigham Young University

... uch
... ort.
... afte
... ufs
... nen
... un-
... lich

... lich

Verlag von F. Bruckmann A.-G. in München

Großer Bilderatlas des Weltkrieges

Ein Urkunden- und Quellenwerk

in 4500 Abbildungen, Porträts, Karten und Dokumenten

Querfolioformat (37:30 cm). Drei Bände gebunden je 25 Mark
(Kann auch in 30 Lieferungen zum Preise von je 2 Mark bezogen werden)

Drei Einbanddecken oder drei Mappen zum Aufbewahren der Lieferungen
je M. 2.50

Was in der umfangreichen deutschen Kriegsliteratur bisher fehlte, war ein Bildwerk, das unter Verzicht auf umfangreiche Textbeigaben die gewaltigen Ereignisse des Weltkrieges in einer planvoll angeordneten Folge wahrheitsgetreuer Bilder von höchster technischer Vollkommenheit darbietet. Diese Aufgabe erfüllt, wie alle abgegebenen Urteile bezeugen, in hervorragendem Maße der von Hermann Konsbrück bearbeitete

Große Bilderatlas des Weltkrieges

dessen erster stattlicher Band mit 1500 schönen und großen Abbildungen, Porträts, Karten und Urkunden sowie ausführlichem alphabetischem Sachregister in dauerhaftem Einband vorliegt. Der zweite Band wird bis Ende 1916 fertig, der dritte und letzte nach Beendigung des Krieges. Es ist ein vollendet schönes Werk, das nach allgemeinem Urteil als Zeitspiegel und Urkundensammlung mit jedem Jahr an Wert gewinnen wird.

Verlag von F. Bruckmann A.-G. in München